

(A) Beginn: 10.07 Uhr

Präsident Denzer: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 29. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen und heiße Sie alle recht herzlich willkommen.

Ich begrüße besonders unsere Gäste auf der Tribüne und die uns ständig begleitenden Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen.

Für die heutige Sitzung haben sich außer denjenigen Damen und Herren, die aus den von mir bereits gestern genannten Gründen abwesend sind, weitere 14 Abgeordnete entschuldigt; die Namen werden im Protokoll festgehalten.

Ich darf Sie darauf hinweisen, daß wir das Werk "40 Jahre Parlamentarismus in Nordrhein-Westfalen" auf Ihren Platz gelegt haben. Ich gehe davon aus, daß Sie es mit der entsprechenden Aufmerksamkeit würdigen.

Wir treten nun in die Beratung der heutigen Tagesordnung ein.

Ich rufe Punkt 1 auf:

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1987
(Haushaltsgesetz 1987)

(B) Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/1250
erste Lesung - Beratung

in Verbindung damit:

Gesetz zur Aufhebung des Grunderwerbsteuerverteilungsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/1253
erste Lesung - Fortsetzung

und

Gesetz zum Abbau der Neuverschuldung für das Land Nordrhein-Westfalen
(Entschuldungsgesetz)

Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 10/1302
erste Lesung - Fortsetzung

und

(C)

Mittelfristige Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 1986 bis 1990

Unterrichtung durch die Landesregierung
- zur Beratung -
Drucksache 10/1251

und

Finanzbericht Nordrhein-Westfalen 1987

Vorlage 10/565

sowie

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1987
(Gemeindefinanzierungsgesetz - GFG 1987)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/1252
erste Lesung - Beratung

Meine Damen und Herren, alle diese Gesetzentwürfe und Vorlagen wurden während der gestrigen Sitzung eingebracht. Heute schließt sich die Beratung an.

Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat für die Fraktion der CDU Herr Abg. Schauerte. Ich erteile ihm das Wort.

(D)

Schauerte CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir beraten heute den Haushalt unseres Landes, der nach dem Bundeshaushalt mit ca. 60 Milliarden DM der zweitgrößte Haushalt der Bundesrepublik Deutschland ist. Dieser Haushalt, zu dessen Finanzierung jeder Bürger in diesem Lande mit durchschnittlich 3 596 DM seines nicht leicht verdienten Geldes beisteuert, ist mit seinen Zahlen das Schicksalsbuch der Politik des Landes. Er ist die Meßlatte, auch außerhalb des Landes, mit der die Leistung bzw. das Versagen des Ministerpräsidenten Rau mit Recht in dem heraufziehenden Wahlkampf gemessen werden wird und gemessen werden muß. Er ist zugleich der Haushalt, mit dem der Kanzlerkandidat Rau vor die Bürger tritt, denn auch in der Politik gilt, daß man nicht auf das Reden achten soll, sondern auf das Tun und nicht auf die Vorsätze, sondern auf die Ergebnisse.

(Beifall bei der CDU)

Darum ist es geboten, ein wenig abweichend von sonstigen Gepflogenheiten,

(Maedge (SPD): Hier Wahlkampf zu machen!)

(Schauerte (CDU))

- (A) genau wie Herr Apel in Bonn nicht nur das letzte Haushaltsjahr kritisch unter die Lupe nahm, eine Gesamtbilanz der Jahre 1979 bis heute vorzulegen, denn Sie bewerben sich mit diesen Zahlen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Was war die Ausgangslage? 1979, als Sie als Ministerpräsident erstmals für den Haushalt wirklich verantwortlich waren - Sie sind 1978 Ministerpräsident geworden, aber der Haushalt, der wirklich erstmals unter Ihrer Verantwortung stattfand, war der 79er Haushalt, deswegen nenne ich diese Zahl -, lag das Bruttosozialprodukt pro Einwohner im Lande Nordrhein-Westfalen durchschnittlich über dem Bundesdurchschnitt. Zu diesem Zeitpunkt war das Land Nordrhein-Westfalen steuerstark. Ich will, damit nachher keine Ammenmärchen aufkreuzen, auch schon sagen, daß bis heute das Land Nordrhein-Westfalen, was das Steueraufkommen betrifft, klar über dem Durchschnitt der übrigen Flächenländer liegt.

(Nagel (CDU): So ist es.)

Also, die Not, die wir hier in diesem Haushalt und in den vorangegangenen Haushalten festzustellen haben, liegt nicht an der besonderen Steuerschwäche dieses Landes, sondern an der unkonzentrierten Ausgabenpolitik dieses Landes.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

- (B) Seit 1984 erwirtschaften die Bürger dieses Landes unterdurchschnittliche Bruttosozialprodukte mit fallender Tendenz. Als Sie Ministerpräsident wurden, Herr Rau, hatten wir 280 000 Arbeitslose, im August 1986 haben wir 721 000 Arbeitslose.

(Aigner (SPD): Woran liegt das denn?)

Wir haben 10,8 % Arbeitslose und liegen ganz deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 8,5 %; Baden-Württemberg hat 4,9 %.

Herr Ministerpräsident, Sie können sich nicht einfach aus jeder Verantwortung für diese Sonderentwicklung der Arbeitslosigkeit im Lande Nordrhein-Westfalen herausstellen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)
- Dr. Farthmann (SPD): Das ist doch Unfug!)

- Herr Farthmann, das tut Ihnen weh, ich weiß.

Die Zahl der Kurzarbeiter ging von Juli 1985 bis Juli 1986 im Bundesgebiet um 19 % zu-

rück. Im Lande Nordrhein-Westfalen erhöhte sie sich um 70 %. Auch das ist Nordrhein-Westfalen, in der gleichen Bundesrepublik Deutschland gelegen. Die gleichen Rahmenbedingungen, die für die ganze Bundesrepublik Deutschland gelten, gelten auch für dieses Bundesland. Sie tragen die Verantwortung für diese erschreckenden Zahlen mit. (C)

(Aigner (SPD): Reden Sie von Niedersachsen, oder wovon reden Sie?)

Bei den Behinderten sieht die Situation ganz katastrophal aus. 44 % aller arbeitslosen Behinderten leben im Lande Nordrhein-Westfalen, und Sie, Herr Ministerpräsident, tragen dafür - auch in der Personalpolitik Ihres Landeshaushalts - erhebliche Verantwortung.

(Zustimmung bei der CDU)

Die Haushaltslage war 1979 rosig für das Land Nordrhein-Westfalen. Alle wichtigen Daten und Indikatoren waren zum damaligen Zeitpunkt in Nordrhein-Westfalen besser als im Durchschnitt der Flächenländer. Ich habe vorhin schon gesagt: Wir hatten gute Steuereinnahmen, wir lagen über dem Durchschnitt. Wir hatten eine Verschuldung von um 30 Milliarden DM. Das waren durchschnittlich 1 818 DM pro Kopf.

Zum 31.12.1987 - das ist der Endpunkt des Haushalts, den Sie hier heute vorlegen - haben Sie 96 Milliarden DM Schulden. Das bedeutet 5 750 DM für jeden Bürger in diesem Lande, Männer und Frauen, Kinder und Greise, alle eingerechnet. Rechnen Sie sich das einmal für einen 4- oder 5-Personen-Haushalt aus, in dem nur einer verdient. (D)

(Zustimmung bei der CDU)

In Ihrer Regierungszeit als Ministerpräsident sind die Schulden und die Belastung pro Kopf mehr als verdreifacht worden. 66 Milliarden DM gehen auf Ihre politische Verantwortung zurück - bei ansonsten gesunder Grundlage dieses Landes. Das müssen Sie sich anrechnen lassen.

(Erneut Zustimmung bei der CDU)

Sie haben das Land Nordrhein-Westfalen vom zweitbesten Platz in der Reihenfolge des Jahres 1979 auf den vorletzten Platz zurückgeführt, und das mit nach wie vor sich beschleunigender fallender Tendenz. Das ist ein wahrhaft trauriger Rekord. In der Zunahme der Schulden, Herr Ministerpräsident, sind Sie und Ihre Regierung im Vergleich aller Länder der Bundesrepublik unschlagbar. Das ist eine schlimme Zahl.

(Schauerte (CDU))

- (A) Für Zinsen gaben wir 1979 1,5 Milliarden DM aus, das waren 92 DM pro Kopf und Jahr. Wir waren im Landesdurchschnitt der zweitbeste - 1979 wohlgeordnet. 1987 geben wir 6,6 Milliarden DM für Zinsen aus. Wir sind jetzt auch hier der zweitschlechteste: 400 DM pro Kopf und Jahr nur für Zinsen!

Wenn man diese Zahl recht begreifen will, dann muß man sich einmal überlegen, in welchem Größenordnungsverhältnis sie denn zu wichtigen sonstigen Positionen im Landeshaushalt steht. Herr Ministerpräsident, 6,6 Milliarden DM für Zinsen, das bedeutet mehr als dreimal so viel für Zinsen, wie der ganze bedeutende Wirtschaftsminister in seinem Etat hat. Dessen Etat beträgt nämlich 2,04 Milliarden DM, und 6,6 Milliarden DM geben wir für Zinsen aus. Das ist mehr als viermal so viel, wie der hier nicht anwesende Herr Matthiesen bekommt, der mit seinen 1,6 Milliarden DM gewaltig viel Wind macht und immer wieder sogenannte Schwerpunkte setzt. Aber die eigentlichen drückenden und belastenden Schwerpunkte unseres Landes sind die Zinsen, die wir zahlen müssen.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir geben mehr als das 1,7fache des ganzen Sozial Etats des Landes Nordrhein-Westfalen für Zinsen aus.

(Dr. Biedenkopf (CDU): Das ist die Umverteilung!)

- (B) Wir geben 18 Millionen DM Zinsen pro Tag aus, 12 000 DM Zinsen pro Minute. Das sind Zahlen, die Sie verantworten müssen und derentwegen Sie von den Bürgern gefragt werden, wie das zustande kommt, warum das so ist und ob das wirklich ausreicht, um zum Bundeskanzler befördert zu werden.

(Dr. Farthmann (SPD): Am 12. Mai hat es ausgereicht.)

- Entschuldigen Sie, will er sich verschlechtern?

(Dr. Farthmann (SPD): Am 12. Mai haben Sie Ihre Quittung gekriegt!)

- Wir haben nicht am 12. Mai, sondern am 25. Januar Wahl, und dieser Ministerpräsident wollte sich doch gern verändern.

(Nagel (CDU): Diese Umschulungsmaßnahme kostet auch wieder Geld!

- Maedge (SPD): Das, was Sie machen, ist nur eine Show-Veranstaltung!)

Wir müssen diese Beratung auch im Lichte der Debatte führen, die in Bonn gelaufen ist.

(C) Dazu muß dieser Ministerpräsident, der für den Duktus der Debatte ja wohl persönlich mit verantwortlich ist, einmal sagen, wie er denn dort so reden lassen kann und hier so handelt.

(Beifall bei der CDU)

Das will ich einmal an den Investitionen verdeutlichen.

(Maedge (SPD): Wahlkampf-Show!)

1980 hatten wir im Lande Nordrhein-Westfalen einen absoluten Betrag von 11,5 Milliarden DM für Investitionen im Haushalt. Das war die sogenannte Investitionsquote von 22,4 % am Gesamthaushalt. Im Jahre 1987 - das ist der Haushalt, der vorgelegt wird - sind es noch 8,6 Milliarden DM, das sind 14,4 % Investitionsquote am Haushalt. Das ist die schlechteste Investitionsquote aller Länderhaushalte, die Sie vorlegen.

(Zustimmung bei der CDU)

Im Durchschnitt haben die Flächenländer sogar die absoluten Zahlen ihrer Investitionen erhöht, und Sie kürzen die absoluten Zahlen und lassen in Bonn Stoltenberg beschimpfen, er täte zu wenig zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Das ist unredlich, Herr Ministerpräsident!

(Zustimmung bei der CDU)

(D) Sie haben durch den Rückbau Ihrer Investitionen in diesem Haushalt, Herr Posser, seit 1980 eine Investitionslücke von mehr als 10 Milliarden DM für dieses Land produziert, und diese 10 Milliarden DM Investitionen hätten diesem Lande Nordrhein-Westfalen hervorragend gestanden.

(Zustimmung bei der CDU
- Dr. Farthmann (SPD): Wollen Sie noch mehr Schulden?)

Das ist in der Tat das Kapitel, bei dem Ihre Verlogenheit, was Sie in Bonn sagen und in Düsseldorf tun

(Lauter Widerspruch bei der SPD)

- was Sie in Bonn sagen und Düsseldorf tun -, so deutlich wird wie auf sonst kaum einem anderen vergleichbaren Feld.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich kann nur zitieren, was Herr Posser gestern in der sehr lahm vorgetragenen Einbringungsrede - weil er diesen Haushalt ja

(Schauerte (CDU))

- (A) ganz unauffällig und ruhig fahren will, damit er gar keine besondere Merkwürdigkeit bekommt und damit man sich gar nicht erst damit beschäftigen muß - sagte.

(Nagel (CDU): Am besten ohne Parlament!)

Ich kann nur darauf zurückkommen, Herr Finanzminister. Sie haben gesagt, die Bonner hätten ein bestimmtes Recht verloren: Diese Landesregierung hat wirklich jedes Recht verloren, mit ihrer Haushaltswirklichkeit den Bonnern irgendwelche Empfehlungen oder Vorschriften zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, jetzt will ich Sie noch einmal ganz persönlich ansprechen. Als Sie 1980/81 Schmidt - und auch sich selbst - retten wollten - wir erinnern uns noch alle an die Plakate: "Rau wählen, damit Schmidt weitermachen kann!" -, haben Sie diesen Landeshaushalt hochgepulvert, noch daran glaubend, daß Investitionen und öffentliche Ausgaben die Zahl der Arbeitsplätze wirklich nach vorn bringen können, und das in einer Art, wie es die Geschichte dieses Landes noch nicht erlebt hat.

(Dr. Farthmann (SPD): Entweder Investitionen oder keine!)

- (B) Ich will Ihnen das sagen: Von 1979 bis 1981 ist das Haushaltsvolumen um 12 Milliarden DM oder um 28 % explodiert, nur um Schmidt zu retten. Nur: Das war nicht finanziert. In gleichem Umfang sind nämlich die Verschuldungsmargen nach oben geschraubt worden. Das ist die Last, an der wir heute besonders kranken.

(Beifall bei der CDU)

Das war falsche Politik zugunsten eines Parteigängers im Kanzleramt in Bonn.

Wenn ich vor dieser Wirklichkeit sehe, was Sie im Bundestagswahljahr 1986/87 tun, dann stelle ich fest, daß Sie genau das Gegenteil tun. Wenn ich einmal kurvenmäßig an die Wand werfen würde, was da passiert, dann würde sich für einen objektiven Beobachter die Frage ergeben: Wollte er den einen mit Steuermitteln hochpuschen und den anderen mit entzogenen Steuermitteln kaputtmachen? So ähnlich denken Ihre Strategen, und so ähnlich ist dieser Haushalt des Landes 1987 gestrickt worden.

Sie haben in diesem Zeitraum, in dem Sie den Haushalt um 12 Milliarden DM nach oben

(C) führen, die Schulden um 18 Milliarden DM erhöht. Das ist genau die Last, die uns heute drückt. Das ist eine bedeutendere Sonderlast als all das, was Sie, Herr Finanzminister Posser, mit Kohle und anderem ausgerechnet haben.

(Nagel (CDU): Sehr gut!)

Wenn ich auf diese 18 Milliarden DM auch noch Ihre Zinseszinsrechnung draufsattele, dann überholen wir sie lange. Das sind Ihre eigenen, hausgemachten Sonderlasten, die dieses Land nun so drücken.

Wie gesagt, Sie tun in diesem Jahr nichts zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Ich habe das an den Investitionszahlen einmal deutlich machen wollen.

Was ist bei den Personalausgaben passiert? 1979 hatten wir eine Quote von 36,5 %. Wir gaben 17,7 Milliarden DM für das Personal aus. 1987 werden wir 39,5 % haben, d. h. 23,7 Milliarden DM. In diesem neuen Haushalt wollen Sie 1 Milliarde DM mehr für das Personal ausgeben. Investitionen herunter, Personalkosten herauf - das ist eine tödliche Schere für jedes Gemeinwesen, das nach vorn geführt werden soll.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben diese Schere zu verantworten.

(Dr. Farthmann (SPD): Sie haben 1 500 Lehrer gefordert!)

(D)

Wenn Sie, Herr Farthmann, jetzt mit dem Ländervergleich kommen und sagen, das alles sei woanders noch schlechter, dann kann ich darauf nur eines erwidern: Diese Ländervergleiche, die Sie immer anführen, sind einfach unredlich. Sie müssen davon ausgehen, daß das, was wir bei den Landschaftsverbänden an Personal haben, in allen anderen Ländern unmittelbares Landespersonal ist.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie dieses Personal in die Landespersonalberechnungen einbeziehen, liegen wir bei über 43 % Personalkostenquote und sind damit Spitzenreiter in der Bundesrepublik Deutschland bei allen Ländern einschließlich der Stadtstaaten.

(Aigner (SPD): Ihr wollt noch mehr haben!)

In den Jahren 1979 bis 1987 sind die Kosten für das Personal um mehr als 6 Milliarden DM gestiegen. Im gleichen Zeitraum sind die

(Schauerte (CDU))

- (A) Ausgaben für die Zinsen um mehr als 5,1 Milliarden DM gestiegen. Bei einer Steigerung des Haushalts um insgesamt 11 Milliarden DM zeigen allein diese zwei Zahlen, daß für die Politik, für die Schwerpunkte, von denen Sie wieder reden, und für das Führen nach vorn einfach kein Geld mehr da war, weil schon diese beiden Positionen alles aufgefressen haben. Das ist eine so ungesunde Lage in den Finanzdaten und -strukturen, wie Sie sie in keinem anderen Land finden.

In neun Haushaltsjahren mußte das für alle anderen Bereiche einen Rückschritt bedeuten. Für Investitionen sind im Haushalt heute 2,9 Milliarden DM weniger angesetzt als 1980. Auch das deckt sich mit dem, was ich gerade gesagt habe.

Wie war es bei den Gemeinden, als Sie anfangen, Herr Ministerpräsident? Die Gemeinden hatten 1979 eine Verbundmasse von 28,5 %. Heute haben sie 23 %. Mit der 23-%-Lösung haben die nordrhein-westfälischen Gemeinden die schlechteste Finanzausstattung im Vergleich mit allen Gemeinden in den übrigen Bundesländern bekommen.

(Nagel (CDU): Ganz schlimm!)

Kein Land und kein Ministerpräsident hat in den zurückliegenden Jahren seine Gemeinden so sträflich und so massiv beschnitten, wie Sie das in Ihren Ministerpräsidentenjahren getan haben.

- (B) (Beifall bei der CDU)

Lesen Sie das in Ihrer Regierungserklärung einmal nach. Für mich ist es fast schon ein moralisches Problem, mit welcher Selbstverständlichkeit Sie solche Widersprüche zu ertragen scheinen.

(Aigner (SPD): Sie zu ertragen ist schwerer!)

Ihre Konsolidierung, Herr Posser, von der Sie sprechen, haben ausschließlich und allein die Gemeinden bezahlt.

Jetzt will ich einmal einen Vergleich aufnehmen, der auch in Bonn immer wieder gebracht wird. Es wird nämlich auf die Bundesbankgewinne verwiesen und gesagt, deswegen sollte Herr Stoltenberg mit dem, was er geschafft hat, nicht so zufrieden sein. Immerhin hat Herr Stoltenberg einen Teil seiner Konsolidierung mit wirklichen Gewinnen finanziert. Was sollte er denn mit den Gewinnen sonst machen? Sollte er sie ins Ausland zurückschicken? Ich denke, es war vernünftig, daß er sie für unser Gemeinwohl

nutzte. Aber Sie konsolidieren sich, indem Sie einem dritten Partner das dringend benötigte Geld nehmen. (C)

(Beifall bei der CDU)

Das ist kein Beispiel, mit dem man sich loben kann.

Daß die Gemeinden in diesem Land nicht völlig zusammengebrochen sind, liegt einmal daran, daß sie im Laufe der Jahre Gebühren- und Entgelterhöhungen im weitesten Sinne von etwa 6 Milliarden DM vorgenommen haben, natürlich zu Lasten der Bürger.

(Maedge (SPD): Da gibt es das Kosten-deckungsprinzip! Wissen Sie das eigentlich nicht?)

Weiter liegt es daran, daß sie die Gewerbesteuern in diesem Zeitraum um 7,8 Milliarden DM erhöht haben. Davon sind 5,6 Milliarden DM das Ergebnis Ihrer fiktiven Hebesatztreibpolitik, Herr Posser. Nichts anderes!

(Beifall bei der CDU)

Lesen Sie einmal nach, was Ihnen die IHKS da ins Stammbuch geschrieben haben! Es gibt einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Anhebung fiktiver Hebesätze und anschließend erfolgter Änderungen bei den Gewerbesteuern. Es gibt kein Land in der Bundesrepublik Deutschland, in dem in den letzten sechs Jahren die Gewerbesteuern so massiv gestiegen sind wie im Land Nordrhein-Westfalen. (D)

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Wendzinski (SPD): Wir haben aber noch nicht die Höhe wie in Süddeutschland!)

- Ja, ich weiß, das ist für Sie immer noch nicht genug. Sie wollen immer das Geld der anderen Leute. Nur, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß eine solche massive Gewerbesteuerhebesatzpolitik kein Beitrag zur Arbeitsplatzsicherung, zur Ansiedlung von Industriebetrieben und zur Stärkung der Wirtschaftskraft ist, sollten auch Sie langsam begreifen.

(Beifall bei der CDU)

Der dritte Punkt, der den Gemeinden das Überleben ermöglicht hat, waren die wachsenden Steuereinnahmen aufgrund einer vernünftigen Wirtschafts- und Finanzpolitik in Bonn.

(Widerspruch bei der SPD)

(Schauerte (CDU))

- (A) - Sie wissen es doch; Sie müssen doch noch rechnen können!

Das Land hat die Gemeinden in all den Jahren geschröpft, jetzt zum viertenmal. Die Bonner Lage hat das Schlimmste verhindert; sonst hätten Sie nicht einmal den Status quo halten können, wenn nicht die Bonner Steuern in kräftigem Umfang gestiegen wären.

Damit noch einmal deutlich wird, was bei den Gemeinden gelaufen ist und wie heuchlerisch das läuft, ein Zitat aus dem Finanzbericht, den der Finanzminister in diesem Jahr erstmals vorlegt:

Beste Voraussetzung für einen dauerhaften Anstieg der kommunalen Investitionsleistungen, vor allem in den strukturbelasteten Gemeinden, ist eine bedarfsgerechtere steuerliche Einnahmebasis.

(Maedge (SPD): Richtig!)

Das liest sich hervorragend - volle Zustimmung seitens der CDU! Und im gleichen Moment, in dem Sie das schreiben, nehmen Sie ihnen die Anteile an der Grunderwerbsteuer und zerstören eine selbständige, bedarfsgerechte Steuereinnahmequelle. Das nennen Sie wirkliche Politik!

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Ein weiteres Beispiel aus der Debatte im Bundestag; Hans Apel:

(B)

Wir Sozialdemokraten sind im übrigen die einzige Partei, die sehr frühzeitig ein Konzept vorgelegt hat. Wir sind der Meinung, daß die Finanzkraft der Gemeinden gestärkt werden muß.

(Zustimmung bei der SPD)

Herr Posser und Herr Rau, wie wollen Sie das denn mit dem in Einklang bringen, was Sie hier seit sechs Jahren getan haben?

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie haben die Finanzkraft der Gemeinden kontinuierlich und konsequent mit dem Hinweis darauf zerstört, den Gemeinden ginge es ja besser als dem Land.

(Maedge (SPD): Und wer lastet den Gemeinden die Sozialhilfe auf? Wer ist das?)

Herr Posser, was meinen Sie, wenn Herr Stoltenberg einmal sagte: "Den Ländern geht es besser als dem Bund, und ich nehme

deswegen den Ländern überproportional innen zustehende Steuereinnahmen!", dann wollte ich Sie einmal am Rednerpult dieses Hauses erleben! (C)

(Beifall bei der CDU)

Herr Apel führt dann weiter aus - das war nämlich ein Schwerpunkt seiner Rede -:

Wir wollen eine neue Gemeindesteuerreform machen, weil wir die Not der Gemeinden sehen, weil wir ihre Finanzautonomie stärken wollen.

Mir kommen die Tränen! Wie sollen die Bürger das denn überhaupt noch ertragen können?

(Zustimmung bei CDU und F.D.P. - Maedge (SPD): Die Soziallasten lasten Sie den Gemeinden auf!)

Vielleicht sind diese offenkundigen Widersprüche, die zu erwarten waren, auch der Grund dafür, warum der WDR heute nicht mit Fernsehen aus dieser Sitzung berichtet; denn dann wären die Widersprüche im Abstand von einer Woche zu nah und zu deutlich geworden!

(Zustimmung bei der CDU)

Lassen Sie mich etwas zur Sozialpolitik sagen, auf die Sie, Herr Ministerpräsident, ja so viel Wert legen.

(Maedge (SPD): Und die Sie den Gemeinden auflasten!) (D)

Sie haben von 1980 bis 1986 - -

(Zuruf des Ministerpräsidenten Dr. Rau)

- Das ist Premiere, daß die nicht erscheinen. Die haben sich für die Feiern gerüstet, und deswegen haben Sie für die Wirklichkeit des Landes und seiner Zahlen kaum noch Zeit.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die Sozialpolitik, auf die Sie so großen Wert legen, Herr Ministerpräsident - von 1980 bis 1986 haben Sie sie im eigenen Bereich um 380 Millionen DM allein für die Jugendarbeit gekürzt. Sie haben in der Zeit Ihrer Verantwortung soziale Kürzungen von insgesamt 2 Milliarden DM durchgeführt. Und wenn ich dann höre, was Herr Posser dazu in der "Rheinischen Post" sagt, dann tut einem das schon weh. Da hat er am 6. September gesagt, auf Landesebene seien nur freiwillige Leistungen gekürzt worden; dies sei zwar bedauerlich, aber vertretbar. Das sagt der

{Schauerte (CDU)}

- (A) stellvertretende Ministerpräsident, und der Ministerpräsident geht dann übers Land und sagt: "Skandal! Soziale Kürzungen müssen zurückgenommen werden!" Sie haben Ihren Haushalt aufgrund der Kürzungen in Bonn in Teilen auffangen können; sonst säßen Sie heute viel unruhiger auf Ihrem Stuhl. Das weiß Ihr Finanzminister ganz genau. Er hat nämlich partizipiert.

{Zustimmung bei CDU und F.D.P.}

Denken Sie einmal ans BAföG, was Sie da kassiert und nicht weitergegeben haben, während Sie gleichzeitig mit heuchlerischer Miene unter die Bevölkerung gegangen sind und gesagt haben: die bösen Leute in Bonn!

{Maedje (SPD): Stimmt ja auch!}

Zu den Steuern! Die SPD ist ja - und das werden Sie auch mit diesen Versuchen, die Sie auf dem Bundesparteitag unternommen haben, nicht vertreiben können - mit Recht bei den Bürgern als die Partei angesehen, die im Zweifel immer für eine Steuererhöhung ist. Das haben wir hier im Lande gesehen: Da, wo Sie selbst im Land Verantwortung tragen - ich habe die Gewerbesteuer genannt, ich kann die Grundsteuer nennen -, haben Sie so kräftig zugelangt, wie das in keinem anderen Lande geschehen ist.

- (B) Im übrigen sind Sie im Erfinden von Steuern ausgesprochen kreativ gewesen, und ich bin zuversichtlich, daß Sie die eine oder andere dann auch noch - wenn es denn im Januar gelingen sollte, wovon ich nicht überzeugt bin; das können Sie sich denken - klammheimlich durchsetzen werden, wenn ich an Ölimportsteuer denke, an Energiesteuern, an all diese Dinge, die Sie da angeregt haben. Herr Farthmann, ich komme auf Ihre 10%ige Erhöhung der Lohn- und Einkommensteuer für alle zurück, die Sie ja dann peinlich unter den Tisch gedrückt haben; das hat aber in den Zeitungen dieses Landes deutlich und unwidersprochen gestanden. Im Zweifel wird die SPD, die ja Steuersenkungen in Bonn verurteilt, für Steuererhöhungen sein.

Wenn man im Bundestag genauinhört, hat Herr Apel ja auch nur gesagt, er sei gegen eine "nachhaltige" Verschlechterung der Steuerlastquote. Er hat nicht gesagt, er sei gegen eine Verschlechterung der Steuerlastquote. Auf hochdeutsch: Wir wollen erst einmal ein bißchen zulegen, und vielleicht bekommt Ihr es hinterher zurück. Nur, das wissen wir alle aus Erfahrung: Die Steuern, die der Staat erst einmal hat, die gibt er kaum zurück.

- (C) Herr Finanzminister, Sie haben immer gesagt, die Steuersenkungen seien Gift für unser Land. Und als das dann zu offenkundig wurde, wurde gesagt: Nein, wir sind ja nur gegen die Steuersenkungen, weil sie sozial nicht ganz gerechtfertigt sind.

{Frau Friebe (SPD): Nicht ganz?}

Ich sage hier, wenn ich das richtig sehe: Ihre angeblichen Probleme bei der Gerechtigkeit, was die Steuersenkung betrifft, sind nichts anderes als ein vorgeschobener Deckmantel, unter dem Sie im Grunde Ihren immer mehr wachsenden Appetit auf immer mehr Geld aus den Taschen der Bürger verstecken wollen.

{Zustimmung bei CDU und F.D.P. - Zuruf des Abg. Maedje (SPD)}

- Wenn Sie das noch präziser haben wollen: Die Gewerbesteuer ist von 308 Punkten im Jahre 1980 auf 368 im Jahre 1986 durchschnittlich gestiegen.

{Maedje (SPD): Ich will wissen, was Sie wollen!}

Das sind 20 % Steuererhöhungen neben den anderen Belastungen.

{Minister Dr. Schnoor: Wir haben nicht einmal die Sätze von Bayern erreicht. Was wollen Sie eigentlich?}

- (D) - Herr Innenminister Schnoor, wenn Sie die Arbeitslosenzahlen von Bayern erreicht haben, können wir darüber auch wieder reden!

{Lachen und Beifall bei CDU und F.D.P. - Nagel (CDU): Sehr gut! - Henning (SPD): Das hat doch mit der Sache nichts zu tun!}

So, und was nimmt denn nun dieser Landeshaushalt ein? 3 Milliarden DM mehr, 7 % mehr Steuern. Ich habe mich gewundert, Herr Posser: Gemessen an dem, was Sie in den letzten drei Jahren gesagt haben, haben Sie in diesem Jahr auch erstmals nicht mehr so laut geklagt. Das muß man, wenn man die Reden einmal als Synopse nebeneinanderlegt, schon feststellen. Sie haben das Klagen diesmal ganz gelassen. Ich bin mir nicht sicher: aufgrund guter Einsicht

{Henning (SPD): Prozeß gewonnen!}

- oder weil Sie einen Prozeß gewonnen haben, aus dem Sie nichts kriegen - oder weil die Wahlstrategen des Herrn Rau Ihnen gesagt haben: Nun klage nicht so; mit Pessimismus

(Schauerte (CDU))

- (A) hat noch nie jemand eine Wahl gewonnen! Ich vermute fast, daß das letzte der entscheidende Punkt war.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD - Maedge (SPD): Das wissen Sie doch am besten!)

Diese 3 Milliarden DM mehr Steuern sind der größte Steuerzuwachs, prozentual und absolut, seit 1977 - trotz Steuersenkung in Bonn! Ich sehe immer noch die Schreckensbilder an der Wand, die Sie, Herr Finanzminister, gemalt haben.

(Minister Dr. Posser: Die 480 Millionen!)

Bonn hat damit einen hervorragenden Beitrag zur Verbesserung der Lage des Landes geleistet, nicht nur bei den Steuern, sondern auch bei den Zinsen - ich verweise auf die Kleine Anfrage von Herrn Linssen -: von 10,5 % Zinshöhe im Jahre 1980 auf 6,5 % Zinshöhe im Jahre 1986.

(Zustimmung bei der CDU - Nagel (CDU): Sonst wären wir ganz pleite!)

Das bedeutet: Wenn diese Zinssenkungen nicht gekommen wären, hätten wir nicht 6,6 Milliarden DM Zinsen im Haushalt stehen, sondern fast 10 Milliarden!

(Zustimmung bei der CDU)

- (B) Ihre eigene zurückliegende mittelfristige Finanzplanung hat auch mit erheblich höheren Zinsausgaben gerechnet. Wir haben Ihnen die Steuereinnahmen durch eine vernünftige Politik in Bonn verbessert, und wir haben Ihnen durch eine vernünftige Politik in Bonn die Zinskosten gesenkt.

(So ist es! und Beifall bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, und deshalb will ich Ihnen einen wirklich ernstgemeinten Vorschlag unterbreiten.

(Maedge (SPD): Das ist doch keine isolierte Entwicklung in der Bundesrepublik. Was Sie sagen, ist doch Quatsch! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Warten Sie einmal ab!

Herr Ministerpräsident, Sie verleihen heute erstmals den Landesorden, den alle Fraktionen in diesem Hause gewollt haben - sicherlich an verdiente Bürger. Ich möchte Ihnen für die nächste Verleihungsrunde zwei vorschlagen:

den Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und Dr. Gerhard Stoltenberg. (C)

(Lebhafter Beifall und Heiterkeit bei der CDU - Lautes Gelächter und Zurufe bei der SPD)

- Wollen sie bestreiten, daß Männer, die für eine Einnahmeverbesserung von mehr als 6 Milliarden DM für dieses Land gesorgt haben, sich um dieses Land verdient gemacht haben?

(Erneut lebhafter Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

- Ich wundere mich über Ihr Gelächter. Sie sollten wirklich ernsthaft darüber nachdenken! Ich sehe auch mehr Nachdenklichkeit bei Ihnen, Herr Rau. Sie haben gerade schon überlegt: Sollte man dem Vorschlag nicht wirklich folgen? - So sah Ihr Gesicht schon aus.

(Widerspruch bei der SPD)

Das einzige, was mich davon hätte abhalten können, diesen Vorschlag zu machen, wäre gewesen, daß Sie Ihrem Vorsatz treu geblieben wären, die Stillen im Lande mit dem Orden zu bedenken.

(Dr. Farthmann (SPD): Dann hätten Sie bestimmt keinen! - Heiterkeit bei der SPD)

Aber so, wie es zur Zeit aussieht, ist da ja ohnehin eine vernünftige Mischung angestrebt, und deswegen würde das gar nicht groß stören. (D)

(Lachen bei der SPD - Dr. Farthmann (SPD): Der stille Schauerte!)

- Herr Farthmann, ich glaube, wir beide könnten einen Wettbewerb durchführen, welches Wasser tiefer und stiller wäre.

(Dr. Farthmann (SPD): Bestimmt, was die Tiefe anbetrifft! - Heiterkeit)

- Daß Sie da besser wegtauchen könnten, ist mir klar!

(Beifall und große Heiterkeit bei der CDU)

Zu den Einnahmeansätzen, Herr Finanzminister! Da haben Sie einen kühnen Sprung getan. Ich erinnere an die Haushaltsdebatte im letzten Jahr. Dabei mußten wir Sie darauf hinweisen, daß Sie 650 Millionen DM aus der regionalisierten Steuerschätzung nicht als

(Schauerte (CDU))

- (A) Einnahme in den Haushalt eingestellt hatten. Als wir Sie darauf ansprachen, sagten Sie, da seien ja immer Risiken, und Sie würden immer Abschlüsse machen. In diesem Haushaltsjahr machen Sie keine Sicherheitsabschlüsse, sondern nehmen "volles Rohr"

(Zuruf des Ministers Dr. Posser)

alles, was drin ist, in diesen Haushalt hinein. Ich halte das für sehr kühn und bin der Meinung, daß man das nur auf zwei Weisen interpretieren kann: Entweder trauen Sie den Bonnern mittlerweile so viel solide Vorausplanung zu, daß Sie sagen: "Das trifft auch ein." - Wir haben da immer großes Zutrauen gehabt; dann haben Sie einen großen Lernprozeß hinter sich. - Oder sie haben diese Einnahmen so hoch eingestellt, um Ihre Rechenkunststücke, wie Sie denn diesen Haushalt mit ganz bestimmten festen politischen Eckwerten wie z. B. der Rückführung der Nettoneuverschuldung sichern können; und um diesen Zweck zu erreichen, machen Sie alles, werfen Sie sogar Ihre Grundsätze vom letzten Jahr über Bord.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich bin mir nicht ganz sicher, welches der Grund war.

Sie haben globale Mehreinnahmen eingestellt. Das ist etwas ganz Tolles.

- (B) (Dr. Linssen (CDU): Was ist das denn?)

- Herr Linssen, wir hatten darüber gesprochen, daß Sie den Zwischenruf machen sollten.

(Allgemeine große Heiterkeit)

Präsident Denzer: Herr Kollege Schauerte, Sie haben ein neues, belebendes Stilelement in die parlamentarische Debatte hineingebracht: den bestellten Zwischenruf.

Schauerte (CDU): Herr Präsident, wenn ich mir diesen Hinweis erlauben darf: Ich erinnere mich an die Fragestunde von gestern, in der Herr Heinemann eine solche Zwischenfrage bekam. Nur hat er nicht zugegeben, daß sie bestellt war. Ich bin da lieber ehrlich.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der CDU)

"Globale Mehreinnahme" von 170 Millionen DM! Das ist wirklich etwas ganz Tolles und ganz Neues. Da haben die Erfinder und die Kreativler in Ihrem Ministerium wirklich alles

in den Schatten gestellt, was wir bisher hatten. Mir kommt es vor wie das Märchen vom Sterntaler. Wenn einer nichts mehr hat, geht er mit einem Hemdchen unter den dunklen Himmel und sagt: Hoffentlich fällt was rein!

(Heiterkeit - Nagel (CDU): Posser?)

- Ich will mir das nicht bildlich bei Ihnen vorstellen, Herr Posser. Da stelle ich mir dann jemand anderen vor.

(Allgemeine Heiterkeit)

Aber, was heißt denn "globale Mehreinnahme"? Es heißt: Ich rechne mit 170 Millionen DM, ich weiß aber noch nicht, wo ich sie hernehmen soll. Aber mit den 170 Millionen DM decke ich dann meine Lücken im Haushalt. - Und das soll seriös sein? Ich komme nachher zu einer Gesamtbewertung; das kommt bei Ihren Tricks noch hinzu. Ich bin der Meinung, daß Sie mit der Einführung einer globalen Mehreinnahme in Höhe von 170 Millionen DM ein gutes Stück Ihrer bisherigen Glaubwürdigkeit verspielt haben, Herr Finanzminister.

(Lebhafte Zustimmung bei der CDU)

Bei den Beteiligungen einschließlich der WestLB: wie immer Fehlanzeige. Darauf werden wir im Laufe der Haushaltsberatungen zurückkommen. Das Grunderwerbsteuergesetz habe ich vorhin schon angesprochen: 480 Millionen DM zu Lasten Dritter in die Kassen des Landes. Spielbanken und Nordwestlotto: Das sind wirklich die Glücksritter in diesem Lande. Ich habe irgendwo gelesen, daß monatlich aus dem Ministerium abgefragt würde, wie sich die Gewinneinnahmen entwickelt hätten, weil das wirklich Cash ist, schönes klingendes Geld. Das ist das, was wirklich noch sauber läuft in diesem Lande. Aber das ist keine Basis, auf der man ein Land mit 17 Millionen Einwohnern nach vorne führen kann!

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf des Abg. Meadage (SPD))

Bei den Ausgaben verletzen Sie, Herr Finanzminister - ich muß das in dieser Deutlichkeit sagen - das Gebot der Haushaltswahrheit. Es fehlen Beträge im Haushalt, die heute schon mit absoluter Sicherheit klar auf dem Tisch liegen! Ich will Ihnen einige nennen.

Bei den Personalkosten haben Sie in der Erhöhung von 931 Millionen DM nur die Erhöhungen der Tarifrunde des Jahres 1986

(C)

(D)

(Schauerte (CDU))

- (A) berücksichtigt. Wenn ich es richtig sehe, müssen wir auch 1987 mit einer Tarifrunde rechnen, und der größte Teil des Haushaltsjahres 1987 wird nach dieser Tarifrunde liegen. Also müssen wir dafür Geld haben.

In den vergangenen Jahren hatten Sie für diese Zwecke etwas eingestellt – ein bißchen versteckt, aber immernin. Wir haben nicht darüber gesprochen, weil wir nicht zu Tarifierhöhungen einladen wollten. Das war auch vernünftig. In diesem Jahr aber haben Sie nicht einmal etwas versteckt eingestellt, sondern Sie haben es "verbraten". Es fehlen auf diese Art und Weise mindestens 200 Millionen DM.

Zum Stichwort Kokskohlenbeihilfe: Sie beklagen die von Bonn geplante Verschuldungsrate. Herr Stoltenberg aber war so ehrlich und hat die Milliarden ganz eingestellt. Deswegen beschimpfen Sie ihn, er würde die Nettokreditermächtigung erhöhen. Sie aber mogeln, stellen die Beträge nicht ein und behaupten: Ich bin der größte Zaunkönig!

(Zustimmung bei der CDU)

Wenn Sie sich bei der Kokskohlenbeihilfe parallel zu Bonn verhalten würden, was in der Vergangenheit immer richtig war und auch geschehen ist, dann müssen Sie 150 Millionen DM zusätzlich für Ausgaben mehr einstellen.

- (B) Zum Thema Asylanten, über das wir gestern kurz gesprochen haben, folgendes:

Sie alle wissen, daß die notwendigen Ausgaben hierfür "rückwärts" finanziert werden, d. h., das, was wir in diesem Jahr mit der Erhöhung einstellen, wollen Sie im nächsten Jahr auch einstellen. Aber wir zahlen jetzt erst für das erste Halbjahr 1986, und 1987 zahlen wir für das zweite Halbjahr 1986. Die von Ihnen angegebenen Zahlen passen schon heute nicht mehr. Ich bin sicher, daß wir auch mit zusätzlichen 150 Millionen DM nicht zurechtkommen.

Weiterhin haben Sie die globalen Mehrausgaben kräftig erhöht – ein Griff in die Trickkiste, wenn etwas nicht mehr paßt.

(Frau Thoben (CDU): Minderausgaben!)

– Entschuldigung, globale Minderausgaben natürlich. Ich habe den i-Punkt vergessen.

(Lachen bei der SPD)

– Ich freue mich, daß Sie etwas zu lachen haben. Es tauchen 354 Millionen DM globale Minderausgaben auf, die ebenfalls noch keiner

kennt und mit denen Sie wie ein Pirat in den Haushaltsansätzen "herumfuchtel". Wenn ich im Zusammenhang damit die kleinen Schwerpunkte betrachte, die Sie gesetzt haben, dann kann es vorkommen, daß ein von Ihnen ausdrücklich erwähnter Schwerpunkt durch die globale Minderausgabe einfach stillschweigend kassiert wird. Das merkt überhaupt niemand, aber der Schwerpunkt ist groß herausgestellt worden.

(Zustimmung bei der CDU)

Ebenso verhält es sich mit dem epochemachenden Urteil im Länderfinanzausgleich, von dem man in dieser Haushaltsdebatte auch nichts mehr gehört hat.

Wenn bei den Einnahmen alles so klappt, wie Sie, Herr Finanzminister, es jetzt kühn annehmen, haben Sie auf der Ausgabenseite Haushaltsrisiken von über 1 Milliarde DM. Das ist kein seriöser Haushalt!

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

So risikofreudig und so unseriös waren Sie bisher noch nie. Die Frage aber stellt sich, warum Sie heute so sind. Warum machen Sie es in diesem Haushalt?

Ich glaube, die Antwort kann nur lauten: Sie waren nach Beratung entsprechender Wahlkampfstrategen des Ministerpräsidenten gebeten worden, einen passenden Wahlkampfhaushalt zu basteln, koste es, was es wolle.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Herr Finanzminister, Sie tun mir persönlich leid,

(Oh! bei der SPD)

daß Sie wegen dieser Wahlkampfauseinandersetzung eine finanzpolitische Glaubwürdigkeit, für die Sie lange gearbeitet haben, leichtfertig aufs Spiel setzen mußten.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Sie werden die Zahlen dieses Haushalts nicht über den Bundestagswahlkampf hinaus halten können. Nach den Bundestagswahlen im Verlauf des Jahres 1987 wird dieses Gebäude Ihrer Zahlen keine Statik mehr haben und zusammenbrechen.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Sie haben sich auf die Fragestellung fixiert, welche Frontstellung es in den Wahlauseinandersetzungen zu vermeiden gilt, nämlich

(C)

(D)

(Schauerte (CDU))

- (A) vor allem die bei den Wählern fest verwurzelte Ansicht, Sozialdemokraten könnten nicht mit Geld umgehen. Also müssen wir einen eine Konsolidierung aufweisenden Haushalt vorlegen, was in Bonn angeblich nicht gelingt oder nicht möglich ist. Um das zu erreichen, haben Sie alle realistischen Haushaltsgrundsätze über Bord geworfen. Das wird aufgedeckt werden.

Sie haben allerdings etwas Glück: Fänden die Wahlen im Mai des kommenden Jahres statt, könnte Ihnen die Operation schon nicht mehr gelingen. Im Januar werden die Gemeinden, die Betroffenen und die Empfänger noch nicht wissen, was mit ihnen tatsächlich passiert. Es wird nämlich nicht das geschehen, was im Haushalt steht, sondern das, was die Zahlen tatsächlich hergeben.

(Minister Dr. Posser: Deshalb haben wir den Wahltermin auf den 25. Januar festgesetzt! - Grätz (SPD): So machen wir es! - Frau Friebe (SPD): Man hat sich mit Herrn Kohl beraten!)

- Sie haben ihn nicht festgelegt. Weil der Wahltermin auf den 25. Januar festgelegt war, konnten Sie so handeln. Sie können die Dinge nicht auf den Kopf stellen!

- (B) Wenden wir uns den Schwerpunkten zu. Sie sprechen über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, was man heute auch in einigen Zeitungen lesen kann. Herr Finanzminister, ich möchte gerne wissen, wo die Bekämpfung dieser Arbeitslosigkeit stattfindet. Ich erkenne Sie weder aus dem Haushalt noch aus dem Haushaltsvollzug. Sie steht auf dem Papier, aber nicht in den Zahlen und erst recht nicht in den Arbeitsplätzen.

(Zustimmung bei der CDU)

Als einen weiteren Schwerpunkt nennen Sie: Umweltschutz. Als erstes erwähnen Sie dabei - man höre und staune -: Entschädigungsleistung für Tschernobyl-Opfer. Ist das etwas zugunsten einer konkreten Verbesserung der Umweltlage im Lande Nordrhein-Westfalen? Wenn dies schon als erster Punkt genannt werden muß, so ist es peinlich. Als Schwerpunkt Umweltschutz wären Ihre Angaben zu bezeichnen gewesen, hätten Sie konkret angegeben, daß Sie für diese oder jene Maßnahmen, z.B. zur Saubererhaltung der Luft, zur Saubererhaltung des Wassers im Lande, zum Schutze des Bodens im Lande, Gelder bereitgestellt hätten. Aber hier eine Entschädigungsleistung einzusetzen, stellt eine sehr neue Bewertung dar.

Dann haben Sie ausdrücklich "Organisationsverbesserungen" aufgeführt. Sie hätten längst alles etwas besser organisieren können.

(C) Als neuer Schwerpunkt werden "Altlasten" aufgeführt. Tatsache ist: Nichts verändert sich, die Ansätze bleiben gleich.

Die Wasserwirtschaft wird als Schwerpunkt ausdrücklich mit einer Zahl erwähnt: statt 12,4 Millionen DM nun 13,5 Millionen DM.

(Lachen bei der CDU)

Schwerpunkt! Schwerpunkt: 1,1 Millionen DM!

(Zurufe von der SPD)

- Über mehrere Jahre, das ist doch klar!

Im gleichen Zeitraum gehen Sie bei den Mitteln für die Abwasserwirtschaft - das ist tatsächlich ein Problemfeld in unserem Lande; davon können Ihnen die Gemeinden und alle Bürger, die bauen wollen und Schwierigkeiten mit den Anschlüssen haben, ein Lied singen - von 304 Millionen DM auf 274 Millionen DM herunter, also minus 30 Millionen: Schwerpunkt?

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Ich kann Sie einladen, einmal zu überprüfen, wo Ihre Schwerpunkte denn eigentlich sind.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

(D) Dann hat Herr Matthiesen auch ganz rote Ohren bekommen - deshalb ist er nicht da -; Feuchtwiesen wäre ein Schwerpunkt, hat er gesagt: Vier Millionen DM weniger!

Ich verstehe das nicht mehr. Ihre Schwerpunkte, die Sie aufaddieren, Herr Finanzminister, reichen nicht einmal an ein halbes Prozent des Haushaltsvolumens heran.

(Lebhaft Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Da stellen Sie sich hin und wollen den Bürgern klarmachen, das seien Schwerpunkte. Hier muß eine absolute Begriffsverwirrung herrschen. Ich bekomme das nicht mehr hintereinander.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn ich dann bei der Gelegenheit einmal einen kleinen Ausflug in Haushaltsreste machen darf - da sind ja auch Möglichkeiten, die Schwerpunkte zu "Leichtpunkten" umzufunktionieren -, da tränen einem die Augen.

Bei der Abwasserabgabe - Bericht 1985; etwas Aktuelleres haben wir nicht, aber das ist Tradition in diesem Lande - stehen 134 Millionen DM im Haushalt, Ausgabereste, über-

(Schauerte (CDU))

- (A) tragen, 224 Millionen DM. Zuschuß an die Wohnungsbauförderungsanstalt - damit sollten Wohnungen gebaut werden -: 699 Millionen DM im Haushalt, Rest 314 Millionen DM.

(Dr. Linssen (CDU): Das gibt's doch wohl nicht.)

Zuweisungen für die Vorbereitung und Durchführung städtebaulicher Maßnahmen, Herr Zöpel - was ist der Junge stolz auf solche Zahlen -: 300 Millionen DM im Haushalt, Reste 404 Millionen DM.

(Lachen bei der CDU)

Ich könnte die Liste verlängern; es hat keinen Sinn. Wir begeben uns nicht mehr in das Gefängnis Ihrer Zahlen, die Sie selbst nicht halten und nicht halten wollen, Herr Finanzminister.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Weil die Zahl so interessant ist, möchte ich noch eine Restezahl nennen, die ich gerade hier finde: Verkehrsberuhigung Ruhrgebiet, 10 Millionen DM im Ansatz, Rest 9,8 Millionen DM.

(Lachen bei der CDU)

Da muß die Verwaltung dieses Topfes die 200 000 DM gekostet haben.

- (B) Das kann nicht in Ordnung sein, wie das in diesem Lande gemacht wird. Die CDU-Fraktion wird deswegen im Rahmen der Haushaltsberatungen fordern, daß nun endlich einmal alle Reste nach Alter und nach ihrem erwarteten Abfluß präsentiert werden.

(Nagel (CDU): Sehr richtig!)

Wenn wir dann Klarheit haben, überlegen wir einmal, was wir wirklich mit den Resten machen. Mit dieser Schattenhaushaltspolitik am Land, am Parlament vorbei muß Schluß sein!

(Lebhafte Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Wir erwarten weiterhin, daß jeder Schwerpunkt, den Sie genannt haben, Herr Finanzminister, uns konkret mit Zahlen, mit Roß und Reiter, mit Fristen und allem vorgeführt wird, nachgewiesen wird, damit wir feststellen können, wo der Mund voll und das Portemonnaie leer war. Ich bin der Meinung, das wird bei fast allen Punkten, die ich erwähnt habe, der Fall gewesen sein.

(Beifall bei CDU und F.D.P.
- Dr. Farthmann (SPD): Wir haben gar keine Schulden! Das ist alles im Haushalt versteckt.)

(C) Wenn ich noch etwas zu Ihren wirklichen Schwerpunkten sagen darf, Herr Farthmann: Mehrausgaben im Personalbereich von mehr als einer Milliarde DM, das ist ein Schwerpunkt, über den hätte der Finanzminister berichten sollen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Den hat er nicht erwähnt.

(Minister Dr. Posser: Sie haben uns im Bundesrat nicht unterstützt! Das war bei der Senkung der Personalkosten!)

- Ja, ja, ganz klar! - 1,3 Milliarden DM weniger an Investitionen -

(Dr. Linssen (CDU): Die Nachfrage stärken, Herr Finanzminister!)

das wäre ein Schwerpunkt, über den Sie hätten reden sollen, warum das sein soll.

(Beifall bei der F.D.P.)

330 Millionen DM mehr für Zinsen, das wäre ein Schwerpunkt, über den Sie hätten reden können. Das haben Sie alles nicht getan. Statt dessen haben Sie sich hier hingestellt und haben Schwerpunkte, die keine sind, vorgetragen in der Hoffnung, daß niemandem etwas dazu einfällt.

(D) In dem Zusammenhang noch eine Bemerkung zum Haushaltsvollzug 1985, damit wirklich deutlich wird, was nachher vollzogen wird und was wir immer beschließen. Haushalt 1985 in ganz wenigen Zahlen: Personalsteigerung um 300 Millionen DM über dem Plan, Investitionskürzung um 573 Millionen DM unter dem Plan, Ausgabereste zu Lasten der Gemeinden, die die nicht bekommen haben, 939 Millionen DM,

(Minister Dr. Posser: Stimmt doch gar nicht; haben sie doch bekommen!)

Verpflichtungsermächtigungen, die nicht abgeflossen sind - neben den Kürzungen, die Sie bereits durchgeführt haben, 1,1 Milliarden DM. Das heißt, im Haushalt 1985 sind, alles addiert, um die 2 Milliarden DM nicht dahin gekommen, wohin sie sollten. Was sollen wir uns dann an Ihren Zahlen eigentlich noch festhalten? Sie machen nachher doch, was Sie wollen. Sie lassen das Gesetz dann so locker dahinplätschern und geben 1 1/2 Jahre später einen Bericht über den Vollzug; dann kräht wirklich kein Hahn mehr danach. Hier ist vorhin schon gesagt worden, wir wollen nichts von 1985 hören, sondern von 1987. Das ist klar, wenn wir immer nur von 1987 hören,

(Schauerte (CDU))

- (A) werden wir nie feststellen, wann Sie uns wirklich betrogen haben. Das ist doch die Situation.

(Minister Dr. Schnoor: Wir machen das, was im Gemeindefinanzierungsgesetz steht! - Minister Dr. Posser: Wir betrügen niemanden!)

Dieser Haushalt steht nur auf dem Papier. Er ist für die Bundestagswahl zusammengestellt. Die Wirklichkeit wird ihn genauso einholen wie 1985.

Dazu will ich noch etwas sagen, Herr Finanzminister. Eine Bemerkung in der letzten Haushalts- und Finanzausschußsitzung hat mich erschreckt. Ich habe nach der Verfassungswidrigkeit der Landeshaushalte in der Vergangenheit gefragt. Da haben Sie gesagt, das wüßten Sie nicht so genau. - Das muß man sich einmal vorstellen!

(Minister Dr. Posser: Das ist nicht wahr!)

Sie waren der Meinung, es wäre ein Haushalt. Vier waren es!

(Minister Dr. Posser (schüttelt den Kopf): Aber nicht bei der Aufstellung!)

Die Verfassungsgemäßheit des Landeshaushalts ist für diese Landesregierung so unwichtig, daß sie nicht einmal weiß, wann sie gegen die Verfassung verstoßen hat.

(B)

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.
- Nagel (CDU): Hört, hört!)

Denn auch der 85er Haushalt, den Sie als verfassungsgemäß gelobt haben, ist wegen dieser Verschiebungen im Vollzug wieder mit über 360 Millionen DM unter der Verfassungsgrenze gelandet.

(Minister Dr. Posser: Das ist herrschende Meinung!)

- Die herrschende Meinung hat nichts mit der herrschenden Mehrheit zu tun.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich abschließend einige Punkte nennen, die das Ganze vielleicht noch einmal verdeutlichen, um das es mir heute bei diesem Beitrag geht. Haushalte sollten, damit Parlament und Öffentlichkeit sie überhaupt verfolgen und beraten können, mindestens noch folgende Dinge beachten:

Es muß alles hineingeschrieben werden, was erkennbar ist, was nötig ist. Und es fehlen

jetzt schon, wie ich gesagt habe, 850 Millionen DM. Wer so handelt, verstößt gegen ein zwingendes Haushaltsgebot.

(C)

Man kann nur einnehmen, was man auch wirklich als Einnahmepositionen im Haushalt erwarten kann. Dagegen verstoßen Sie mit Ihrer globalen Mehreinnahme.

Man muß drittens, was man hineinschreibt, auch ausgeben wollen und können, sonst verstoßen Sie erneut gegen zwingende Haushaltsvorschriften.

Und man muß, Herr Finanzminister Posser, das, was man in einem Haushalt und bei einer Haushaltsberatung verspricht, auch halten. Hierzu will ich auf ein Beispiel hinweisen, das mir sehr zu denken gegeben hat.

Zu Beginn des Jahres 1986 wollte die Bauwirtschaft gemeinsam - Gewerkschaften und Unternehmerverbände - in Düsseldorf demonstrieren. Alles brannte lichterloh: Dies muß vermieden werden! Großes Beruhigungsgespräch mit dem Finanzminister

(Zuruf von der CDU: Und dem Ministerpräsidenten!)

- und dem Ministerpräsidenten! Sie versprechen: 100 Millionen DM Investitionen für eure Zwecke! - Ergebnis: Die Demonstration findet nicht statt. So weit, nicht ganz so gut.

Nun schreiben diese Herren - Gewerkschaftsvorsitzende und Unternehmerverbände - Herrn Finanzminister Posser an und sagen: Was ist denn nun mit den versprochenen 100 Millionen DM passiert? - Und da antwortet Herr Posser: Meine Herren, das kann ich nicht so genau nachvollziehen, das weiß ich nicht so genau. - Tatsache: Es wird zum größten Teil nicht in die Investitionen gegangen sein, die er versprochen hat. Nur deshalb ist die öffentliche Demonstration unterblieben. Deswegen habe ich allen Grund zu sagen: Was man verspricht, muß man auch halten.

(D)

(Zustimmung bei der CDU)

Es ging um 100 Millionen DM.

Und eine Sache ist wohl in sich logisch und schlüssig: Ausgabeschwerpunkte sollten keine Kürzungen sein.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Dies alles geschieht in diesem Haushalt unter der Federführung eines Mannes, der sich für das Amt des Bundeskanzlers bewirbt.

(Zurufe von SPD und CDU)

(Schauerte (CDU))

- (A) Für diese Bewerbung wäre es auch gut gewesen, wenn er in Bonn den Mut gehabt hätte, einmal zu reden.

(Zustimmung bei der CDU)

Aber das macht er heute sicher wett; denn er wird sicher nachher reden, es sei denn, er hat dem Fernsehen gesagt: Wenn ihr nicht kommt, dann rede ich auch nicht.

(Zurufe des Ministerpräsidenten Dr. Rau und des Ministers Dr. Posser - Zahlreiche Zurufe von SPD und CDU)

- Also okay. Ich will mich da nicht in die Einzelheiten begeben; ich bin nicht dabei gewesen. Aber - -

(Zurufe von der SPD)

- Nein. Ich gehe davon aus, Herr Dammeyer, daß der Herr Ministerpräsident noch etwas Vorbereitungszeit braucht.

(Fortgesetzt Zurufe von der SPD - Gegenrufe von der CDU)

Dieser Ministerpräsident bewirbt sich als Bundeskanzler.

(Evertz (CDU): Es gibt da Gott sei Dank noch keine Regelbeförderung!)

Dieser Haushalt und die Vorgänger dieses Haushalts, die Daten und die Fakten,

(B)

(Zurufe von der SPD)

die ich in einer relativ kurzen Zusammenfassung einmal zu verdeutlichen versucht habe, halten die finanzpolitische Wirklichkeit im Lande Nordrhein-Westfalen fest. Sie sind, wenn ich das richtig begreife, die Bewerbungsunterlagen des Ministerpräsidenten.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Ich gehe davon aus, daß die Bürger dieses Landes, aber auch der Bundesrepublik Deutschland den Ministerpräsidenten nach seinen Bewerbungsunterlagen beurteilen werden. Nach was denn sonst?

(Zurufe von der SPD)

Schöne Bilder können es ja nicht sein; es sollte schon mehr sein. Also: Bewerbungsunterlagen.

(Weitere Zurufe von der SPD)

Damit möchte ich zum Schluß kommen. Ich bin sicher, Herr Ministerpräsident, daß Sie mit diesen Bewerbungsunterlagen, wenn sie nur wirklich an die Bürger herangetragen werden, keine Chance haben, eine Mehrheit, mit wem auch immer, für eine Beförderung zu erhalten.

(C)

(Anhaltender Beifall bei der CDU - Beifall bei Abgeordneten der F.D.P.)

Vizepräsident Frau Friebe: Für die Fraktion der SPD spricht jetzt Herr Abg. Schleußer; ich erteile ihm das Wort.

Schleußer (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Finanzminister hat gestern in seiner Einbringungsrede ein ziemlich treffendes und korrektes Bild der nordrhein-westfälischen Finanzwirtschaft gegeben. Ich habe gesehen, daß Herr Schauerte anwesend war. Wenn man seine heutige Rede damit vergleicht, könnte man es ähnlich halten wie im Ausschuß, wo man häufig im Einverständnis mit seinen Parteifreunden sagt: Da schauert es, und darauf braucht man nicht einzugehen. Das könnte man hier genauso gut tun. Aber wenn jemand davon redet, daß er eine Bilanz der Zeit von 1979 bis 1986 geben will, aber von vornherein sagt, daß es an sich um eine Wahlkampfrede und gar nicht um eine Haushaltsrede geht, und dann noch sagt, es gehe nur darum, daß man hier im Landtag Nordrhein-Westfalen Apell rächen sollte, dann von "betrogen" und von "Lügner" redet, dann muß man ihm auch einmal entgegenhalten, wie das mit seinen Behauptungen eigentlich ist, wenn man das nur an Ausnahmen klarmacht.

(D)

Herr Schauerte, Sie haben gesagt: Das Land Nordrhein-Westfalen ist immer steuerstark gewesen, nur zuletzt heruntergewirtschaftet. Sie haben eben den Finanzbericht hochgehalten. Ich befürchte nur, daß Sie ihn nicht gelesen, zumindest in den entscheidenden Punkten nicht gelesen haben. Sie wüßten sonst, daß die Flächenländer von 1970 mit Einnahmen von 31,3 Milliarden DM bis 1986 mit 104 Milliarden Einnahmen eine Steigerung von 235 % hatten. In Nordrhein-Westfalen waren es 1970 14,6 Milliarden DM und 1986 43,2 Milliarden DM; das sind 195 %. Gleiche Zuwachsraten, Herr Schauerte?

(Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

Und das geht in vielen anderen Bereichen weiter. Arbeitslosigkeit! Sie wissen doch, wo die Verantwortung für Arbeitslosigkeit liegt. Doch nicht hier in Düsseldorf, sondern in Bonn.

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD - Lachen bei der CDU - Schauerte (CDU): Damit habt ihr nichts zu tun! - Weitere Zurufe von der CDU)

(Schleußer (SPD))

- (A) - Ich sage nur: wenn da unsauber geredet wird.

Das GFG, ein weiteres Beispiel! Sie führen die Steigerung der Gewerbesteuer an, orientieren das an sogenannten fiktiven Hebesätzen. Sie wissen wie ich, daß fiktive Hebesätze nur eine Rechengrundlage sind und nichts mit der tatsächlichen Gewerbesteuer zu tun haben.

(Weiss (CDU): Wieso hat das damit nichts zu tun? - Zurufe des Abg. Bensmann und weiterer Abgeordneter der CDU)

- Sie wissen es offensichtlich nicht; ich nehme Ihnen das nicht übel. Wenn Sie von der hohen Gewerbesteuer reden, kann ich nur fragen: Liegen eigentlich Frankfurt, München, Augsburg, Nürnberg in Nordrhein-Westfalen? Dort gibt es extremere Gewerbesteuersätze.

(Schauerte (CDU): Aber keine Arbeitslosigkeit!)

Was mir - das war auch bei der Beratung des Haushalts 1986 so; Sie haben es heute fortgesetzt - einfach nicht in den Kopf will: Zunächst einmal beklagen Sie die Ausgaben, die damit verbundene hohe Verschuldung und halten dem Finanzminister anschließend vor, was denn alles eingespart worden ist. Da müßte der Finanzminister - so haben Sie es soeben gesagt - 10 Milliarden DM Investitionen drauflegen, er müßte bestimmte Kürzungen in der Größenordnung von

(B)

2 Milliarden DM zurücknehmen. Sie haben innerhalb von einer Minute das Ausgaben-volumen um 12 Milliarden DM gesteigert und gleichzeitig gefordert, die Nettokreditermächtigung aber müßte heruntergefahren werden. Bringen Sie das doch einmal auf den Punkt!

(Zustimmung bei der SPD - Schauerte (CDU): Das haben Sie nicht verstanden!)

- Es ist schwierig, Ihnen das zu sagen, wenn Sie es nicht verstehen wollen.

Ich könnte es fortsetzen, Herr Schauerte. Denken Sie an das Frühjahr, als wir hier den Haushalt 1986 beraten haben. Da kamen zunächst Ihre Schulpolitiker, die gefragt haben: "Was haben die Schulpolitiker der SPD getan? Da haben die Finanzpolitiker gewonnen, und so darf das doch nicht weitergehen!" - Und dann kamen Ihre Sozialpolitiker, die ausgeführt haben: "Und wiederum

haben bei der SPD-Fraktion die Finanzpolitiker gewonnen. Das darf doch nicht so weitergehen!" - Ich sage Ihnen nur: Sie müssen sich irgendwann einmal darauf verständigen, ob Sie ausgeben oder ob Sie sparen wollen. Ich sage Ihnen: Sie wollen beides gleichzeitig, und das geht nicht.

(C)

(Zustimmung bei der SPD)

Die letzte Bemerkung zu der Bilanz des Herrn Schauerte! Da wird über den Landesorden geredet - offensichtlich selbst nicht ganz ernst genommen, wie man der Mimik entnehmen konnte. - Ein Bundesverfassungsgerichtsurteil sagt: Wie der Bund mit Nordrhein-Westfalen umgeht, ist verfassungswidrig. Das muß geändert werden. - Dann sagen Sie, offensichtlich in Abstimmung - denn sonst könnten Sie es nicht sagen -: Da bekommen Sie trotz Verfassungsgerichtsurteil nichts. - Wenn jemand so mit dem höchsten deutschen Gericht umgeht, weiß ich wirklich keinen Grund, weshalb dem ein Landesverdienstorden überreicht werden sollte.

(Zustimmung bei der SPD)

Eine objektive Bewertung der vom Finanzminister vorgetragenen Zahlen widerlegt einiges von dem, was Sie gebracht haben; sie beweist aber auch, daß die nordrhein-westfälische Finanzpolitik weit besser ist als das, was Sie ihr andichten wollen. Wer daran zweifelt, der muß sich das ansehen und darf nicht so oberflächlich Papiere zitieren, wie das in den letzten Jahren getan worden ist, dem bleibt nur der Schluß, daß wir Politik unter der Überschrift und dem Stichwort "Konsolidierung der Landesfinanzen" konsequent und entschlossener, als das in Bonn geschehen ist, Herr Schauerte, betrieben haben.

(D)

Der Finanzbericht, der erstmalig vom Finanzminister vorgelegt wurde, ist für uns bei kompletter Nutzung eine wertvolle Hilfe, weil mit seinem Datenmaterial nicht nur die Haushaltsvorlage des Landes, sondern gleichzeitig auch die wechselseitigen Beziehungen zwischen der voraussichtlichen Entwicklung der Finanzwirtschaft des Landes und der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erläutert werden.

Meine Damen und Herren, wir haben uns bei den haushaltswirtschaftlichen Entscheidungen der zurückliegenden Jahre davon leiten lassen, daß eine erfolgreiche Politik nur auf der Basis solider Finanzen möglich ist, und schon frühzeitig neue Eckdaten und Richtpunkte für die Finanzpolitik dieses Landes gefunden und auch praktiziert. Nicht mehr expansive Ausrichtung, sondern Konsolidierung war unsere

(Schleußer (SPD))

- (A) Linie. Kennzeichnend für diese Politik, Herr Schauerte, ist der Abbau der jährlichen Nettokreditaufnahme von 1981 an, wie sie der Finanzminister gestern dargestellt hat: 1981 mit 10,1 Milliarden DM, bis 1987 auf 5,6 Milliarden vermindert worden, also eine Rückführung der Nettokreditaufnahme um 45 %.

Herr Rohde hat gestern gemeint, dies seien Zahlen, die ihm nicht so recht paßten, weil sie von der höchsten Verschuldung ausgingen. Ich kann Ihnen andere Zahlen nennen: 1977 1,2 Milliarden DM, 1978 4,5 Milliarden DM - eine Steigerung von 1977 bis 1978 um 275 % -, 1979 fast gleichbleibend, 1980: 8 Milliarden DM Nettokreditaufnahme, eine Steigerung von dem schon sehr hohen Sockel um 73,9 %. Diese Steigerungen fanden sich in der Hauptsache in den Etats des Wirtschaftsministers und des Innenministers wieder; das waren Riemer und Hirsch. Ich finde: Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich habe soeben davon gesprochen, daß wir die Kreditermächtigungen um 45 % zurückgeführt haben. Wenn ich das mit dem vergleiche, was in Bonn geschieht, muß ich feststellen, daß es dort wesentlich weniger war. Stoltenberg konnte nämlich nur um 35 % absenken. Auch beim Vergleich der Haushaltsentwürfe 1986 und 1987 schneidet der Bund wesentlich schlechter ab. Während Nordrhein-Westfalen seine Neuverschuldung um rund 1,2 Milliarden DM oder 18 % reduzieren konnte, mußte der Bund erstmals sogar eine Zunahme seiner Neuverschuldung um 0,6 Milliarden oder 2,7 % hinnehmen. Überhaupt haben der Haushaltsentwurf 1987 des Bundes und seine mittelfristige Finanzplanung den konsolidierungspolitischen Glanz des Bundesfinanzministers - warum er je bestanden hat, ist ein Rätsel - weitgehend verblässen lassen. Denn vergleicht man den Fünfjahreszeitraum 1978/1982 vor der Wende mit dem danach - 1982 bis 1987 -, stellt man fest, daß die Finanzierungslücke - Summe aus neuen Schulden und Bundesbankgewinnen - in der Zeit der Wendekoalition insgesamt 19 Milliarden DM höher ist als im Vergleichszeitraum der sozialliberalen Koalition.

Damit nicht genug: Nach den Planungen des Bundesfinanzministers werden die Schulden des Bundes von 1987 an bis 1990 um weitere 100 Milliarden DM anwachsen. Bis 1995 werden nach seiner eigenen Studie noch weitere 80 Milliarden DM Schulden hinzugekommen sein. In diesen Zahlen sind nicht einmal die jetzt schon angekündigten weiteren Steuer-

entlastungen mit einem Gesamtvolumen von 40 bis 45 Milliarden DM enthalten. Nicht enthalten ist auch die Finanzierung des Babyjahres für Trümmerfrauen, eine Belastung von 4 Milliarden DM. Nicht erfaßt sind die Folgen weiterer größerer Finanzierungsaufgaben im Bereich von Renten und Gesundheit.

Immer dann, wenn es unangenehm wird, erzählt die Opposition etwas davon, daß das Erblasten seien. Ich sage Ihnen: Das Gegenteil ist richtig. In den gesamten Jahren der sozialliberalen Bundesregierung haben nur insgesamt 13 Milliarden DM Bundesbankgewinne die Konsolidierungslast des Bundes erleichtert. Dagegen hat der heutige Bundesfinanzminister in den ersten vier Jahren seiner Regierungszeit 48 Milliarden DM von der Bundesbank überwiesen bekommen. Bis 1990 werden es 73 Milliarden DM und bis 1995 93 Milliarden DM geworden sein. So seine eigenen Schätzungen. Damit spreche ich, Herr Schauerte, etwas an, was Herr Stoltenberg früher gesagt hat. Damals war es unmoralisch, die Bundesbankgewinne in den Haushalt einzubringen. Heute wird es geradezu als die moralische Tat gefeiert. Ein kurzes Gedächtnis!

Ich sage Ihnen noch eines: Wenn diese Bundesbankgewinne nicht gewesen wären, würde die Wendekoalition bis 1995, also in 13 Jahren Regierungszeit, über 100 Milliarden DM mehr neue Schulden machen als die sozialliberale Koalition in ihrer vergleichbaren Regierungszeit. Damit dürfte die Legende widerlegt sein, Stoltenberg sei der Konsolidierungsminister.

Ebenso klar ist, daß mehr als die Hälfte der Zinsen, die der Bundesfinanzminister mittlerweile zu zahlen hat, auf seine eigenen neuen Schulden zurückzuführen sind.

Meine Damen und Herren, ein Vergleich mit den Konsolidierungsleistungen zwischen Bund und Nordrhein-Westfalen wäre unvollständig, wollte man nicht andere Instrumente des Bundes zum Haushaltsausgleich betrachten. Ich nenne in dem Zusammenhang die Privatisierung von Industriebesitz. So werden 1987 rund 3 Milliarden DM und 1988 weitere 1,5 Milliarden DM aus einer neuerlichen Verkaufsaktion der bisher vom Bund gehaltenen VEBA- und VW-Anteile eingegangen sein. Ohne diese Versilberung wertvollen Industriebesitzes wären die Löcher in den Bundeshaushalten 1987 und 1988 rund 4,5 Milliarden DM höher.

Gegenüber diesen Möglichkeiten des Bundes brauchen wir zu dem, was hier geleistet worden ist, keinen Vergleich zu scheuen.

(C)

(D)

(Schleußer (SPD))

- (A) Das, was in Nordrhein-Westfalen erreicht worden ist, kann sich sehen lassen, zumal wir nicht die goldenen Brücken wie Bundesbankgewinne und Privatisierungserlöse zur Seite hatten.

Meine Damen und Herren, im Vergleichszeitraum 1981 bis 1984 ist das Ausgabenwachstum in Nordrhein-Westfalen nur um 2,8 % gewachsen, also jahresdurchschnittlich um weniger als 1 %. Die anderen Bundesländer haben im gleichen Zeitraum ihre Ausgaben um insgesamt 8,7 % und der Bund immerhin noch um 7,9 % gesteigert; das sind alles Zahlen, die uns recht geben, daß ein ausgabeneinsparender Kurs gefahren worden ist.

Nun ist die Einnahmeseite ein Schlüssel für das Verständnis der Finanzsituation unseres Landes. Und wir wissen: Diese Einnahmeseite ist ausschließlich von Bonner Entscheidungen abhängig - und nicht von nordrhein-westfälischen Entwicklungen.

Wer die Entwicklung der Steuereinnahmen der Flächenländer miteinander vergleicht - ich habe das eben gesagt, als ich auf Herrn Schauerte antwortete -, der sieht, daß es für unser Land eine Benachteiligung und andere Faktoren gibt. Wäre die Steuerentwicklung in Nordrhein-Westfalen ähnlich wie in den übrigen Flächenländern gewesen, hätten wir 1986 6 Milliarden DM mehr zur Verfügung gehabt.

- (B) Nun gibt es dafür eine Reihe von Ursachen. Ich nenne nur die wesentlichen: die völlig unbefriedigende Ertragssituation unserer Schlüsselindustrien Kohle und Stahl, die mit überproportionalen Arbeitsplatzverlusten einhergeht. Gemeinsam mit dem, was im Strukturwandel notwendig ist - den Erneuerungs- und Rationalisierungsinvestitionen -, hat sie das Steueraufkommen in Nordrhein-Westfalen ganz erheblich beeinträchtigt.

Das gleiche gilt für Umweltschutzzinvestitionen. In keinem Land der Bundesrepublik werden für den Umweltschutz so viele Mittel aufgebracht wie in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der SPD)

Weil das Betriebsausgaben sind, haben die Unternehmer die Möglichkeit, diese Maßnahmen gewinn- und damit steuermindernd abzusetzen. Die erwähnte Freisetzung von Arbeitskräften hat ebenfalls zu spürbaren Lohn- und Einkommensteuerausfällen geführt. Das ist der Grund.

Nur: Wenn ich von Steuern und von der Steuereinnahmeentwicklung rede, ist eine

Annahme falsch, nämlich die, unser Land hinke beim Wirtschaftswachstum hinterher. Richtig ist: NRW erwirtschaftete 1985 mit 29,5 % des Bruttoinlandsproduktes aller Flächenländer einen Betrag, der über seinem Bevölkerungsanteil liegt. Auch bei der Produktivität liegt Nordrhein-Westfalen 1985 wie seit Jahren auf dem zweiten Platz im Flächenländervergleich. Nur Hessen ist vor uns. Tatsache ist auch, daß über 30 % der Exporte der Bundesrepublik aus Nordrhein-Westfalen kommen.

Meine Damen und Herren, Einnahmeverluste in einer Größenordnung von 10,2 Milliarden DM - davon 5,9 Milliarden DM für das Land, Herr Schauerte, und 4,3 Milliarden DM für die Gemeinden - werden für Nordrhein-Westfalen in den Jahren 1986 bis 1988 alle seit der Wende in Bonn von der Bundesregierung beschlossenen Steuerrechtsänderungen mit sich bringen.

Allein für das Haushaltsjahr 1987 wird sich dieser Betrag in Nordrhein-Westfalen auf rund 3,1 Milliarden DM, davon 1,8 Milliarden DM für das Land und 1,3 Milliarden DM für die Gemeinden, belaufen. Und ohne diese Minder-einnahmen, die in Bonn verursacht wurden, könnte beispielsweise in Nordrhein-Westfalen auf die Grunderwerbsteuer-Operation zu Lasten der Gemeinden verzichtet werden, es könnten die Ausgaben für Umweltschutz verdoppelt werden, und wir wären sogar in der Lage, Herr Schauerte, jährlich 1 500 Lehrer in den nächsten Jahren einzustellen. Alles das durch Bonn verursachte Entscheidungen!

(Dorn (F.D.P.): An Abbau denken Sie in diesem Zusammenhang überhaupt nicht.)

Herr Dorn, ich hatte Ihnen eben dargelegt, wie sprunghaft unter Ihrer Mitbeteiligung die Nettokreditermächtigung bis 1980 nach oben gegangen ist.

(Dorn (F.D.P.): Genau das ist falsch.)

Ich habe das nachgelesen, was Sie damals zu dem 80er Haushalt gesagt haben, Herr Dorn. Es war da ein solide finanzierter Haushalt;

(Dorn (F.D.P.): Ja.)

aber die heutige Rückführung von 10,1 Milliarden DM Kredite auf 5,6 Milliarden DM Kredite - das ist keine Entwicklung!

(Dr. Rohde (F.D.P.): Das glauben Sie doch nicht, was Sie sagen.)

(C)

(D)

- (A) Frau Vizepräsident Friebe: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dorn, Herr Schleußer?

(Schleußer (SPD): Ja.)

- Bitte schön, Herr Dorn.

Dorn (F.D.P.): Herr Schleußer, würden Sie dann freundlicherweise zu diesen Zahlen auch hinzufügen, daß Sie in den Jahren 1980 und 1981 die vorher eingesparten Kreditaufnahmen in Höhe von 9 Milliarden DM, die wir bewilligt hatten, aber nicht in Anspruch genommen haben, zusätzlich zu den bewilligten Krediten des Jahres 1980 ausgegeben haben?

Schleußer (SPD): Herr Dorn, ich finde, Ihre Frage ist so nicht ganz richtig gestellt, weil wir hier zwischen Kreditermächtigung und Kreditausgaben unterscheiden müssen. Ich habe von Kreditausgaben geredet, konsequent, nicht von der Kreditermächtigung, Herr Dorn.

(Zuruf des Abg. Dr. Biedenkopf)

Meine Damen und Herren, die Opposition wird in diesem Zusammenhang nicht müde, darauf hinzuweisen, daß trotz dieser Steuersenkungsaktion die Steuerquellen in Nordrhein-Westfalen im nächsten Jahr kräftiger sprudeln werden. Herr Schauerte glaubte das eben als eine besondere Leistung des Bundes herausstellen zu sollen. Es ist richtig, daß für 1987 eine Steigerung von 7 % erwartet wird. Aber welche Risiken, Herr Schauerte, bei dieser Steigerungsrate bestehen, wissen Sie. Wir haben uns im Haushalts- und Finanzausschuß darüber unterhalten. Sie wissen auch, welche einmaligen Fakten dieser positiven Entwicklung zugrundeliegen. Sie wissen, daß man das hier wegen des bestehenden Steuergeheimnisses nicht ausdiskutieren kann.

(Schauerte (CDU): Aber nicht die für 1987!)

Dann sagen Sie, Herr Schauerte, daß wir zunächst nur das Geld des Bürgers wollen. Darum lassen Sie mich zu den Steuerentlastungsvorhaben noch feststellen:

Wir können und wollen wegen der in unser Steuersystem eingebauten Belastungsdynamik um Anpassungsmaßnahmen nicht herumkommen. Aber eines muß ebenso klar sein: Die finanzielle Handlungsfähigkeit unseres Landes darf durch solche Steuersenkungsmaßnahmen nicht so massiv beeinträchtigt werden.

(Dr. Ronde (F.D.P.): Die haben Sie ja schon kaputt gemacht, diese Handlungsfähigkeit.)

- Herr Rohde, Mitbeteiligung ausgeklammert.

(C)

Meine Damen und Herren, unabhängig von den Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte haben natürlich Steuersenkungsmaßnahmen eine verteilungspolitische Seite. Aus unserer Sicht darf es daher nicht zu einer Verschiebung, zu einer Strukturveränderung zu Lasten der Schwächeren, zu Lasten der Arbeitnehmer, kommen. Wenn mittlerweile, Herr Schauerte, 1985 der Anteil der Lohnsteuer am Gesamtsteueraufkommen einen Rekordstand von 34 % erreicht hat und der Anteil der Unternehmersteuern einen Tiefstand von 17 % erreicht hat, sagen wir: dann gibt es steuerpolitischen Korrekturbedarf.

(Beifall bei der SPD)

Dies gilt umso mehr, als es auch auf der Einnahmenseite in den Jahren 1982 bis 1985 zu kräftigen Umverteilungen gekommen ist. Während Arbeitnehmern, Rentnern, Arbeitslosen und Familien mit Kindern Konsolidierungssopfer um die 60 Milliarden DM abverlangt wurden, summierten sich die seit der Wende den Unternehmern zugeschobenen Steuergeschenke auf über 10 Milliarden DM jährlich. Und das darf nicht so weitergehen.

Meine Damen und Herren, bei den Steuerentlastungen im Steuersenkungsgesetz 1986/88 ist das Bild wie folgt: Der normale Arbeitnehmer muß sich mit einer Steuerentlastung von monatlich 12 DM zufrieden geben, die in der Regel noch durch Sozialabgaben wieder aufgefangen wird. Für den Spitzenverdiener erhöht sich hingegen die Entlastung auf das 50fache dieser Summe, obwohl ihre Steuer nur 20mal höher ist als die des Durchschnittsverdieners. Das soll in der nächsten Legislaturperiode fortgesetzt werden. Sie werden Verständnis dafür haben, daß wir das nicht wollen, weil wir wissen, daß die Mehrheit der Bürger dort leer ausgehen würde.

(Beifall bei der SPD)

Wir treten deshalb für eine Reform ein, die die Steuerlasten gerechter verteilt und beschäftigungswirksamer gestaltet. Dazu gehört eine Reform des Lohn- und Einkommensteuertarifs zugunsten mittlerer und kleinerer Einkommen, ein erhöhtes und für alle gleiches Kindergeld anstelle des viergliedrigen Systems von steuerlichen Kinderfreibeträgen, gekürztem Kindergeld, einkommensabhängig gekürztem Kindergeld und Kindergeldzuschlag, sowie eine Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für kleinere und mittlere Unternehmer durch die Einräumung einer befristeten, steuerstundenden Investitionsrücklage.

(D)

(Schleußer (SPD))

- (A) Aber auch im Interesse der öffentlichen Haushalte werden wir bei allen Steuersenkungsaktionen darauf achten, daß dem Gemeinwesen nicht die Mittel genommen werden, die es für seine gesellschaftspolitischen Aufgaben benötigt. Gerade die große Masse der Bürger kann sich einen armen Staat nicht leisten.

Meine Damen und Herren, die Einnahmenseite des Haushaltes wird immer noch durch die Benachteiligungen im bundesstaatlichen Finanzausgleich betroffen. In zahlreichen Beiträgen haben wir in den letzten Jahren hier während der Haushaltsplanberatungen auf diesen verfassungswidrigen Zustand hingewiesen. Es wurde eben bereits gesagt, daß es nun ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts gibt. Vor zwei Monaten haben wir hier im Plenum ausführlich zu dem Urteil Stellung genommen. Ich halte es für besonders wichtig, daß es nach dieser Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes auf jeden Fall spätestens ab 1988 eine Neuregelung des Länderfinanzausgleichs geben wird, bei der die Forderungen Nordrhein-Westfalens, zumindest soweit es um die Verteilung der Bundesergänzungszuweisungen geht, berücksichtigt werden müssen.

Jetzt geht es um die Verhandlungen, die von allen Seiten Toleranz und den Willen zur Kompromißbereitschaft verlangen. Ich darf da nur noch einmal die Opposition auffordern: Helfen Sie mit, daß die Bundesregierung und die CDU/CSU-regierten Bundesländer davon überzeugt werden, daß die Benachteiligung Nordrhein-Westfalens ein Ende haben muß.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Nordrhein-Westfalen hat über anderthalb Jahrzehnte hinweg 11,3 Milliarden DM in den Topf eingebracht, und ich finde, Nordrhein-Westfalen hat einen Anspruch auf die Solidarität der anderen Länder und darf nicht weiter alleingelassen werden.

(Erneut Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, vier Jahre konservativ-liberale Regierungskoalition in Bonn, das sind vier Jahre lang mehr als 2 Millionen registrierte Arbeitslose und über 1 Million Arbeitslose in der sogenannten stillen Reserve.

(Zuruf des Abg. Dorn (F.D.P.))

Seit vier Jahren hat es keinen Monatsanfang gegeben - Herr Kollege Dorn -, an dem der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit weniger als 2 Millionen Arbeitslose gemeldet hat.

Nachdem vier Jahre lang der wirtschaftliche Aufschwung am Arbeitsmarkt vorbeigegangen ist und sich das wirtschaftspolitische Konzept der Bundesregierung als beschäftigungspolitisch ungeeignet herausgestellt hat, kämpft die Bundesregierung nun in der Zwischenzeit nicht mehr gegen die Arbeitslosenzahl, sondern gegen die Arbeitslosenstatistik. Sie versucht in der öffentlichen Diskussion, an die Stelle der ihr unangenehmen Arbeitslosenzahlen die gestiegenen Beschäftigtenzahlen zu setzen. Tatsache ist nur, daß die Zahl der Beschäftigten heute nicht höher ist als vor vier Jahren und daß ein sehr großer Teil der neu geschaffenen Arbeitsplätze auf die von den Gewerkschaften durchgesetzte Arbeitszeitverkürzung zurückzuführen ist, die der Bundeskanzler ursprünglich als dumm und töricht abqualifiziert hatte, nun aber nicht zögert, sie seinem Erfolgskonto gutzuschreiben. Wir müssen erleben, daß die Erwartung der Bundesregierung getrogen hat, mit der Eröffnung neuer Gewinnmöglichkeiten für Unternehmer würden automatisch Investitionen und damit Arbeitsplätze geschaffen.

(C)

Wir wissen, meine Damen und Herren von der F.D.P. und der CDU, daß der Schlüssel zum nachhaltigen Abbau der Arbeitslosigkeit in Bonn liegt, und wir sagen: Arbeitslosigkeit ist kein Betriebsunfall, sondern Folge einer falschen Politik, die geändert werden muß.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir Sozialdemokraten hier in Nordrhein-Westfalen wissen, daß uns bei einer autonomen Beschäftigungspolitik hier im Lande enge Grenzen gesetzt sind. Wir haben uns die Entscheidung für eine angemessene Ausstattung beschäftigungspolitischer Ansätze nicht leichtgemacht, weil wir zwischen dem finanzpolitisch Gebotenen, nämlich den Ausgabezuwachs zu begrenzen, und dem beschäftigungspolitisch Erwünschten abwägen mußten.

(D)

Die Landesregierung hat im Rahmen ihrer engen haushaltspolitischen Möglichkeiten versucht, mit einer Dotierung der Investitionsausgaben in Höhe von 8,7 Milliarden DM entsprechende Anstöße zu geben. Die Zahl von 14,5 % in Ihrer Darstellung, Herr Schauerte, ist richtig. Mit dieser Investitionsquote liegt Nordrhein-Westfalen deutlich über dem, was Herr Stoltenberg für Investitionen ausgibt, nämlich 13,8 %.

(Schauerte (CDU): Das ist doch unvergleichbar. Das wissen Sie doch genau!)

(Schleußer (SPD))

- (A) - Investitionsquoten sind nicht vergleichbar? Das müßte eine neue Erfindung von Ihnen sein.

(Schauerte (CDU): Vergleiche zwischen Bund, Ländern und Gemeinden - das ist doch Unsinn, was Sie sagen!)

Zur Beschäftigungspolitik kommt noch hinzu, Herr Schauerte, wenn man eine Gesamtbewertung vornimmt, daß wir in Nordrhein-Westfalen für Ausbildungsplatz- und beschäftigungsfördernde Maßnahmen im Rahmen des Landesprogrammes zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze und zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit 700 Millionen DM veranschlagt haben.

Aber, meine Damen und Herren, wenn man auf der einen Seite sieht, was Sozialdemokraten tun konnten, und auf der anderen Seite hört, was angeblich hätte zusätzlich gemacht werden müssen, dann muß man nach den grundsätzlichen haushaltspolitischen Alternativen oder Konzepten der Opposition fragen. Wenn man das aber tut, Herr Schauerte, dann ist man heute wieder einmal enttäuscht worden. Heute ist wieder einmal von Ihnen dargelegt worden, daß der Opposition jede zeitliche, jede inhaltliche, jede strukturelle Perspektive für die Finanzpolitik unseres Landes fehlt.

(Schauerte (CDU): Haben Sie das schon vorher aufgeschrieben, bevor Sie meine Rede hörten?)

(B)

- Das steht - kontrollierbar - nicht hier.

Im übrigen ist die haushaltspolitische Haltung der CDU dadurch gekennzeichnet - das ist heute fortgesetzt worden -, daß bei jeder Gelegenheit die hohe Verschuldung des Landes angeprangert wird, aber keine Gelegenheit ausgelassen wird, mit Blick auf einige Interessentenverbände Mehrausgaben zu fordern. In diesem Jahr, Herr Schauerte, wurden mehr Mittel für den Sportstättenbau gefordert - noch im August -; da wurde eine Stiftung "Mutter und Kind" gefordert - jährliches Zuwendungsvolumen 20 Millionen DM ohne die zusätzlichen Personalkosten -.

(Zuruf von der CDU: Das wird ein Schwerpunkt!)

Da wird ein öffentliches Bauprogramm in Höhe von 140 Millionen DM gefordert, und seit gestern wissen wir, daß der Förderung der Rockmusik ein Rockbüro zugeordnet werden soll, das auch noch einmal 200 000 DM im Jahr kosten soll.

Wie Sie dann die recht vollmundigen Ankündigungen Ihres Fraktionsvorsitzenden Worms aus dem Jahre 1983, jährlich 1 Milliarde DM Neuverschuldung abzubauen, oder aus 1984, als gesagt wurde, die Hälfte der Steuermehreinnahmen sollte zur Schuldendeckung eingesetzt werden, einlösen wollen, das ist bis heute offengeblieben. Dazu hat es keinen Hinweis gegeben. In der gesamten letzten Legislaturperiode und in den zwei Jahren der neuen hat es nicht einen einzigen Gesetzesentwurf, einen einzigen Antrag gegeben, der zu echten Einsparungen und zum Abbau der Nettokreditaufnahme geführt hätte. Was Sie zu den jeweiligen Haushalten eingebracht haben, das waren Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf, mit denen Sie regelmäßig die Finanzierung anderer Ausgabenwünsche decken mußten, die aber nie zur Zurückführung der Nettokreditverschuldung geführt hätten. Da muß man einfach fragen, ob Sie nicht selbst die Doppelzüngigkeit erkennen, jede Situation, jede Gelegenheit zu nutzen, die Verschuldungs- und Ausgabenpolitik der Landesregierung anzuprangern, selbst aber nicht einen einzigen Beitrag zum Schuldenabbau zu bringen. Das ist pervers.

(Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren, einen vermeintlich anderen Weg geht die F.D.P., allerdings nur auf den ersten Blick. Sie erweckt mit einem spektakulären Gesetzesentwurf, den sie Entschuldungs- oder auch Schuldenstoppgesetz nennt, den Eindruck, als hätte sie die Lösung zur Zurückführung der jährlichen Kreditaufnahme auf Null bis 1981 gefunden. Auf den zweiten Blick hinterläßt dieser Gesetzesentwurf nur Ernüchterung, Herr Dorn, und auch Enttäuschung. Sie bleiben darin jede Antwort darauf schuldig, wie Sie die Entschuldung in den von Ihnen vorgesehenen Schritten verwirklichen wollen.

Wer gegenüber der Regierungsvorlage, Herr Dorn, allein 1987 zusätzlich rund 2 Milliarden DM weniger Kredite aufnehmen will, muß, um ernst genommen zu werden, konkret sagen, wo und auf welchem Wege er Kürzungen vornehmen will. Die Flucht in das haushaltsrechtliche Instrument des Übergangs vom Soll- zum Ist-Abschluß hilft da keinen Deut weiter. Das wissen Sie genauso gut, wie wir das wissen. Zwar könnte diese haushaltsrechtliche Maßnahme im Grundsatz künftig die Erschwerung der Inanspruchnahme von Ausgaben mit sich bringen und damit einmal einen Spareffekt haben, aber quantitativ muß das selbstgesteckte Ziel schon aus dem Grund verfehlt werden, weil nach Ihren eigenen Vorstellungen die eigentlich resteverdächtigen Bestandteile des Haushalts, nämlich die Reste

(C)

(D)

(Schleußer (SPD))

- (A) aufgrund des GFG und die Ausgaben, denen zweckgebundene Einnahmen gegenüberstehen, von diesem Einspargebot des geänderten § 45 der Landeshaushaltsordnung ausgenommen sein sollen. Es geht also nur um den kleineren Teil.

Deshalb müssen Sie unter dem Gesichtspunkt der Konsolidierungspolitik nach wie vor Roß und Reiter nennen und sagen, wie Ihre Entschuldungsstaffel mit Leben erfüllt werden soll. Dafür haben wir bisher keinen Anhaltspunkt. Ohne Erledigung dieser Hausaufgaben können Sie nicht damit rechnen, daß Ihre Initiative gute Noten bekommt.

Ich mache Ihnen einen Vorschlag: Schicken Sie die Dinge nach Bonn; Sie wissen, daß sie dort besser aufgehoben sind.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluß kommen. Wir wissen, daß sich Nordrhein-Westfalen nach wie vor in einer schwierigen Finanzsituation befindet und daß es wegen der Abhängigkeit von weitgehend von anderen bestimmten Einnahmen nur äußerst eingeschränkte Handlungsmöglichkeiten gibt. Wir machen uns jedenfalls nichts vor, weil Einsicht für uns allemal besser ist als Träumerei.

- (B) Für den vor uns liegenden Weg müssen wir gemeinsam erkennen, daß der Schwerpunkt in Zukunft weniger auf dem liegt, was wünschenswert ist, sondern mehr darauf, was tatsächlich geleistet werden kann. Alle, die an einer nachhaltigen Konsolidierung der Landesfinanzen interessiert sind, müssen erkennen, daß sie in einem Boot sitzen. Dieses Boot kann keine Galeere sein, in der nur die einen rudern, während die anderen mit ihren Forderungen den Takt schlagen und einen Kurs vorgeben, der nicht steuerbar ist.

Wir halten den Haushaltsentwurf in seiner gegenwärtigen Gestalt für ein Dokument von Augenmaß und Realitätssinn, für eine gute Grundlage, um die Aufgaben des nächsten Jahres anzugehen. Wir sind daher bereit, dieser Grundlage unsere parlamentarische Stütze zu geben. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Fraktion der F.D.P. spricht jetzt Herr Abg. Dorn.

Dorn (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der von der Regierung Rau vorgelegte Haushaltsentwurf für 1987 beweist eindrucksvoll die Unfähigkeit

dieser Regierung, eine in die Zukunft gerichtete Politik für unser Land zu gestalten. (C)

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Noch bemerkenswerter ist dies: Die Landesregierung legt uns einen Haushalt vor, mit dem sie die von ihr selber in der Regierungserklärung 1985 angekündigte Politik für diese Parlamentsperiode endgültig zu Grabe trägt.

Was hat uns der Ministerpräsident angekündigt, und was ist in der praktischen Politik seiner Regierung daraus geworden? Mit dem Leitsatz der Regierung Rau "Wir erneuern Nordrhein-Westfalen ökologisch und ökonomisch" werde ich mich zwangsläufig auseinandersetzen müssen, um zu verdeutlichen, was von den Erklärungen des Ministerpräsidenten und seiner Minister zu halten ist.

Seit Jahren spricht der Finanzminister von einer Konsolidierung der Finanzen und der unabdingbaren Notwendigkeit, die Schuldenaufnahme zu verringern. Doch sowohl der Ministerpräsident als auch der Finanzminister betreiben eine Politik, die genau das Gegenteil von dem bewirkt, was beide für sinnvoll halten. Ideologische Trautänzereien aufgrund von Beschlußlagen ihrer Parteitage hindern sie daran, die als richtig erkannte Politik umzusetzen, da ihnen die politische Führungskraft fehlt, ihren Genossen ein sichtbares Stoppzeichen auf dem Weg einer falschen Politik aufzurichten.

(Zuruf von der SPD)

- Ja, wenn Sie das kennen und trotzdem nichts tun, dann nützt das unserem Land überhaupt nichts. Das ist das Problem. (D)

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wie der Finanzminister das wirklich sieht, hat er in seiner Haushaltsrede bereits am 10. September 1982, also vor vier Jahren, vorgetragen. Er sagte damals:

Angesichts dieser Lage sehen wir uns vor die Frage gestellt, welche Perspektiven politisches Handeln noch hat. Die Frage ist verständlich. Ohne Perspektiven - und das heißt: ohne Hoffnung - kann man nicht leben. So unvermeidlich darum die Frage ist, so schwer läßt sie sich zur Zeit befriedigend beantworten. Ich kann nur einen Gesprächsbeitrag leisten.

Meine erste Bemerkung lautet: Wir müssen der Realität ins Auge sehen. Perspektiven müssen realistisch sein, d. h., sie müssen ein verlässliches Fundament in der Wirk-

(Dorn (F.D.P.))

- (A) lichkeit haben. Nur wenn sich unser finanzpolitisches Denken mit der Wirklichkeit deckt, haben wir Aussicht, die kommenden Probleme zu bewältigen. Auf Illusionen läßt sich nirgendwo eine gute Politik aufbauen.

So der Minister im Jahr 1982.

Genauso ist es, Herr Finanzminister: Auf Illusionen läßt sich nirgendwo eine gute Politik aufbauen. Wir fragen Sie und den Ministerpräsidenten: Wann haben Sie endlich den Mut, Ihren deutlichen Worten auch Taten folgen zu lassen?

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Noch bei der Beratung des Haushalts 1986 hat der Finanzminister seinen Kabinettskollegen und seiner Fraktion ja schriftlich bescheinigt, daß die von ihnen betriebene Politik der Finanzierung von Staatsaufgaben nicht mehr zu verantworten ist. Doch mit dem Haushalt 1987 setzt die Landesregierung diese unverantwortliche Politik fort. Sind Ihre Worte also nur Worte, dahingesprochen, ohne Absicht? Im "Faust" läßt Goethe den Mephisto sagen:

Gewöhnlich glaubt der Mensch,
wenn er nur Worte hört,
es müsse sich dabei doch auch was denken
lassen.

- (B) Sehr geehrter Herr Dr. Rau, wenn Ihnen der Mephisto nicht gefällt: Ich habe dazu auch ein passendes Zitat aus der Bibel. Im 2. Brief des Petrus heißt es im zweiten Kapitel: Sie reden stolze Worte, die nichts sind als leerer Schall.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Anders kann man doch die Mitteilung des Finanzministers vom 11. Juli 1986 nach der Verabschiedung des Haushalts 1987 im Kabinett nicht bezeichnen. Er spricht von "Vertiefung der Konsolidierungspolitik". Was immer das heißen mag, meine Damen und Herren: Unser Land steckt dank Ihrer Politik schon tief genug in den Schulden!

Dann heißt es: "Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit werden weitere Prioritäten gesetzt." Welch ein inhaltsloses Wortgeklänge, so richtig dazu angetan, die Erfolglosigkeit der Politik auf diesem Gebiet zu verschleiern!

Auch Ministerpräsident Rau sagt im Interview der "Wirtschaftswoche" vom 12. September 1986: "Ich will alle Kraft auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit richten." Und auf den Plakaten der SPD kann man jetzt

(C) schon in unserem Lande lesen: "Mehrheit für neue Arbeitsplätze - SPD". Das ist nicht nur eine ehrenvolle Absicht, sondern die Zielsetzung auch der F.D.P. und sicher auch der CDU. Doch der Ministerpräsident unseres Landes kann sich nicht nur mit Absichtserklärungen aus dieser Diskussion verabschieden, sondern er weiß und wir wissen, daß die höchste Arbeitslosenzahl in dem Lande herrscht, in dem er seit 9 Jahren regiert. Hier hätte er doch das zeigen können, was er im Bund demnächst anstrebt,

(Dr. Farthmann (SPD): Leider falsch, Herr Dorn!)

wenn er etwas Konkretes vorzuzeigen hat.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Nein, so einfach entlassen wir Sie nicht aus dieser Diskussion! Wir erinnern Sie vielmehr an Ihre Regierungserklärung, in der Sie sagten:

Auch wir konnten und können nicht verhindern, daß zur Zeit 700 000 Menschen in unserem Land keine Arbeit finden.

Dann fahren Sie fort:

Keine Partei, keine Regierung kann versprechen, sie werde die Massenarbeitslosigkeit in kurzer Zeit und ohne gemeinsame Opfer beseitigen.

(Aigner (SPD): Die tun in Bonn gar nichts!)

(D) Und Sie schließen dann in der Regierungserklärung zu diesem Kapitel:

Unsere gemeinsame Aufgabe heißt: Arbeit für alle durch mehr Solidarität.

Wenn das alles ist, was Sie anzubieten haben, Herr Ministerpräsident - "Arbeit für alle durch mehr Solidarität" -, dann sollten Sie wirklich nicht mehr davon sprechen, eine realistische Lösung für dieses Problem anbieten zu können!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Sie sollten einmal darüber nachdenken, warum die von der CDU/CSU/SPD-Regierung im Stabilitätsgesetz 1967 beschlossene Vollbeschäftigung nicht funktionierte. Und die Benaupung aus Kreisen der SPD, daß mit staatlichen Verschuldungsprogrammen die Arbeitslosigkeit abgebaut werden könnte, kann doch nur noch der aufstellen, der in

(Dorn (F.D.P.))

- (A) den letzten 20 Jahren die wirtschaftliche Entwicklung im Tiefschlaf verfolgt hat.

(Dr. Farthmann (SPD): Das will doch überhaupt keiner!)

Nun hat Herr Kollege Schleußer vorhin gesagt: Arbeitslosigkeit ist das Ergebnis einer falschen Politik.

(Schleußer (SPD): So ist es!)

- Wenn Sie sagen: So ist es - -

(Schleußer (SPD): Bonner Politik!)

- Ja, auch Bonner Politik. Herr Kollege Schleußer, das ist auch richtig. Nur: Dann sollten Sie in diesem Zusammenhang nicht verschweigen, daß die erste Zahl von 2 Millionen Arbeitslosen erreicht wurde, als Helmut Schmidt Bundeskanzler war, Sie und wir gemeinsam in der Regierung saßen und Johannes Rau in diesem Lande Ministerpräsident war.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Wenn das alles nur das Ergebnis falscher Politik gewesen wäre - ich bestreite Ihnen das energisch -, dann hätten Sie im Land und im Bund die Hauptverantwortung für diese falsche Politik zu tragen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

- (B) So einfach kann man sich das eben nicht machen. Deswegen hat der Ministerpräsident dieses Landes das ja auch in seiner Regierungserklärung viel differenzierter dargestellt, und deswegen habe ich das absichtlich hier noch einmal vorgetragen, weil ich der Meinung bin: Es nützt nichts, ständig andere dafür verantwortlich zu machen, daß Sie eine falsche Politik betreiben. Hier kommt es vielmehr darauf an, Gemeinsamkeiten zu finden; denn nur alle gemeinsam können dieses Problem lösen, das ja nicht nur in der Bundesrepublik und in Nordrhein-Westfalen besteht.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Nach den Vorstellungen der Landesregierung soll ab 1987 ein Wissenschaftszentrum gegründet werden. Und da die Regierung selbst weder ausreichende Ideen noch eine Konzeption hat, das, was sie in der Regierungserklärung 1985 versprach, zu realisieren, begründete sie die Schaffung dieses Zentrums wie folgt:

Die Landesregierung erwartet von diesem Wissenschaftszentrum Impulse für eine ökonomische und ökologische Erneuerung Nordrhein-Westfalens.

(C) Also, jetzt wissen wir das genau: Ein noch zu gründendes Institut soll das schaffen, was die Regierung als ihr Versprechen abgab.

(Schauerte (CDU): So ist es!)

Der Ministerpräsident sagte: Wir erneuern Nordrhein-Westfalen ökologisch und ökonomisch. Er sagte nicht: Wir gründen ein Institut; dann suchen wir Menschen, die etwas von Ökonomie und Ökologie verstehen, und die sollen uns einmal Vorschläge unterbreiten und Impulse geben,

(Eichhorn (SPD): Schwätzerei!)

damit die Landesregierung dann das tun kann, was sie versprochen hat, die aber selbst nicht in der Lage ist, ihr Versprechen einzulösen.

(Aigner (SPD): Das ist doch Wortklauberei!)

Meine Damen und Herren von der Regierungsbank! Sie sind doch alle keine heurigen Hasen mehr. Jeder von Ihnen weiß genau, wie lange es dauert, bis ein noch nicht existierendes Institut die ersten wissenschaftlich fundierten Arbeiten vorlegen kann. So wird also auch aus diesem Teil der Regierungserklärung wohl nichts werden.

(D) Am 20. September 1978 wurde Johannes Rau auch mit meiner Stimme zum Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen gewählt. Doch für seine Politik, die er seitdem zu verantworten hat, hatte er nur in den ersten 20 Monaten meine Unterstützung.

Dann begann mit der absoluten Mehrheit der SPD im Landtag der Einstieg in den Ausstieg der früher gemeinsam betriebenen Politik und der jetzt nicht mehr zu verantwortenden Entscheidungen. So stellen wir heute fest, daß der Ministerpräsident, gewollt oder getrieben von seiner Partei, eine Schuldenpolitik betrieben hat, die nicht zu verantworten ist und die zu verhängnisvollen Entwicklungen führte.

Ich will in meiner Rede mehr von Politik und weniger von Zahlen sprechen, Herr Ministerpräsident, aber hier möchte ich doch ein paar Zahlen nennen. Während der Amtszeit des Ministerpräsidenten stieg die Gesamtverschuldung von unter 30 Milliarden auf über 83 Milliarden DM; Ende dieses Jahres werden es sicher über 85 Milliarden DM sein. In wenigen Jahren stieg also die Verschuldung um über 50 Milliarden DM, während das Haushaltsvolumen selbst nur um 9 Milliarden DM stieg. Diese beiden Zahlen beweisen

(Dorn (F.D.P.))

- (A) noch eindrucksvoller als die Kassandrabriefe Ihres Finanzministers, in welche fast ausweglose Lage Sie unser Land mit Ihrer Regierung geführt haben.

(Zustimmung bei der CDU)

Die Zinsen, die wir für die aufgenommenen Kredite zahlen müssen, betragen monatlich mehr als 500 Millionen DM. Das sind 10,7 % aller Haushaltsmittel. Zu Beginn der Amtszeit des Ministerpräsidenten waren es noch erfreuliche 3 %. Wir können daher Finanzminister Dr. Posser nur zustimmen, wenn er schreibt:

Es liegt auf der Hand, daß sich eine solche Verschuldungspolitik nur wenige Jahre durchhalten läßt, weil die dramatisch rasch steigenden Zinslasten den Haushalt sonst in Kürze geradezu erdrosseln würden.

Doch, Herr Finanzminister, wann sind die "wenigen Jahre" zu Ende? Welche Konsequenzen haben Sie aus Ihren Erfahrungen und Erkenntnissen gezogen? Es genügt in dieser Lage nicht, anklagende Briefe an Ihre Kabinettskollegen und den Vorsitzenden der SPD-Mehrheitsfraktion zu schreiben. Wenn die Lage so kritisch ist, wie Sie es selbst festgestellt haben, dann muß gehandelt werden. Die Zeit der verbalen Erklärungen ist vorbei. Wer in Kenntnis der vorherrschenden Lage glaubt, weiterwursteln zu können, darf sich nicht wundern, daß ihm der berechtigte Vorwurf gemacht wird, er verspiele die Zukunft der nächsten Generationen.

(B)

(Zustimmung bei der CDU)

Die Schuldenlawine wächst und wächst von Jahr zu Jahr. Man hat den Eindruck, wie mein Kollege Wickel es schon einmal formuliert hat: Diese Regierung hat die Verschuldung unseres Landes und die seiner Bürger zur Staatsphilosophie erhoben, nach dem Motto "Nach uns die Sintflut".

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Für eine sinnvolle Kreditpolitik ist es von großer Bedeutung, daß sich im Konjunkturbeirat und im Finanzplanungsrat Bund und Länder über den Rahmen und den Zeitpunkt der Kreditaufnahmen besser abstimmen. In den Vorjahren hat der Finanzminister bei Vorstellung der Haushaltspläne jeweils besonders betont, daß die Steigerungsrate des nordrhein-westfälischen Haushalts unter den Vorgaben des Finanzplanungsrates lägen. Dies hatte er auch für 1987 angekündigt, aber wenige Monate später ist die mittelfristige Finanzplanung der Regierung Rau nur noch Makulatur.

Herr Ministerpräsident, wann wollen Sie endlich dieses nicht mehr zu verantwortende Handeln beenden? Wann wollen Sie endlich Entscheidungen treffen, die den nächsten Generationen wieder berechnete Hoffnung geben, daß sie nicht nur die Schulden Ihrer Politik abarbeiten und zahlen müssen? Es stellt sich überhaupt die Frage: Wie handlungsfähig ist die Regierung?

(C)

(Nagel (CDU): Gar nicht!)

Es ist ja schon lange kein Geheimnis mehr, daß die Führungsschwäche der Landesregierung in vielen Bereichen offenkundig wird. Die "Wirtschaftswoche" beschreibt das so:

Nichts klappt mehr in Raus "Chaos-Combo", wie Spötter sein Kabinett nennen.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Der Haushalt gerät aus den Fugen, in der Kernenergie entscheiden Minister nach der Tagesopportunität, Einsparungen ohne Gesamtkonzept führen zu erbitterten Feinden der Minister untereinander, wichtige Politikfelder werden rivalisierenden Parteigruppen überlassen.

Raus ehemaliger Minister, Hans Otto Bäumler, beschrieb den Arbeitsstil des Ministerpräsidenten so:

Keiner weiß so richtig, wo es langgehen soll. Die Kabinettsitzungen ähneln gruppendynamischen Prozessen. Er wartet ab, wie sich etwas entwickelt, und dann setzt er sich an die Spitze der Mehrheitsmeinung. Seine mal floskelhafte, mal verbindliche Sprache läßt vieles offen, und am Ende suggeriert Rau, er allein habe die Entscheidung getroffen.

(D)

(Zustimmung bei der CDU)

- So also der Minister, der aus Ihrer Regierung inzwischen ausgeschieden ist.

(Schauerte (CDU): Das war ein kluger Mann!)

Herr Ministerpräsident, wie dem auch sei: Auf jeden Fall haben Sie wichtige Entscheidungen, die hätten getroffen werden müssen, nicht getroffen. Vielleicht hängt es damit zusammen, daß andere Aufgaben außerhalb unseres Landes Ihnen wichtiger erschienen. In der Sendung "Zwischen Rhein und Weser" berichtete Falk vom Hofe am 23. Mai dieses Jahres u. a. folgendes:

Johannes Rau, der nordrhein-westfälische Ministerpräsident, ist als Kanzlerkandidat kaum noch im Lande, sondern auf Terminen in der Bundesrepublik unterwegs.

(Dorn (F.D.P.))

- (A) Er hätte ergänzen können, daß auch eine Reihe von Auslandsreisen ihn zusätzlich abhalten, seine Aufgaben als Ministerpräsident in vollem Umfange zu erfüllen. Doch als Politiker wissen wir auch, daß es seinen Kandidatenvorgängern als Regierungschefs in den Ländern Berlin, Rheinland-Pfalz und Bayern nicht anders erging.

(Zuruf von der SPD: Was hat das mit dem Haushalt zu tun?)

Die Opposition in den jeweiligen Landesparlamenten hat damals Willy Brandt, Helmut Kohl und Franz Josef Strauß auch deshalb viele Vorwürfe gemacht. - Ich komme auf den Haushalt zurück; Sie brauchen keine Sorge zu haben, daß ich mich hier nicht mit landespolitischen Fragen beschäftige. - In allen drei Fällen war der Zeitablauf der Kandidatenkür begrenzt und absehbar, und wir gehen auch in diesem Fall davon aus, daß der Ministerpräsident ab Februar 1987 wieder unserem Lande zur Verfügung steht und wir dann endlich wieder mit ihm über konkrete Politik für Nordrhein-Westfalen ausführlich debattieren können.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Das ist auch deshalb notwendig, weil landespolitische Themen in den verschiedenen Ministerien nicht richtig vertreten werden. Ich denke dabei auch an die Umweltpolitik. Nun kann es sein, Herr Rau, daß Minister Matthiesen zu sehr mit der Erstellung Ihres Wahlprogramms als Kanzlerkandidat beschäftigt ist, wie wir das der Presse entnehmen konnten.

(B)

(Wendzinski (SPD): Das macht er alles nebenbei; er ist unwahrscheinlich belastbar!)

Doch die Kritik an ihm ist nicht neu, Herr Kollege Wendzinski. Am 18. Dezember 1985 sah der Westdeutsche Rundfunk im 1. Programm das so:

Klaus Matthiesen liebt deutliche Worte. Es fällt sogar auf, daß der hierzulande inzwischen zum Umweltminister beförderte Norddeutsche mit zunehmender Amtsdauer immer deutlichere Worte für die Beschreibung seiner Politik findet bzw. an die Adressen derjenigen richtet, die ihn bei seinen Geschäften behindern.

Wenn man weiß, daß heute noch weit über 100 000 Tonnen giftige Gießereisande bei uns anfallen, die längst durch technische Verfahren entgiftet werden könnten, dann stutzt man zum ersten Mal. Wenn man

darüber hinaus noch weiß, daß es im Bundes-Immissionsschutzgesetz sogar einen rechtlichen Hebel gibt, eben dies von den Unternehmen zu verlangen, dieser Hebel aber nicht genutzt wird, dann reicht Verwunderung beim Betrachter nicht mehr, dann stellen sich schlimmere Gefühle ein.

(C)

Konkret: Die Landesregierung läuft Gefahr, umweltpolitisch unglaubwürdig zu werden,

(Schauerte (CDU): Sie ist es bereits!)

wenn sie ständig das eine erzählt, das andere aber tut. Die Liste der Beispiele ließe sich noch verlängern. Umweltminister geraten also schnell in die Gefahr, zu bloßen "Ankündigungsministern" zu verkommen. Da können auch starke Worte nicht darüber hinwegtäuschen.

Soweit der Kommentar von Jürgen zur Heide am 18. Dezember 1985 im 1. Programm des Westdeutschen Rundfunks.

Über den Zeitraum von mehr als 50 Jahren wird über das Waldsterben in der Öffentlichkeit diskutiert und geschrieben. Bisher konnte niemand zuverlässig nachweisen, woran das Waldsterben liegt, aber die sozio-ökologischen Ideologen wettern in den Medien gegen alles, was zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Zukunft notwendig ist. Dabei ist immer wieder festzustellen, daß diese ideologischen Heilsapostel selten nach den Tatbeständen, nie nach der Bedeutung des Geldes fragen. Es gibt wenige Punkte, in denen ich mit dem Bundestagsabgeordneten Bastian von den Grünen übereinstimme, aber ich bekenne mich ausdrücklich zu seinem Satz: So entsteht die Diktatur der Inkompetenz.

(D)

Lassen Sie mich auch ein Wort zum Waldsterben sagen. Herr Minister Matthiesen, ich komme damit auf die Debatte von gestern zurück. Bereits am 5. Oktober 1934 schrieb der "Deutsche Forstwirt" u. a. über das Fichtensterben und das Waldsterben - 1934! -:

Das Fichtensterben zeigt sich am schärfsten auf besonders zur Verdichtung neigenden Böden in vernäßten und versumpften Lagen, also Böden, die die Fichte zur Ausbildung eines nicht in den Boden eindringenden, sondern flach aufliegenden Wurzelsystems veranlassen.

Unter unseren Klimabedingungen ist eine nachhaltige Leistung nur dann gewährleistet, wenn die Fichte den fehlenden

(Dorn (F.D.P.))

- (A) Wasserbedarf aus dem Grundwasser zu decken vermag, und zusammenfassend darf man daher sagen, daß das Fichtensterben zwar ursächlich durch die Verhältnisse des Standorts und der Bewirtschaftung bedingt ist, sein verschiedenartiges Auftreten aber Erklärung durch das Zusammenwirken einer Mehrzahl sekundärer Erscheinungen findet.

Das war bereits Erfahrung der Forstleute vor 52 Jahren.

In der letzten Zeit gelingt es immer mehr, in der Umweltpolitik eine Reihe von Vorurteilen durch wissenschaftlich fundierte Ergebnisse zu beseitigen, so daß langsam die Chance besteht, sich ohne ideologische Verklemmungen mit den wirklichen Ursachen auseinanderzusetzen.

Ich möchte dafür einige Beispiele aus der letzten Zeit benennen. Nicht der saure Regen, Schwefeldioxid oder das giftige Ozon, sondern die organische Bleiverbindung Triäthylblei ist nach Auffassung von Professor Heinz Faulstich vom Max-Planck-Institut für Medizinische Forschung in Heidelberg der Hauptverursacher des Waldsterbens. Dies sagte er in einem Vortrag vor der Bochumer Ruhr-Universität und erklärte, daß wir nunmehr endlich von den bisher bekannten Theorien über das Waldsterben Abschied nehmen müßten.

Und im WDR:

- (B) Nach neuesten Zahlen sind im bayerischen Hochgebirge 78 % der Bäume krank. Die ersten Täler wurden bereits geräumt. Daran ist nicht der saure Regen schuld, sondern eine Kette von Fehlern und Versäumnissen eines Jahrhunderts.

Vor wenigen Monaten trafen sich in Neuenrade im märkischen Sauerland leitende Forstbeamte und Vertreter des Waldbauernverbandes, um über die Waldschäden und die Schädigungsschwerpunkte zu beraten. Herr Matthiesen, Sie haben gestern noch einmal besonders darauf hingewiesen, wie positiv die Qualität der Forstleute in unserem Lande von Ihnen eingeschätzt wird. Darin unterscheiden wir uns überhaupt nicht. Auf die Frage der Waldbauern, warum der Regen auf einmal gut für den Wald sei, obwohl seit langem über den sauren Regen geschimpft werde, erklärten die Forstbeamten, daß der Wald unter Streßfaktoren leide, zu denen auch das Wetter gehöre. Es habe sich herausgestellt, daß schadstoffangereicherter Regen den Wald geringer belaste als trockenes Klima.

Nachdem ich in meinem Redeentwurf geschrieben hatte, niemand könnte bisher zuverlässig

nachweisen, woran das Waldsterben liegt, habe ich auch zu diesem Thema noch einmal die Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten nachgelesen. Zu meiner Überraschung mußte ich feststellen: Es gibt doch einen Menschen, der glaubt zu wissen, woran es denn nun liegt. Das ist unser Ministerpräsident. Wie sagte er doch in seiner Regierungserklärung:

Aus Gründen des Umweltschutzes kann heute niemand mehr vernünftigerweise gegen eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen und Fernstraßen sein. Was Bonn und Brüssel derzeit gemeinsam versäumen, läßt unseren Wald noch schneller sterben.

Soweit das Zitat. Nun wissen wir es also: Bonn und Brüssel sind schuld. Wie man sich doch irren kann!

Herr Ministerpräsident, Sie haben Ihren Parteitag in Nürnberg überstanden. Ich hoffe, Sie haben den unglückseligen Genossen Bölling verwunden. Mit dem Parteiprogramm der SPD, das nun verabschiedet ist, werden Sie allerdings nicht so schnell fertig werden. Oder sollte es nicht doch besser in großen Teilen nach der Bundestagswahl 1987 schnell wieder vergessen werden? Eine Zukunftsperspektive, die unserem Land bessere Chancen in der Außen-, Sicherheits-, Innen-, Wirtschafts- und Finanzpolitik bringen könnte, ist von Ihren Beschlüssen nicht zu erwarten.

Man kann das Ganze wohl mit den Worten von Willy Brandt in seinem Buch "Begegnungen und Einsichten" beschreiben. Willy Brandt schreibt dort: "Auch die Sozialdemokraten sind - gemessen an den Notwendigkeiten - durchaus nicht immer auf der Höhe der geschichtlichen Aufgaben."

Ich glaube, nach den Beschlüssen des Nürnberger Parteitages sollten wir Willy Brandt eindeutig auch in dieser Formulierung zustimmen.

Konkreter allerdings formulierte das Professor Ulrich Lohmar in seinem Artikel "Herrschaft der Oberlehrer", der mit folgenden Worten schloß:

Der Katalog zu einem neuen Parteiprogramm der SPD ist schon in seinen Fragen eingengt, ohne gedankliche Souveränität oder Weite. Die Oberlehrer in der SPD schicken sich an, in dieser Gemeinde den Ton anzugeben. Welch ein Glück ist es, daß wir in einem freien Land nicht jede angestimmte Melodie mitsingen müssen und daß erwachsene Wähler nicht mehr in die Schule zu gehen brauchen.

(C)

(D)

(Dorn (F.D.P.))

- (A) So weit Ihr Parteifreund Professor Lohmar, obwohl auch für manchen Erwachsenen - das möchte ich zusätzlich sagen - es ganz gut wäre, wenn er sich mehr über die Fragen informieren würde, die mit Schule und Kultur etwas zu tun haben.

In den seit Jahrzehnten andauernden verfassungsrechtlichen und verfassungspolitischen Debatten über die Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen dem Bund und den Ländern war eine Frage nie umstritten: Die Kulturhoheit liegt bei den Ländern. Deshalb stehen in unserer 92 Artikel umfassenden Landesverfassung zwei ganze Sätze, die sich mit dem Schwerpunkt landespolitischer Zuständigkeit befassen.

Herr Ministerpräsident, Sie und wir waren damals darin einig, die Verfassung abzulehnen, aber sie ist nun leider in der so geschriebenen Form da. Deswegen haben wir Freien Demokraten auch zu einem anderen Verfassungsartikel inzwischen einen Änderungsantrag eingebracht, weil uns die Verfassung doch in einigen Punkten überholt zu sein scheint.

Diese Sätze über den Schwerpunkt landespolitischer Zuständigkeit lauten im Artikel 18:

Kultur, Kunst und Wissenschaft sind durch Land und Gemeinden zu fördern.

- (B) Die Denkmäler der Kunst, der Geschichte und der Kultur, die Landschaft und Naturdenkmale stehen unter dem Schutz des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände.

Meine Damen und Herren! Alle möglichen Sachthemen finden in unserer Verfassung eine weitaus umfangreichere Behandlung. Wenn das nur in der Verfassung so wäre, könnten wir es leichter ertragen; aber leider behandelt die Landesregierung ebenfalls die Themen Kunst und Kultur weitgehend nur am Rande.

Ich habe vor einigen Jahren in einer Haushaltsrede einmal vorgeschlagen, der Kultusminister - es war damals Ihr Vorgänger, Herr Kollege Schwier - sollte die Bezeichnung seines Hauses in "Ministerium für Schulfragen und Lehrerbeseoldung" ändern, da dies die Schwerpunkte seiner Arbeit und seines Finanzanteils in seinem Einzelplan seien. Von Kunst und Kultur in der ganzen Breite ihrer Bedeutung sei nicht allzuviel spürbar.

Allerdings, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, würde sich das auch nicht ändern, wenn Ihr Antrag zur Unterstützung der Rockmusik mit 200 000 DM eine Mehrheit fände.

Nein, in diesem Bereich müssen neue Aktivitäten entwickelt und andere Prioritäten gesetzt werden. Zum Beispiel sollte die Landesregierung im Bundesrat eine Initiative ergreifen, um die längst fällige Änderung des Stiftungsrechts zu erreichen. Dann könnten Gelder, die jetzt in volkswirtschaftlich dubiose Abschreibungsunternehmen gesteckt werden, endlich für ein sinnvolles Mäzenatentum für Kunst und Kultur eingesetzt werden.

Wir stellen fest, daß verkürzte Arbeitszeit und Erleichterungen im täglichen Leben für immer mehr Menschen zur Entdeckung neuer kultureller Interessen und Aktivitäten führen. Die tiefgreifenden strukturellen Veränderungen in unserer Gesellschaft geben Kultur und Kunst eine noch wichtigere Rolle für die Lebensziele und Selbstfindung des einzelnen. Auch als Gestaltungsprinzip in Wirtschaft und Gesellschaft wird Kreativität immer bedeutsamer. Wirtschaftliche und technologische Spitzenleistungen sind auf Dauer nur in einem Klima geistiger Offenheit und kultureller Vielfalt möglich.

Gleichzeitig ist Kultur auch ein stark wachsender Wirtschaftsfaktor. Wir brauchen eine Offensive zur Entfaltung der schöpferischen und geistigen Kräfte, um die Herausforderungen der Zukunft zu bestehen. Die vielfältigen geistigen und kulturellen Dimensionen des Lebens müssen mindestens gleichrangig neben die materiellen treten. Aber die vom Staat unterstützte Kulturpolitik soll die Bedingungen für die freie Entfaltung kultureller und künstlerischer Initiativen sichern. Es kann nicht die Aufgabe des Staates sein, die Inhalte bestimmen zu wollen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Der demokratische Staat hat seinen Bürgern die Wege zu Kunst und Kultur zu ebnen. Dies heißt auch, daß die Stadtplanung bürgernäher werden muß und künstlerische Maßnahmen stärker zu berücksichtigen hat, daß Eigeninitiativen der Bürger mehr Unterstützung erfahren sollten; auch Museen, Bibliotheken, Akademien und Archive müssen möglichst vielfältig nutzbar sein.

Dies sind nur wenige Anregungen, die ich heute schon vortragen will und die in den nächsten Monaten eine Reihe konkreter Vorlagen meiner Fraktion an den Landtag enthalten werden. Natürlich sind hier in erster Linie auch die Kommunen gefordert, die erforderliche Unterstützung für die Bürger zu geben.

(C)

(D)

(Dorn (F.D.P.))

- (A) Doch bei allem Engagement für den Kulturbereich will ich nicht übersehen, daß auch die schulpolitischen Fragen und damit das Problem der Lehrerarbeitslosigkeit in der politischen Auseinandersetzung in unserem Land eine große Rolle spielen.

Wir alle wissen, daß die Personalausgaben einen entscheidenden Kostenfaktor im Landeshaushalt bilden. Es ist daher auch nicht verwunderlich, daß die Landesregierung dem Parlament und der Öffentlichkeit jährlich erhebliche Zahlen nennt, um damit den Stellenabbau zu dokumentieren. So erklärte der Finanzminister, daß im Haushalt 1986 9 500 Stellen eingespart werden. Für 1987 kündigte er weitere Stellenkürzungen in Höhe von 3 700 an.

(Minister Dr. Posser: kw-Stellen!)

- Ja, ja, aber davon haben Sie natürlich nicht gesprochen; deswegen komme ich auf dieses Problem zurück.

(Minister Dr. Posser: Das habe ich immer gesagt.)

- (B) Es muß daher auch heute wieder deutlich gesagt werden, daß das so in der Öffentlichkeit nicht zur Kenntnis genommen werden darf; denn in Wirklichkeit konnten von den angekündigten 9 500 Stellen nur 700 gekürzt werden, während die übrigen einen kw-Vermerk erhalten haben. Diese vorgesehenen Kürzungen werden aber mit den kw-Vermerken aus den Jahren 1984 und 1985 in Höhe von weiteren 8 400 Stellen erst in zehn oder zwanzig Jahren wirksam. Das heißt konkret: Von dem so vollmundig angekündigten Stellenabbau der letzten drei Jahre sind noch über 17 000 Stellen vorhanden und können erst nach zehn und mehr Jahren wirklich abgebaut werden.

Es ist auch kein Geheimnis, daß davon fast ausschließlich Stellen im Lehrberuf betroffen sind. Die Lehrerarbeitslosigkeit ist ein Problem sui generis, das, obwohl es vorhersehbar war, von vielen Seiten einfach nicht früh genug zur Kenntnis genommen werden wollte.

Ich will nicht bestreiten - damit auch das hier deutlich wird, Herr Finanzminister -, daß auch die F.D.P.-Fraktion in ihrer Mehrheit zumindest für die völlig überzogenen Lehrereinstellungen in den Jahren 1979 und 1980 und auch für die sich daraus ergebenden finanziellen Verpflichtungen die Verantwortung mit zu übernehmen hat.

Ich möchte daher dieses Problem zum Anlaß nehmen, einmal aufzuzeigen, welche konkreten

Folgen eintreten, wenn Parlament und Regierung Entscheidungen treffen, die zum Teil ideologisch begründet sind und zum Teil aus Angst vor der öffentlichen Auseinandersetzung mit Gewerkschaften und Betroffenen getroffen werden. Mir geht es dabei nicht um Rechthaberei, sondern darum, zu erkennen, wie wichtig es ist, auch unangenehme Themen früh genug zu behandeln und in der Sache dann richtig zu entscheiden.

Bereits im Jahre 1975 hatte ich verlangt, die Ausbildungskapazitäten für Lehramtsstudenten um 50 % zu kürzen. Dies stieß damals im Landtag auf den Widerstand aller Fraktionen. Immer wieder habe ich im Parlament und in der Öffentlichkeit auf diese Entwicklung hingewiesen, aber mir nur den Zorn der GEW und der Studenten eingehandelt. Gestatten Sie mir daher, daß ich heute noch einmal meine Presseerklärung vom 14. Januar 1976 auszugsweise vortrage. Ich habe damals geschrieben:

Sehenden Auges gehen wir in der Lehrerausbildung einer Katastrophe entgegen und schaffen in den nächsten Jahren auch in unserem Land ein akademisches Proletariat. Bereits jetzt steht fest, daß 1978 von den auf Lebenszeit verbeamteten Lehrern 6 600 keine Planstelle mehr haben werden, und im Jahre 1980 werden von rund 40 000 Studienanfängern, die jetzt schon ihr Studium an den Hochschulen für ein Lehramt begonnen haben, über 12 000 Lehrer keine Berufschancen mehr haben. Alle, die jetzt noch ihr Studium mit dem Berufsziel Lehrer beginnen, müssen wissen, daß sie auf viele Jahre hinaus keine Möglichkeit zur Ausübung des gewählten Berufs haben werden.

Um weitere volkswirtschaftliche Fehlentscheidungen zu verhindern, die zu schwerwiegenden gesellschaftspolitischen Konsequenzen und Radikalisierungen führen können, ist es dringend erforderlich, die Studentenzahlen für diesen Beruf auf ein vertretbares Maß zurückzuführen, um nicht von vornherein Arbeitslose an den Hochschulen zu produzieren.

Das war vor zehneinhalb Jahren meine Vorausschau. Ich wollte damals verhindern helfen, daß die heutige Situation entstand. Aber die Einsicht war weder bei der GEW noch bei den Studenten vorhanden

(Kniola (SPD): Auch nicht bei Herrn Roericht!)

- das habe ich vorhin ja schon betont, Herr Kollege -, leider auch bei der Landesregie-

(C)

(D)

(Dorn (F.D.P.))

- (A) rung und leider auch bei allen Fraktionen dieses Hauses nicht vorhanden. Dazu gehörte auch meine eigene Fraktion.

Ich will damit nur sagen: Es kommt hier nicht darauf an, die Dinge rechthaberisch im nachhinein zu beurteilen, sondern es kommt darauf an, daß an diesem einen Beispiel konkret nachgewiesen werden kann, wie falsch es ist, wenn man nicht den Mut hat, früh genug auch unangenehme Dinge parlamentarisch richtig zu entscheiden,

(Zustimmung bei der F.D.P.)

und davor möchte ich warnen, wie ich auch damals davor gewarnt habe.

Zu dem, was sich die Landesregierung gegenüber den Kommunen leistet, möchte ich nur wenige Bemerkungen machen, weil mein Freund Dr. Riemer ausführlich dazu Stellung nehmen wird. Diese SPD-geführte Landesregierung versucht, sich zum Teil auf Kosten der Städte, Kreise und Gemeinden zu sanieren. Ich habe bereits bei der Beratung des diesjährigen Haushalts darauf hingewiesen, daß die Leistungen des Landes an die Kommunen nach dem Ausscheiden der F.D.P. aus dem Landtag im Jahre 1980 und vor allen Dingen, nachdem die SPD den Posten des Innenministers besetzt hat, radikal gesenkt worden sind. Und wieder, wie im vergangenen Jahr, meine Damen und Herren, haben die Oberbürgermeister und Bürgermeister der Städte, in denen die SPD die Mehrheit hat, gegen die Entscheidungen ihrer Genossen auf der Regierungsbank massiv protestiert. Doch außer verbalen Attacken kam nichts dabei heraus. Es fällt also nicht schwer festzustellen, daß die SPD-Kommunalpolitiker einer Vereinigung von Papiertigern angehören, die weder von der Landesregierung noch von der SPD-Landtagsfraktion mit ihren wortreichen Rundumschlägen ernst genommen werden.

(Nagel (CDU): Sehr gut!)

Der Innenminister hat dafür den SPD-Mehrheitsfraktionen in den Kommunalparlamenten neue Spielwiesen zur Verfügung gestellt. Sie durften zu bundespolitischen Entscheidungen der Außen- und Sicherheitspolitik Beschlüsse fassen,

(Nagel (CDU): Das ist auch wichtig!)

um bei deren Begründung ihre ganze politische Frustration gegen die Bundesregierung auszudrücken

(Nagel (CDU): Sehr gut!)

- (C) und damit von der Verantwortung der SPD-Landesregierung für ihr wirkliches Dilemma abzulenken.

Doch auch dies läßt sich nicht über einen längeren Zeitraum durchhalten. Dann werden die illusorischen Beschlüsse wieder aufgehoben, wie in Werdohl, Herr Minister, oder sie werden im Stadtarchiv verschwinden, weil sich niemand mehr an sie erinnern will, einschließlich der Antragsteller in den Räten. Dies ist dann oft das Ende einseitiger Beschlüßvorlagen, und dies gilt nicht nur für Parlamentsentscheidungen, sondern oft auch für die Parteitagebeschlüsse der SPD.

Nun hat die SPD, wie bereits vor ihrem Bundesparteitag in Nürnberg zu erwarten war, endgültig den Abmarsch nach links vollzogen. Sie hat entscheidende Positionen in der Sicherheits-, Außen-, Wirtschafts- und Finanzpolitik verlassen, die sie selbst über Jahrzehnte als richtig verteidigt hat. Ob dies aus Gründen der Opportunität oder aus Überzeugung geschah, muß sie selbst entscheiden. Auf jeden Fall haben die linken Ideologen einen klaren Sieg davongetragen, und sie warten vielleicht selbst gespannt darauf, wie sich Johannes Rau aus dieser prekären Lage herauswinden will, wenn er es denn noch darf.

Aber auch diese Entwicklung war seit Jahren erkennbar, und es hat auch in der SPD viele Warner vor diesem neuen Kurs gegeben. So sagte bereits am 20. November 1984 der frühere Landesminister Hans Otto Bäumer zum Verhältnis der SPD zu den Grünen folgendes:

(D) Die linken Kräfte in der SPD meinen, sie könnten mit dem Verikel "Grün" den Rest der Sozialdemokratie überfahren.

Nun, meine Damen und Herren, als Abgeordneter aus Bonn muß ich in besonderer Weise ständig Erklärungen aus allen Parteien beaciten, und die Auseinandersetzungen im Unterbezirk der SPD zeigen schon seit Jahren diesen Linkstrend. Der Bonner Juso-Vorsitzende erklärte öffentlich, zur Partei Helmut Schmidts führe kein Weg zurück. Und er reklamierte für die Bonner SPD, sie sei mit ihren Positionen immer Vordenker der Partei gewesen. Das heißt für die Zukunft, daß auch die Grünen den natürlichen Koalitionspartner in Sach- und Personalfragen steilen.

Der Chefredakteur der Bergbau-Zeitung, Horst Niggemeyer, meint dazu:

Wer wie in Bonn keine Gelegenheit zur Aktionseinheit mit Grünen und Kommunisten ausläßt, darf sich nicht wundern,

(Dorn (F.D.P.))

- (A) wenn die Wähler in Parteien anders wählen, nur nicht SPD. Das Abschneiden der Partei in Bonn bei den Kommunalwahlen, wo die SPD sich inzwischen auf einen Stimmenanteil von 28,9 % heruntergewirtschaftet hat, beweist das.

So weit das Zitat von Horst Niggemeyer.

Doch, nicht nur der SPD-Landesvorsitzende, sondern auch der Ministerpräsident ist gefragt, welchen Kurs er denn nun in der Zukunft einschlagen will. Seine Kritiker sitzen nicht nur auf der Ortsebene. Sie sagen ihre Meinung auch auf dem Landtagskorridor. Wenn sein ehemaliger Kabinettskollege Bäumer zur Regierungsarbeit feststellt, Inkonsistenz und Inkompetenz würden sichtbar, Zuverlässigkeit und Glaubwürdigkeit gingen verloren, das Ende der SPD gewachsener und traditioneller Prägung komme bedrohlich näher, dann sind das Feststellungen, die auch diese Landesregierung, den Ministerpräsidenten und das Parlament insgesamt angehen, weil die Landesregierung in den letzten Monaten immer öfter darüber spricht, daß sie über die Verlagerung von Haushaltsmitteln andere politische Akzente setzen will.

Bereits im ersten Jahr nach der Landtagswahl hat die SPD ohne Zweifel für ihre parteipolitischen Anhänger eine Reihe einseitiger personalpolitischer Entscheidungen getroffen. Nachdem der Ministerpräsident bereits in der vorigen Legislaturperiode eine Reihe von Ministern und Staatssekretären entlassen hat, setzt er dies auf der Staatssekretärsebene fort. Aber er entläßt nicht nur, er schafft auch eine Vielzahl neuer Ministerialbeamtenstellen in seiner Staatskanzlei und auch neue Staatssekretärsstellen. Zum Ausgleich dafür werden im geriebenen Dienst Personaleinsparungen vorgenommen.

(Ministerpräsident Dr. Rau: Nicht eine!)

- Nicht eine?

(Dr. Pöhl (CDU): Frauenbeauftragte!
- Ministerpräsident Dr. Rau: Nur die Frauenbeauftragte! - Dr. Pöhl (CDU):
Seren Sie, jetzt mußte ich Ihrem Gedächtnis wieder helfen! - Zuruf des Ministers Dr. Posser)

- "Hat er gesagt", sagen Sie, Herr Finanzminister. - Herr Ministerpräsident, darf ich das noch einmal vorlesen: Aber er entläßt nicht nur, sondern er schafft auch eine Vielzahl neuer Ministerialbeamtenstellen in seiner Staatskanzlei

(Dr. Pöhl (CDU): Das ist richtig!)

- das ist unbestritten - und auch neue Staatssekretärsstellen. (C)

(Dr. Pöhl (CDU): Eine!)

- Eine! Und eine andere, die eigentlich abgeschafft werden sollte, bleibt. Zum Ausgleich dafür werden im geriebenen Dienst Personaleinsparungen vorgenommen. - Herr Ministerpräsident, es ist doch unbestritten, daß bezüglich des Bundesratsministeriums die Frage der Staatssekretärsstellen und der Stelle des Ministerialdirigenten im vergangenen Jahr eine Rolle gespielt hat. Im Interesse aller Beteiligten sollten wir das, wie ich glaube, nicht wiederholen.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU - Dr. Pöhl (CDU): Richtig! - Nagel (CDU): So ist es!)

Von objektiven Entscheidungen kann dabei allerdings oft keine Rede sein; denn die Landesregierung versucht ja auch außerhalb ihrer Zuständigkeiten ihren parteipolitischen Einfluß rücksichtslos einzusetzen. In der vorigen Legislaturperiode wurde das bei der Wahl des neuen Intendanten des Westdeutschen Rundfunks deutlich. Die monatelangen öffentlichen Auseinandersetzungen, die die SPD vorgetragen hat, braucht man ja hier nicht noch einmal zu verdeutlichen.

Aber vor Wochen hat sie ein neues Beispiel dafür geliefert. Der Pressionsversuch der Regierung und einzelner Kabinettsmitglieder - ich denke vor allen Dingen an Herrn Heinemann - sowie des Fraktionsvorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, beim RWE-Aufsichtsrat das SPD-Mitglied Ziegler und nicht das SPD-Mitglied Krämer in den Vorstand der RWE zu wählen, war in der öffentlichen Auseinandersetzung schon mehr als makaber. (D)

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU
- Nagel (CDU): Sehr gut!
- Dr. Fartmann (SPD): Das ist doch nicht ihr Bier! - Westermann (SPD): Das hat nichts mit den Haushaltsberatungen zu tun! - Wessel (SPD): Zur Sache!
- Dr. Fartmann (SPD): Zerbrechten Sie sich nicht unseren Kopf! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Herr Prof. Fartmann, hier zeigte sich in aller Deutlichkeit - -

(Dr. Fartmann (SPD): Gar nichts zeigte sich!)

- Wenn das für Sie "gar nichts" ist, dann ist der Satz, den ich jetzt sagen will, in seiner Bedeutung noch viel schlimmer: Hier zeigte

(Dorn (F.D.P.))

- (A) sich in aller Deutlichkeit eine Gesinnung, die den Staat und seine Einrichtungen wie parteipolitisches Eigentum betrachtet.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU - Wessel (SPD): Das muß die F.D.P. gerade sagen! - Dr. Fartmann (SPD): Die F.D.P. als größte Parteienpartei aller Zeiten! - Weitere Zurufe von der SPD)

Daß eine solche ideologisch fundierte Auseinandersetzung in der SPD immer stärker die individuellen Vorstellungen einzelner tangiert und manchmal auch zum Austritt aus der SPD führt, hat uns in aller Deutlichkeit das Verfahren gegen den Opladener Staatsrechtler Prof. Martin Kriele gezeigt.

(Westermann (SPD): Das ist ja peinlich! - Zuruf des Abg. Wendzinski und weiterer Abgeordneter der SPD)

Selbst die Vermittlungsversuche des Landtagskollegen Henning waren zum Schluß zum Scheitern verurteilt.

Herr Ministerpräsident, in der Personalpolitik unseres Landes können Sie Ihrem Wahlspruch "Versöhnen statt spalten" Nachdruck verleihen. Hier haben Sie die Machtposition dazu.

(Westermann (SPD): Eine peinliche Hausrede!)

- (B) Sie und Ihre Kabinettsmitglieder sollten sich die Gesinnung von Heinz Kühn zu eigen machen. Er sagte 1968:

Ich werde stets zu meinem Grundsatz stehen, daß Gesinnung kein Alibi für Leistung ist. Das heißt, daß weder Parteibücher noch andere Gesinnungs-, Gebet- oder Gesangbücher die sachliche, auf Fähigkeiten begründete Eignung für ein Amt ersetzen dürfen.

(Schauerte (CDU): Das hat die SPD verlernt! - Dr. Fartmann (SPD): Das sollte sich die F.D.P. einmal hinter die Ohren schreiben!)

Das war fürwahr ein überzeugendes Wort eines souveränen Ministerpräsidenten unseres Landes.

Meine Damen und Herren, mit der Wirtschaftspolitik der Landesregierung haben wir uns im Laufe dieses Jahres bereits mehrfach in diesem Hause auseinandergesetzt. Dabei wurde die Konzeptionslosigkeit der Regierung und der Mehrheitsfraktion immer deutlicher. Das stellte sich nicht nur bei der Energiepolitik heraus, obwohl es in diesem Bereich in-

zwischen auch in den Reihen der SPD und einzelner Gewerkschaften zu sehr kritischen Feststellungen gegenüber der Landesregierung gekommen ist. Betriebsräte aus den Energieunternehmen werfen der SPD-Landtagsfraktion bei ihren Entscheidungen "Verstöße gegen die Vernunft" und "eine Politik wider besseres Wissen allein aus wahltaktischen Gründen" vor. So bezeichnen sie die SPD als "Hilfswillige der Grünen".

Doch auch der Ministerpräsident kommt nicht besser davon; seine Vorstellungen werden von den Gewerkschaftsfunktionären als "politischer Unsinn" abgetan.

(Blumenberg (SPD): Und wie war das mit dem Kardinal? - Weitere Zurufe von der SPD)

Wie sehr die Wirtschaftspolitik auch in der SPD zum Zankapfel geworden ist, hat nicht zuletzt der Bundesparteitag in Nürnberg gezeigt.

(Erneute Zurufe von der SPD)

- Die Wirtschaftspolitik ist schon ein Bestandteil dieses Landes. Ich weiß freilich, daß sie bei Ihnen von der SPD nicht sehr beliebt ist. Das zeigt sich ja dann auch in den Auswirkungen der Handlungen und Entscheidungen des Wirtschaftsministers. Aber für uns ist die Wirtschaftspolitik mit der Finanzpolitik und der Sozialpolitik eine untrennbare Einheit;

(Lebhaft Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

denn nur dann, wenn Wirtschaft und Finanzen funktionieren, kann die Sozialpolitik Erfolg haben!

(Dr. Fartmann (SPD): Und Sie sind immer dabeigewesen! Sie haben immer mit im Bett gelegen!)

- Ja, keine Sorge, Herr Fartmann, auf Sie komme ich noch besonders zurück, dank der Zitate Ihrer eigenen Parteifreunde, die mir das natürlich sehr erleichtert haben; das gebe ich zu.

(Zurufe von der SPD - Gegenrufe - Unruhe)

Wie sehr die Wirtschaftspolitik auch in der SPD zum Zankapfel geworden ist, hat nicht zuletzt der Bundesparteitag in Nürnberg gezeigt. Daß die bekannten Wirtschafts- und Finanzpolitiker der SPD-Bundestagsfraktion nicht im ersten Wahlgang in den Bundesvor-

(C)

(D)

(Dorn (F.D.P.))

- (A) stand gewährt wurden, beweist auch die Verunsicherung bezüglich der Wirtschaftspolitik in Ihren eigenen Reihen. Da konnten wir etwa lesen, daß der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion gleichsam zum "Käseproduzenten" gestempelt wurde: Auf seine wirtschaftspolitischen Tiesen fand auf dem Hamburger Wirtschaftskongreß der SPD der Bundestagsabgeordnete Rottr als Antwort nur die Worte: "Fartrimmans Tiesen - alles Käse", während die SPD-Bundestagsabgeordnete Heide Simonis erklärte: "Diese von Fartrimmann vom Zaun gebrochene Auseinandersetzung versteht niemand, und außerdem ist sie schwachsinnig."

Doch unbeirrt von den schlechten Erfahrungen mit staatlichen Beschäftigungsprogrammen verfolgt die SPD die Absicht, das Sondervermögen "Arbeit und Umwelt" zu schaffen und damit eine Haushaltsbelastung von mehr als 50 Milliarden DM einzulegen. Meine Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion, muß ich Sie noch einmal daran erinnern, daß wir in der sozial-liberalen Koalition in Bonn gemeinsam Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mit Kosten von über 50 Milliarden DM beschlossen haben und daß wir nach Durchführung dieser Programme feststellen mußten, daß die Zahl der Arbeitslosen auf über 2 Millionen angestiegen war?

(Zuruf des Abg. Schleußer (SPD))

- (B) - Sie sollten wie wir, Herr Schleußer, den Mut haben, aus gemachten Fehlern zu lernen, und daraus endlich die Konsequenzen ziehen!

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU
- Nagel (CDU): Sehr richtig!)

Diese Auffassung gilt auch für die Beschlüsse Ihres Bezirksvorstandes Mittelhessen. Auf ihrem diesjährigen Parteitag beschlossen die SPD-Delegierten, bis Ende dieses Jahrzehnts die 35-Stunden-Woche einzuführen und in den neunziger Jahren die Wochenarbeitszeit auf 30 Stunden zu senken. Meine Damen und Herren, wer solche Ideen auch nur theoretisch erörtert, muß sich doch wirklich den Vorwurf gefallen lassen, daß er mit einem solchen Programm letztlich dafür sorgen will, die Arbeitslosigkeit in unserem Lande endgültig auf eine Höhe zu treiben, die über der doppelten Zahl der Arbeitslosen liegen muß, die wir heute haben.

Johannes Rau hatte schon recht, als er sagte: "Das Ergebnis der SPD bei der letzten Bundestagswahl bedeutet, daß die Mehrheit der Wähler der SPD in einer wirtschaftlichen und sozialen Krisensituation das Vertrauen entzogen hat."

(Nagel (CDU): Jawohl!)

(C) Nun wage ich zu bezweifeln, Herr Ministerpräsident, ob das jetzt anders ist. Auf jeden Fall setzen wir Freien Demokraten gegen die diffusen sozialistischen Vorstellungen eine Wirtschaftspolitik der praktischen Vernunft. Denn nur mit einer modern arbeitenden, zukunftsorientierten Gesellschaft werden wir weltweit einen Spitzenplatz halten können. Schöpferisches Denken, Eigeninitiative und Leistungsbereitschaft sind die entscheidenden Triebfedern zur Bewältigung unserer Zukunftsaufgaben.

Schon in der Vergangenheit hat die F.D.P. mit ihren Wirtschaftsministern durch eine konsequente Politik für mehr Markt und weniger Staat Erfolge erzielt. Die wachsende wirtschaftliche Entwicklung, vor allen Dingen aber stabile Preise und solidere Staatsfinanzen

(Blumenberg (SPD): Und wachsende Arbeitslosenzahlen!)

- wie bitte? - sowie mehr Arbeitsplätze zeugen davon.

(Blumenberg (SPD): Mehr Arbeitslose, ja!)

- Auch mehr Arbeitsplätze! Wie sich das mit den "mehr Arbeitslosen" verhält, habe ich vorhin ja schon abgehandelt, als ich das, was der Herr Ministerpräsident dazu vorgetragen hat, zitierte.

(Blumenberg (SPD): Bei Lamsdorf haben wir die bekommen! - Zustimmung zurufe bei der SPD - Gegenrufe von der F.D.P. - Schreute (CDU): Die verstehen das doch nicht!)

(D)

- Ja, ich glaube, es hat keinen Zweck, darauf jetzt noch einzugehen.

(Widerspruch bei der SPD)

Vermutlich waren Sie vorhin nicht hier im Saal, als ich das vorgetragen habe. Den anderen aber möchte ich den zeitlichen Ablauf einer Wiedholung ersparen.

Wir geben uns mit dem Erreichten nicht zufrieden. Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit eines breiten Mittelstandes durch günstige und verlässliche Rahmenbedingungen sichern und dem Mißbrauch von Marktmacht durch konsequente Anwendung des Wettbewerbsrechts entgegenreten. Die Eigenkapitalbildung muß erleichtert, Existenzgründungsmöglichkeiten ausgebaut werden.

Das Fundament unserer Wirtschaft ist eine qualifizierte Berufsausbildung. Die berufliche

(Dorn (F.D.P.))

- (A) Weiterbildung in den Betrieben und in den Weiterbildungseinrichtungen muß besondere Kenntnisse und Fähigkeiten für die Anwendung moderner Technologien vermitteln.

Wie bereits in meiner Rede zum Haushalts 1986 angekündigt, haben wir inzwischen im Landtag einen Antrag auf Verbesserung der Privatisierungsmöglichkeiten vorgelegt, weil wir es für dringend erforderlich halten, den staatlichen Einfluß in der Wirtschaft zurückzudrängen. Staatliche Bevormundung muß eingeschränkt, die private Leistungsbereitschaft gestärkt werden. Mit der Entbürokratisierung und Privatisierung werden neue Freiräume geschaffen. Deshalb ist es notwendig, Subventionen radikal abzubauen, weil sie den Wettbewerb verzerren und fast ausnahmslos nur den großen Betrieben zugute kommen. Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik sind fest miteinander verbundene Größenordnungen, wenn es um unseren Landeshaushalt geht.

Nun greift die Landesregierung seit Jahren die Bundesregierung in massiver Form wegen ihrer Steuerpolitik an, obwohl sie selbst die finanziellen Erfahrungen dieser Politik und ihre Auswirkungen auf der Einnahmenseite des Landeshaushalts begrüßt. So teilte Finanzminister Dr. Posser als Information der Landesregierung am 8. August 1986 unter der Überschrift "Steuereinnahmen stimmen zuverlässig" mit: "Das Bruttoaufkommen an Steuern lag im Lande Nordrhein-Westfalen im Juli um 6,8 % höher als im Vergleichsmonat des Vorjahres."

(B)

Wir müssen doch feststellen, Herr Dr. Posser: In den ersten acht Monaten dieses Jahres stiegen die dem Land verbleibenden Steuereinnahmen auf 7,2 %. Finanzminister Posser schloß seine Information damals mit dem Satz: "Dies gibt uns die Zuversicht, die für dieses Jahr eingeplanten Steuereinnahmen tatsächlich zu erreichen." Wir können daher nur feststellen, daß die Steuerpolitik der Bundesregierung doch so schlecht nicht sein kann, wie sie hier immer von der SPD gemacht wird.

(Schauerte (CDU): Sehr wahr!)

wenn unser Finanzminister sie so lobt; denn das kommt ja in besonderer Weise den Bewohnern unseres Landes zugute.

(Schauerte (CDU): Verdienstorden!)

Der Ministerpräsident als Kanzlerkandidat verkündet nun, daß ein Teil der Bürger mit zusätzlichen Steuern belastet werden soll. Er will das Sonderprogramm "Arbeit und Umwelt" der SPD durch einen Energiezuschlag beza-

len lassen. Er will einen Steuerzuschlag auf Importenergien einführen. Auch diese Kosten sollen wir alle zahlen. Er verspricht dem Mittelstand steuerstundende Investitionsrücklagen, aber gleichzeitig will er eine Ergänzungsabgabe einführen, die den Mittelstand in besonderer Weise belastet.

(C)

In einem Punkt hat der Ministerpräsident allerdings wieder ein Selbsttor geschossen. Er hat angekündigt, er wolle bei einem Wahlsieg 1987 dafür sorgen, daß ein Arbeitnehmer und Familienvater mit zwei Kindern monatlich 2.500 DM verdienen kann, ohne dafür Lohnsteuer zu zahlen. Bereits bei einer Diskussion über den Haushalt 1986, Herr Ministerpräsident, haben wir uns darüber unterhalten. Ich habe für meine Fraktion und Partei feststellen dürfen, daß wir in dieser Frage mit Ihnen völlig einer Meinung sind. Inzwischen muß ich Ihnen nun empfehlen, einmal die Steuertabelle des Steuersenkungsgesetzes 1986/88 einzusehen. Sie werden feststellen, daß die Bonner Koalitionsparteien diesen Plan, den Sie haben, bereits realisiert haben.

(Nagel (CDU): Den braucht er dann auch nicht mehr!)

Wenn er diesen Punkt nun aus seinem Sofortprogramm streicht, wäre es sinnvoll, auch seinem Innenminister klarzumachen, daß dessen Forderung nach einer Erhöhung der Einkommen- und der Körperschaftsteuer, wie er der "Wirtschaftswoche" gegenüber erklärt hat, ebenso unsinnig ist, nachdem der Finanzminister die positiven Aspekte der Steuerpolitik der Bundesregierung herausgestellt hat.

(D)

Es ist besser, den Bürgern mehr Geld von ihrem Verdienst zu belassen, damit sie selbst entscheiden können, wofür sie es ausgeben wollen, als es erst einmal durch den Staat abzukassieren, umzuverteilen und es dann vielleicht so auszugeben, wie der Bürger es gar nicht akzeptieren kann.

(Schauerte (CDU): Sehr wahr!
- Schleußer (SPD): Höchste Steuer!)

Die Besteuerung muß einfach, fair, leistungs- und wachstumsfreundlich sein; dann wird sie auch vom Bürger akzeptiert.

(Schauerte (CDU): Sehr gut!)

Dem Finanzminister, meine sehr verehrten Damen und Herren, können wir nur zustimmen, wenn er in seinem Interview mit der "Rheinischen Post" vom 8. September sagt: "Die Steuereinnahmen reichen aus, wenn wir sparsam wirtschaften. Man muß mit öffent-

(Dorn (F.D.P.))

- (A) lichem Geld noch sparsamer umgehen als mit eigenem."

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Dr. Pohl (CDU): Sehr gut!)

Herr Finanzminister, damit Sie das endlich in die Tat umsetzen können, haben wir Freien Demokraten dem Landtag ein Entschuldungsgesetz vorgelegt. Bei dem Abstimmungsverhalten zu unserem Gesetz wird sich zeigen, welchen Wert die Einsichten haben oder ob die Erklärungen nur leere Worthülsen sind.

Den Ausführungen, die Sie vorhin gemacht haben, Herr Schleißer, möchte ich eine Bemerkung hinzufügen. Sie haben gesagt, wir müßten mit Roß und Reiter aufkreuzen. Sicherlich nicht in diesem Hause, aber Sie können unbesorgt sein: Wir werden das tun. Denn bei der von Ihnen so sehr kritisierten Forderung von uns, den Ist-Abschluß endlich einzuführen, befinden wir uns in doppelt hervorragender Gesellschaft: erstens in der Gesellschaft der Bundesregierung, die das ja nun auf Bundesebene endlich eingeführt hat, und zweitens in der Gesellschaft des Finanzministers dieser Landesregierung. Er hatte ja - manchmal bekommen wir ja auch noch ein paar Informationen hintenherum - im Kabinett vorgeschlagen, diesen Ist-Haushalt endlich einzuführen,

(Nagel (CDU): Na guck!)

- (B) weil er genau wußte, wie dringend notwendig das ist. Bei der ersten Runde kam er damit ja auch durch. Aber dann haben einige Kabinettsmitglieder zu rechnen angefangen, was das für sie ausmachen würde. Daraufhin wurde das in der zweiten Kabinettsrunde beerdigt. Ich meine, wenn man solche Bundesgenossen von der Sache her auf seiner Seite hat, verdiente auch die Beurteilung unseres Vorhabens eine etwas bessere Note, als Sie sie uns erteilt haben.

Im Bereich der Haushaltsrestebewirtschaftung ist ja nun eine parlamentarische Kontrolle zur Wirkungslosigkeit verurteilt, wenn man sich die Praxis unserer Landesregierung ansieht.

(Schauerte (CDU): Sehr richtig!)

Es drängt sich einem die Erkenntnis auf, Herr Ministerpräsident, daß für das angewandte Verfahren unserer Regierung Monsieur Richelieu Pate gestanden hat. Ich denke dabei an seine Erklärung: "Der Haushalt ist der Nerv des Staates. Daher muß er den profanen Augen der Untertanen entzogen werden." - Mit dieser Politik, glaube ich, kann man eine wirksame Haushaltskontrolle in einer

parlamentarischen Demokratie nicht mehr vertreten. (C)

(Zustimmung bei der CDU)

Unsere Kritik am Landeshaushalt und an der Landesregierung ist stets eine konstruktive gewesen. Neben unseren kritischen Anmerkungen haben wir schon für den diesjährigen Haushalt eine Reihe konkreter Verbesserungsvorschläge unterbreitet. Für das vor uns liegende Haushaltsjahr möchten wir wieder Ideen für eine bessere Landespolitik liefern. Wir nehmen nicht in Anspruch, ein wissenschaftliches Institut zu sein, aber wir Freien Demokraten verstehen etwas von praktischer Politik, die für unser Land wichtig ist.

(Rohe (SPD): Jawohl, das haben wir immer gemerkt!)

- Ich bedanke mich für die anerkennende Bemerkung. Wir haben sie gemeinsam jahrelang hier praktiziert, Herr Rohe, auch wenn Sie heute nicht mehr allzuviel davon wissen wollen.

(Rohe (SPD): Aber nur im eigenen Interesse!)

Herr Ministerpräsident, gegen die von Ihnen vertretene Politik der Verwaltung setzen wir Freien Demokraten eine Politik der Gestaltung. Unsere Zeit ist geprägt vom technisch-wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Fortschritt. Damit sind permanent Veränderungen verbunden. Wer nicht in Spekulationen und Prophetie verfallen will, muß bei dem Versuch, eine Projektion über einen langen Zeitraum zu entwerfen, die Veränderungsmöglichkeiten außer Betracht lassen, die nicht schon heute in den vorhandenen Fakten oder zumindest in erkennbaren Ansätzen eine reale Basis haben (D)

Immerhin wird eine solche Projektion dadurch erleichtert, daß heute in der Bundesrepublik Reformen eingeleitet werden, die sich auf die Strukturen der Regierung und der Verwaltung beziehen und die nicht nur der Gegenwart dienen, sondern bewußt auch in die Zukunft gerichtet sind.

Ich denke dabei nicht nur an die Veränderungen technischer Arbeitsmethoden, den Einsatz von Computern in der Schule, in der Verwaltung und im Berufsleben oder an die bildungspolitischen Entwicklungen der letzten Jahre. Diese Reformen sind unter anderem auch ausgelöst worden durch den Wandel im Staatsverständnis, eine demokratische Bewußtseinsbildung und durch das Selbstverständnis der Gesellschaft. Die Ursachen für

(Dorn (F.D.P.))

- (A) den Wandel reichen zurück in das Industriezeitalter, und mit Sicherheit hat die technisch-wissenschaftliche Entwicklung der beiden letzten Jahrzehnte die Herausforderung verstärkt. Man wird davon ausgehen müssen, daß sich diese Tendenz in der Zukunft noch erheblich verstärkt durchsetzen wird.

Der Wandel zeigt sich zum Beispiel auch darin, daß die Ordnungsaufgaben des Staates immer mehr gegenüber den Leistungsgewährenden und sorgenden Aufgaben des Staates in den Hintergrund treten. Diese Funktionsveränderungen und -erweiterungen können nicht ohne Konsequenz für die Organisation von Regierung und Verwaltung sein und auch nicht für die Anforderungen an die darin tätigen Menschen - wobei wir nicht nur auf die technische Fortentwicklung, sondern auch auf die Bereitschaft der berufsständischen Organisationen und Gewerkschaften rechnen müssen, damit ein breites Verständnis der Berufstätigen erreicht werden kann.

Was bereits heute dem Staat auf dem Sektor der Dienstleistungen von der Gesellschaft und jedem einzelnen abverlangt wird - sei es auf dem Gebiet der Bildung, des Verkehrs, des Städtebaus, der Raumordnung, des Umweltschutzes, der inneren Sicherheit, der Wirtschaftsförderung, um nur einige Bereiche zu nennen -, macht in erschreckendem Ausmaß deutlich, wie das relative Schwinden des Einflusses der Staatsmacht gegenüber einer mündiger werdenden Gesellschaft begleitet ist von einer Einbuße an eigener, selbständiger Lebensgestaltung des einzelnen. Es ist zu befürchten, daß sich diese Abhängigkeit von staatlicher Leistung und Vorsorge bis zum Jahre 2000 noch verstärken wird.

(B)

Es ist deshalb wichtig, der Regierung die Kompetenzen zu geben, die sie braucht, um die von ihr zu erwartenden Leistungen erbringen zu können. Andererseits, Herr Ministerpräsident, muß die Regierung sich auf die Aufgaben beschränken, die nur sie erfüllen kann. Alle anderen Aufgaben sind auf nachgeordnete Bereiche oder spezielle Selbstverwaltungseinrichtungen zu übertragen.

Die zunehmende Verschiebung der Gewichte zugunsten eines sozialen Leistungsstaates zwingt zu einer einheitlichen, in sich abgestimmten konzeptionellen und längerfristig angelegten Politik. Dabei muß man sehen, daß es der Staat, anders als die Wirtschaft, nicht mit einlinigen Zielen, wie zum Beispiel Gewinnmaximierung, zu tun hat, sondern durchaus gegensätzlichen, ja, widersprüchlichen Interessen Rechnung tragen muß.

Dies führt bei der Vorbereitung politischer Entscheidungen notwendigerweise zu Zielkonflikten, die aber politisch ausgetragen werden müssen, wenn abgewogene Entscheidungen zustande kommen sollen. Das Kabinett darf sich nicht in jeder Sitzung stundenlang mit Diskussionen über die Probleme beschäftigen, die nicht zu den politischen Führungsaufgaben einer Regierung gehören. Die Regierung muß sich von allen Routinefragen freihalten und sich allein auf die politische Führung beschränken. Aber zur landespolitischen Führung gehört auch der Wille und der Mut der Entscheidung. Ohne wirkungsvolle Führung zerfällt eine freie Ordnung, die Entschlußlosigkeit lähmt und zerstört die Entwicklung unserer Gesellschaft. Der moderne Leistungsstaat muß in besonderer Weise, wenn er mit seinen Leistungspflichten nicht in Verzug kommen will, längerfristig angelegte, also vorausorientierte Politik betreiben.

(C)

Dies ist nicht nur eine Frage der Orientierung an den verfügbaren Mitteln, sondern es müssen politische Ziele vorgegeben und unter Berücksichtigung der finanziellen Möglichkeiten in eine nach Prioritäten geordnete politische Gesamtplanung umgesetzt werden. Eine sinnvolle politische Planung muß sich auf Schwerpunkte beschränken. Sie muß außerdem offen und flexibel sein und Raum lassen für kurzfristig notwendig werdende Maßnahmen, wenn sich Veränderungen abzeichnen oder Ereignisse eintreten, die nicht vorher geplante, aber notwendige und schnelle Leistungen erfordern.

(D)

Hier zeigt sich dann die Effektivität einer politisch handelnden Regierung, die nicht in der Planung erstickt. In einer solchen Lage beweist sich aber auch in verstärktem Maße die Qualifikation einzelner Regierungsmitglieder, die frei von der Routinearbeit die Aufgaben der politischen Führungsposition begreifen und sie im Gesamtinteresse der Regierung nutzen.

Hier ist ein weiter Raum für die geistige Gestaltungskraft und Dynamik einzelner Regierungsmitglieder, vor allen Dingen dann, wenn diese darüber verfügen. Denn die Stabilität einer demokratischen Ordnung hängt entscheidend von der Besetzung der Führungspositionen ab, und da bleibt diese Landesregierung uns noch viele Beweise der Qualität schuldig.

Wenn wir in die Zukunft gerichtete Innovationen verstärken wollen, dann müssen wir besonders in den Bereichen Forschung und Technologieentwicklung mehr Mittel gezielt einsetzen. Dieses Ziel kann aber nur erreicht werden, wenn zwischen der Wissenschaft und

(Dorn (F.D.P.))

- (A) der Politik die notwendigen Abstimmungen erfolgen. Der Politiker muß lernen, die Wissenschaft in der Zielsetzung und Methodik zu verstehen, um früh genug zu erkennen, welche Erwartungen er für die zukünftige Entwicklung haben kann. Der Wissenschaftler muß begreifen, welche finanziellen Voraussetzungen der Politiker verantworten kann und unter welchen politischen, geistigen und wirtschaftlichen Kriterien der Politiker entscheiden und handeln muß. Ohne einen erheblich verbesserten Dialog dieser beiden Gruppen, der aber vorurteilsfrei geführt werden muß, ist eine vernünftige Zukunftsplanung nicht erreichbar.

Dabei denke ich auch an die erbitterte und mit vielen Vorurteilen belastete Diskussion in den letzten Monaten um die Kernenergie. Ich möchte dazu einen von mir sehr geschätzten früheren Bundestagskollegen der SPD zitieren, nämlich Ulrich Lohmar; er schrieb in der "Wirtschaftswoche" vom 20.06.1986:

Die Abwendung von der Kernenergie vollzieht sich in der politischen Meinungsbildung der Bundesrepublik Deutschland wie eine heillose und panikartige Flucht - gerade so, als ob mit dem tragischen Unfall in der Ukraine der Weltuntergang unmittelbar bevorstehe. Das Erschreckende darin ist nicht die Suche nach neuen und vielleicht besseren Energiequellen, sondern die Art und Weise, wie die Politiker den bisherigen Leuchtturm Wissenschaft in eine moderne Klagemauer verwandeln.

(B)

An diesem Beispiel zeigt sich, wie leicht politisch notwendige und wissenschaftlich fundierte Entscheidungen durch ideologisch behaftete Debatten und opportunistische Reden mit dem Blick auf den Schlitz in der Wahlurne zu verfälschten Entscheidungen oder verbrämten Wortgefechten führen.

(Zuruf von der SPD: Gilt das auch für den Kölner Kardinal?)

Bürger werden verunsichert und getäuscht, da sie weder die sachlich notwendigen noch die politisch begründeten Wendemanöver nachvollziehen können. Ängste werden geweckt und gepflegt, und in einem solchen Klima ist es fast unmöglich, noch dringend notwendige Sachdebatten zu führen. Aber auch die Wissenschaft gerät in die Gefahr, daß sie diese vordergründigen Auseinandersetzungen und ihre Hintergründe nur noch irritiert und staunend verfolgt und sich vielleicht in den so viel beschriebenen Elfenbeinturm zurückzieht. Alles wäre nur zum Nachteil unserer Bürger.

Wir brauchen aber mehr denn je die Kooperationsbereitschaft zwischen Wissenschaft und Politik. Beide Seiten müssen sich mit den Voraussetzungen und den Ergebnissen der Forschung und Wissenschaft beschäftigen und auseinandersetzen, damit jetzt nicht wieder falsche Weichenstellungen erfolgen. Im Interesse aller Bürger müssen wir alles versuchen, die Risiken weitgehend beherrschbar zu machen. Ganz ausschalten lassen sie sich nie. Das wissen wir alle, jeder aus seinem eigenen Lebensbereich.

(C)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wissen aber auch, daß unser Leben in Gegenwart und Zukunft nicht nur aus Veränderungen besteht. Wir brauchen mehr Mut zur Erhaltung und zum Ausbau des Bewährten. Was sich bewährt hat und noch bewährt, bedarf nicht ständig der Bedrohung und Veränderung mit Reformen.

Das gilt im übrigen nicht nur für die Schul- und Bildungspolitik in unserem Land. Doch auch hier sollten wir selbst die Souveränität, den Rückblick und den Weitblick behalten, um die richtigen Entscheidungen für die Kinder und die Bürger unseres Landes zu treffen, und nicht den Gerichten unsere nicht gemachten Schulaufgaben aufbürden.

Wenn wir in den nächsten Wochen diesen Haushalt in den Ausschüssen beraten, wird sich zeigen, wie weit die Selbstentmachtung des Parlaments gegenüber der Regierung fortgeschritten ist, anders gesagt, ob die Mehrheitsfraktion inzwischen zum Gefangenen der eigenen Regierung geworden ist und damit den Anspruch auf Veränderungen der Regierungsvorlage verloren hat. Wir Freien Demokraten werden auf jeden Fall die Haushaltsberatungen engagiert führen und ihren Verlauf aufmerksam beobachten.

(D)

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Riemer: Ich erteile dem Herrn Finanzminister das Wort.

Dr. Posser, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte auf die Diskussionsbeiträge der Herren Abgeordneten Schauerte und Dorn eingehen, soweit sie sich mit dem Landeshaushalt befaßt haben, und sodann zu dem Gesetzentwurf der F.D.P.-Fraktion zur Verschuldung des Landes Stellung nehmen.

Was Herrn Schauerte angeht, so will ich mich auf einige Punkte beschränken. Ich freue mich, daß Sie sich um einen drohenden Verlust meiner Glaubwürdigkeit Sorge machen. Sie entwickeln sich besser, als ich dachte. Zu

(Minister Dr. Posser)

- (A) Beginn dieses Jahres haben Sie noch öffentlich behauptet, ich sei schlechthin unfähig, die Wahrheit zu sagen. Ich will auch nicht auf ihre Bewertungen mit "Verlogenheit" und "betrogen" und darauf eingehen, daß ich mich in den Einzelplänen wie ein Pirat benähme, sondern nur einige Ihrer Tatsachenbehauptungen richtigstellen.

So haben Sie gesagt, bei den Investitionen - einem, wie viele meinen, Gütesiegel eines Haushalts - sei das Land Nordrhein-Westfalen schon seit langem auf die schlechteste Position gefallen.

(Schauerte (CDU): Erstmalig!)

- Sie sind ein Hellseher, wenn Sie das jetzt auf 1987 einschränken; denn wir haben einen Haushalt für 1987 vorgelegt, aber die Mehrheit der Länder hat noch gar keinen Haushalt für 1987 eingebracht. Wie können Sie das von unserer Zahl, einer Sollzahl, sagen, obwohl andere, vergleichbare Zahlen noch gar nicht vorhanden sind? Wenn Sie fair sind, dann können Sie doch nur die Istzahlen vergleichen. Nehmen wir einmal die letzten drei Jahre. Die letzten abgerechneten drei Jahre sind 1983, 1984 und 1985, und dafür möchte ich Ihnen einmal die Zahlen nennen.

- (B) 1983 hatte Nordrhein-Westfalen eine Investitionsquote von 17,8 %. Die war besser als die des Saarlandes mit 15,3 %, von Baden-Württemberg mit 14,9 % - wir hatten 17,8 %, Baden-Württemberg 14,9 %! -, besser als die von Rheinland-Pfalz mit 15,5 %, von Hessen mit 16,7 %, von Niedersachsen mit 14,0 % und von Schleswig-Holstein mit 17,3 %. Das war das Ist von 1983.

Jetzt kommt die Istzahl von 1984. Da hatte Nordrhein-Westfalen eine Investitionsquote von 17,0 %. Schlechter waren das Saarland mit 16,0 %, Baden-Württemberg mit 16,4 %, Rheinland-Pfalz mit 15,5 %, Niedersachsen mit 13,5 % und Schleswig-Holstein mit 16,5 %.

Dann kommt das letzte abgeschlossene Jahr 1985. Wir hatten eine Investitionsquote von 16,0 %, das Saarland 14,3 %, Baden-Württemberg 14,2 %, Rheinland-Pfalz lag mit 16,1 % gleich, Hessen mit 16,2 % leicht darüber, und Niedersachsen hatte trotz sehr hoher Einnahmen, nämlich 2 Milliarden DM allein aus der Förderabgabe und erheblichen Zahlungen aus dem Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen, 14,0 %.

Dann nehmen wir einmal die Sollzahlen für 1986. Auch da liegen einige Bundesländer hinter uns. Für das laufende Jahr haben wir im Soll des Haushalts - wir hoffen, daß wir

das erreichen - 15,4 %. Da hat das Saarland eine Investitionsquote von 14,4 %, Baden-Württemberg liegt mit 15,1 % auch hinter uns, und Niedersachsen hat eine Quote von 14,5 %. Das sind die Zahlen, die in den Übersichten zu den Sitzungen des Finanzplanungsrates vom Bund geliefert werden. - Das ist eine notwendige Richtigstellung.

Dann haben Sie gesagt, die Personalkosten seien viel zu hoch, und wir hätten die höchsten Personalkosten aller Bundesländer. Das ist falsch. Sie rechnen die Landschaftsverbände mit ein.

(Schauerte (CDU): Das muß man auch.)

Die Landschaftsverbände sind aber nur teilweise mit Aufgaben betraut, die Landesaufgaben sind, zum Beispiel beim Straßenverkehr. Ansonsten sind die Landschaftsverbände überwiegend kommunale, aus Umlagen der Kreise und kreisfreien Städte ausgestattete Organisationen, die Sozialhilfesaufgaben überörtlicher Art zu leisten haben. Der Anteil des Landes geht zurück. Aber selbst wenn Sie Land, Landschaftsverbände und Gemeinden zusammenrechnen, liegen wir nicht so ungünstig, wie Sie uns darstellen. Sie haben zwar ein Datenheft, lesen es aber offenbar nicht.

Wenn Ihnen die Personalkosten zu hoch erscheinen, kann ich nur fragen: Warum unterstützen Sie denn das Land nicht bei den Bemühungen, Personalkosten zu sparen? Wir haben damals einen Vorstoß gemacht. Das war noch zur Zeit der alten Bundesregierung. Sie haben ja gesagt, wir hätten alles getan, um Helmut Schmidt zu schonen. Wir haben unsere Argumente aber immer auch gegen die alte Bundesregierung vorgebracht, wenn wir das, was in Bonn entschieden wurde, für sachlich falsch hielten. Ich nenne das Stichwort Lohnsummensteuer; da haben wir doch wirklich gekämpft. Denken Sie auch an die Frage der Personalkostenentwicklung und an die Frage der Steuersenkungen!

(Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

- Nein, das ist nicht wahr. Wir haben dagegen geredet, daß diese Steuersenkungen kommen.

(Schauerte (CDU): Das ist nicht wahr!)

Es ist ja so, daß die Personalkosten bis zum letzten Pfennig vom Bund festgelegt werden, was die Besoldung und Versorgung angeht. Die anderen Dinge stellen nur Teilbereiche dar. Die Jubiläumszuwendungen haben wir als einziges Land bei den Beamten stark gekürzt.

(C)

(D)

(Minister Dr. Posser)

- (A) Wir haben Kantinenzuschüsse gestrichen. Sonstige Maßnahmen, wie sie in anderen Ländern ergriffen worden sind, haben wir nicht ergriffen. Wir haben also versucht, im Rahmen unserer Möglichkeiten zu sparen.

(Zuruf des Abg. Dr. Pohl (CDU))

- Ja, im Bundesrat. Lieber Herr Pohl, ich habe ja gesagt: Wir haben als Landesregierung und als Landesparslament nur einen geringen Einfluß auf die Personalkostenentwicklung. Wenn ich Sie aber so verstehen darf, daß Sie uns bei Vorstößen im Bundesrat unterstützen wollen, dann werden wir diese Hilfe gern in Anspruch nehmen.

Weiter haben Sie die Steuereinnahmen erwähnt und gesagt, 3 Milliarden DM seien doch phantastisch, das habe es seit 1977 nicht mehr gegeben. Sie müßten aber fairerweise hinzufügen, daß diese große Steigerung auch darauf beruht, daß wir 480 Millionen DM bei der Grunderwerbsteuer mit in die Verbundgrundlage nehmen und damit die Einnahme des Landes um diesen Betrag erhöhen, d. h. in Höhe des Anteils von neun Vierzehntel, der jetzt den Gemeinden zusteht. Nur so erreichen wir eine Größenordnung, die auch in den siebziger Jahren nur einmal erreicht worden ist. Ansonsten haben wir immer um die 2,7 oder 2,8 Milliarden DM erreicht, von 1975 abgesehen.

(Schauerte (CDU): Und 1981 ein Minus!)

- (B) - Nein. Ich war doch deshalb bei den Steuereinnahmeschätzungen vorsichtig. Wir haben in den vergangenen Jahren überwiegend weniger gehabt - bis auf ein Jahr -, als uns von dem Arbeitskreis Steuerschätzungen angekündigt worden war.

Im Zusammenhang mit dem Haushalt 1987 sprachen Sie von Märchen und den Sternthalern. Na, wir werden sehen. Wir werden miterleben, wie sich der Haushalt entwickelt. Dann wird sich auch zeigen, ob die Ansätze im Haushalt richtig sind oder nicht.

Schließlich haben Sie gesagt, wir machten einen zum Bundestagswahlkampf passenden Landeshaushalt. Wieso? Wir haben, weil wir davon überzeugt waren, daß dies der schmerzliche, aber noch gangbare Weg ist, vorgeschlagen, bei den Gemeindefinanzen die Grunderwerbsteuerbeteiligung wegzunehmen. Ist das populär? Kriegen wir nicht viel Ärger damit? Müssen wir nicht unendlich viel argumentieren? Wenn wir einen Wahlkampfhaushalt gemacht hätten, hätten wir weder unsere Konsolidierungsanstrengungen verstärkt, noch

hätten wir eine so unpopuläre Maßnahme ergriffen. (C)

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Alles, was Sie im Hinblick auf die Zukunft gesagt haben, können wir getrost abwarten. Der Haushalt steht zwar noch auf dem Papier; insofern haben Sie recht. Aber er wird ja durch die Beschlüsse des Landtags mit Leben erfüllt; dann werden die Mittel für die Zwecke eingesetzt werden, für die sie vorgesehen sind.

Herrn Dorn möchte ich folgendes erwidern. Er hat gefragt, was denn Konsolidierungspolitik heiße. Er sagte, man könne doch nicht ernsthaft davon sprechen, daß sie verbessert werde.

(Zuruf von der CDU: Schwerpunkte!)

Herr Kollege Dorn, die Leute im Lande meinen ja, der Bundesregierung sei es gelungen, die Schulden des Bundes um 100 Milliarden DM zu senken. Das ist der Eindruck, der in der Öffentlichkeit besteht. Aber das war gar nicht möglich. Vielmehr hat der Bundesfinanzminister in den vier Jahren 1983 bis 1986 über 100 Milliarden DM Schulden für den Bund mehr gemacht. Das werfe ich ihm nicht vor. Doch er hat konsolidiert, d. h. er hat die Neuverschuldung von 37 Milliarden DM auf 22 Milliarden DM zurückgeführt.

(Weiss (CDU): Das ist enorm!)

Die Neuverschuldung wurde also um 15 Milliarden DM zurückgeführt. Das ist eine gute, vorzeigbare Leistung (D)

(Beifall bei der CDU)

- Moment! -, die man allerdings insofern korrigieren muß, als der Bundesfinanzminister in den letzten Jahren jeweils über 12 Milliarden DM Bundesbankgewinn gehabt hat.

(Zurufe von der CDU)

Und weil sich der Bundesfinanzminister an seine Zusagen gehalten hat, mit dem Bundesbankgewinn keine neuen Ausgaben zu finanzieren, sondern ihn zur Senkung der Nettokreditverschuldung zu verwenden, kann man ihn - korrekterweise - der Nettokreditaufnahme zuschlagen. Das wird allgemein so gemacht.

(Zurufe von der CDU)

Das heißt: Die Konsolidierung im Bund, die auch nach den Zahlen recht eindrucksvoll ist,

(Minister Dr. Posser)

- (A) muß um den erhaltenen Bundesbankgewinn korrigiert werden, der ja wirklich ein Geschenk war.

(Zurufe von der CDU)

Die sozial-liberale Bundesregierung hat - für 13 Jahre addiert - 13 Milliarden DM Bundesbankgewinn bekommen. Die neue Bundesregierung hat in vier Jahren 48 Milliarden DM Bundesbankgewinn als Geschenk bekommen.

(Weiss (CDU): Das ist alles erwirtschaftet!)

Das dürfen Sie doch bei einer Berechnung nicht außer acht lassen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Wenn Sie also sagen, die Bundesregierung habe konsolidiert

(Zuruf von der CDU: Das hat sie!)

- ja, das hat sie; das sage ich doch -, dann müssen Sie, wenn Sie auch nur einigermaßen ein Gefühl für Fairneß haben, hinzufügen: Die Landesregierung und die dahinterstehende Mehrheitsfraktion des Landtags haben noch stärker konsolidiert als die Bundesregierung, die dafür national und international überaus gelobt wird.

- (B) (Zustimmung bei der SPD - Lebhaftes Zurufe von der CDU)

Wir haben 1981 - -

(Zurufe von der CDU)

- Ihr Schreien hilft doch nicht weiter! Was sollen denn die Bürgerinnen, die das mitverfolgen, für einen Eindruck haben, daß Sie dauernd so dazwischenschreien! Sie haben doch hier schon lange reden können, und Sie können nach mir wieder reden. Da brauchen Sie sich doch hier nicht so schreiend aufzuführen.

Dann kam ein nächster Gedanke von Ihnen, Herr Kollege Dorn. Sie haben gesagt: Wenn ich das Anwachsen der Schulden sehe und das Ausgabenwachstum betrachte, dann ist das wirklich besorgniserregend. Ja, sicherlich! Nur: daß wir beim Ausgabenwachstum an bester Stelle von allen Bundesländern stehen, das heißt, daß wir den Ausgabenzuwachs sehr begrenzt haben und dennoch so viel Schulden aufnehmen mußten, zeigt doch, daß die Finanzausstattung des Landes Nordrhein-Westfalen im bundesstaatlichen Finanzaus-

gleichssystem nicht richtig sein kann. Daß wir bei durchschnittlichen Steuereinnahmen zum Beispiel die große Sonderlast Kohle mit inzwischen über 15 Milliarden DM bar aus der Landeskasse bezahlen mußten, das bleibt alles bei Ihnen unerwähnt.

(Zustimmung bei der SPD)

Also, wenn Sie sagen, es müsse gehandelt werden, dann sage ich: Jawohl, wir sind ja dabei, die Nettokreditverschuldung zu senken. Da sitzen wir ja doch wahrscheinlich in einem Boot.

Und nun möchte ich Sie einmal an die gemeinsame Zeit hier bis 1980 erinnern. Wir hatten 1977 1,237 Milliarden DM Nettokreditaufnahme, 1978 4,5 Milliarden DM - da waren Sie noch dabei -, 1979 4,6 Milliarden DM. Dann haben wir gemeinsam den Landeshaushalt 1980 beschlossen, und da hatten wir eine Nettokreditaufnahme von 8,069 Milliarden DM. Dann kam das Jahr mit der höchsten Verschuldung: 10,1 Milliarden DM - natürlich im wesentlichen auf früher gefaßte Beschlüsse zurückzuführen, die sich nun finanziell auswirkten. Dann haben wir das gedrückt: 1982 8,9 Milliarden, 1983 7,6 Milliarden, 1984 6,9 Milliarden. Im vergangenen Jahr haben wir das wegen eines Einbruchs von ungefähr 500 Millionen DM bei den Steuereinnahmen leider nicht fortsetzen können. Und jetzt unternehmen wir eine große Anstrengung, auf 5,645 Milliarden zu kommen. Das ist doch ein Schritt: von 10,1 Milliarden DM Neuverschuldung in 1981 bei niedrigerem Haushaltsvolumen auf 5,6 Milliarden DM im nächsten Jahr herunterzukommen! Da können Sie vielleicht sagen: Das Ziel ist zu ehrgeizig. Aber zu erklären: hier geschieht nichts in Richtung Konsolidierung - das kann man fairerweise nicht tun!

(Beifall bei der SPD)

Nun kommt also das Wachstum der Ausgaben. Da will ich Ihnen doch auch einmal sagen - bei aller Freundschaft zur alten Koalition, die wir ja bis 1980 hatten -: Wir hatten die Steigerungsrate 1978 - da steht allerdings in unserem Datenheft, das sage ich der Fairneß halber dabei - 13,3 %; das wäre nicht voll vergleichbar. Aber nehmen wir 1979: plus 8,1 %, 1980 plus 11,0 %. Dann haben wir das 1981 heruntergedrückt auf 4,9 %, 1982 auf 1,9 %, 1983 auf minus 1,1 %. Wir haben in den Jahren 1982 bis 1984 - und damit stehen wir einzigartig im ganzen Bundesgebiet da -, in drei Jahren addiert, eine Steigerung der Ausgaben von 2,8 % gehabt, das heißt, wir haben im Durchschnitt dieser Jahre unter einem Prozent gelegen, das nächstbeste Land,

(C)

(D)

(Minister Dr. Posser)

- (A) Rheinland-Pfalz, bei sechs Komma etwas. Sie sehen doch diese Anstrengungen, und deshalb ist es nicht richtig, was Sie an Argumentation vorgetragen haben: Hier geschehe nichts; es müsse jetzt endlich gehandelt werden.

Richtig ist bei den Personalausgaben, daß ein Stellenabbau, der in Stellen meßbar ist, nicht eingetreten ist, weil es ganz überwiegend kw-Vermerke sind. Das liegt aber am Beamtenrecht. Wir können ja Beamte nicht entlassen, auch wenn ihre Aufgaben erledigt sind oder wenn etwa in der Schule die Schüler-Lehrer-Relation deutlich überschritten wird und wir da über 14 000 kw-Vermerke haben.

Mich bedrückt diese Lehrerarbeitslosigkeit, und wenn ich irgendwo Geld auftreiben könnte, dann würde ich diese jungen Menschen einstellen. Aber ich kann es leider nicht. Das bedrückt mich. Wir arbeiten - und bei Beamten kann man das nicht anders machen - mit kw-Vermerken. Das heißt: Die Stelle fällt weg, wenn sie frei wird. Das kann sich hinziehen. Deshalb können Sie aber nicht sagen, wir unternehmen beim Stellenabbau nichts. Wir haben ja immerhin auch seit 1981 insgesamt über 13 000 Stellen wirklich abgebaut.

Schließlich haben Sie von den Steuereinnahmen gesprochen: Sie seien doch im Jahre 1986 sehr gut. Das ist richtig. Ich gebe ja jeden Monat eine Meldung darüber heraus. Da wird doch nicht eine Mark verschwiegen. Aber ich habe darauf aufmerksam gemacht, daß wir in diesem Jahr eine Sonderbewegung gehabt haben, über die ich wegen des Steuergeheimnisses nicht sprechen kann, vor allem was die Höhe angeht. Aber der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Voss, hat diese Sonderbewegung im "Handelsblatt" im Sommer mit dem Namen "Flick" umschrieben, und insofern ist das eine vorveröffentlichte geheimhaltungsbedürftige Tatsache.

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage? - Nicht mehr? Danke schön, ist erledigt.

Dr. Posser, Finanzminister: Nein, danke schön.

Also: Das ist die Erklärung dafür. Ich habe Ihnen, wenn ich mich nicht irre, im Ausschuß sogar vertraulich, außerhalb des Protokolls, die Zahl genannt. Deswegen werden wir, so hoffen wir jedenfalls zuversichtlich, in diesem Jahr den Ansatz erreichen und von der Einnahmenseite her nicht mehr in Probleme kommen.

Weiter haben Sie die Steuerpolitik angesprochen und gesagt, es wäre besser, wenn man dem Bürger das Geld in der Tasche ließe, als daß es der Staat verteile. Das ist im Grundsatz richtig; ich bekenne mich dazu. Nur: Wenn man dem Staat Verteilungsaufgaben gibt und Dienstleistungen von ihm erwartet, dann muß der Bürger dafür Verständnis haben, daß der Staat dazu Geld braucht. Mit diesem Geld, das der Bürger uns gibt, muß man sparsam umgehen - das ist auch meine Lebensmaxime -, mindestens so sparsam wie mit privatem Geld. Da werden wir keinen Unterschied in der Beurteilung haben.

Aber, worum es uns geht, das ist doch etwas ganz anderes. Wenn man schon glaubt, man habe einen Spielraum für Steuersenkungen, dann darf man sie nicht so machen, wie sie jetzt 1986/88 gemacht worden sind und wie sie sich nach allen Ankündigungen für die Zeit nach 1987 noch schlimmer auswirken sollen.

(Abg. Schauerte (CDU) meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- Nein, ich lasse keine Fragen zu.

Ich will Ihnen das an einem Beispiel erklären. Ich kann doch nicht sagen: "Ich hebe die Kaufkraft der breiten Schichten, damit die Inlandsnachfrage durch mehr Einkommen als früher weiter gefördert wird", wenn ich eine Steuersenkung in zwei Stufen durchführe, die einem kinderlos verheirateten Ehepaar mit 36 000 DM zu versteuerndem Jahreseinkommen eine steuerliche Entlastung von 144 DM im Jahr gibt und einem Ehepaar ohne Kinder mit 260 000 DM zu versteuerndem Jahreseinkommen eine Entlastung von 7 330 DM!

Nun werden Sie sagen: "Ich kann nicht den, der 260 000 DM im Jahr verdient, genauso entlasten wie den mit 36 000 DM Jahreseinkommen, nämlich mit 144 DM." Da gebe ich Ihnen recht. Nur, ich muß abheben auf die Steuerlast. Das Ehepaar, das 260 000 DM im Jahr zu versteuern hat, zahlt 19,13mal soviel Steuern wie das Ehepaar mit 36 000 DM Jahreseinkommen.

(Schauerte (CDU): Jemand, der keine Steuern zahlt, hat gar keine Entlastung!)

Also, sagen wir großzügig: 20mal soviel. Wir haben überhaupt keine Bedenken, daß ein sehr gut verdienendes Ehepaar gegenüber einem durchschnittlich verdienenden Ehepaar um ein Sovielefaches mehr entlastet wird, als es steuerliche Lasten trägt. Aber diese Steuersenkung hat dazu geführt, daß ein Ehepaar, das nicht einmal 20mal steuerlich

(Minister Dr. Posser)

- (A) stärker belastet ist als das durchschnittlich verdienende, nicht 20mal, sondern über 50mal stärker entlastet wird. Da liegt unsere Kritik; da sagen wir: Dafür sollte man das dringend benötigte Geld nicht ausgeben!

(Beifall bei der SPD)

Dann wird uns gesagt, der Spitzensteuersatz würde in der nächsten Legislaturperiode gesenkt. Das sei ganz besonders wichtig. Die einen sagen: auf weit unter 50 %; die anderen sagen: auf etwas unter 50 %. Wenn wir sehr viel Geld hätten - warum sollte man das nicht tun?

(Dr. Linssen (CDU) meldet sich zu einer Zwischenfrage. - Zurufe: Er läßt keine Fragen zu!)

Da könnte man ja fragen: Kann man dann nicht auch den Spitzensteuersatz senken? Ich wäre sofort damit einverstanden, wenn wir Geld genug hätten. Aber wir müssen uns doch auch einmal überlegen, ob das ein wichtiges Erfordernis ist. 56 % Einkommensteuer zahlt sowieso niemand.

(Zuruf von der CDU: Doch!)

- (B) - Nein, Sie zahlen das immer von einem Betrag, der um mehr als 14 000 DM unter dem zu versteuernden Einkommen liegt. Deshalb möchte ich Ihnen sagen, wer 55 % bezahlt. 55 % seines gesamten Jahreseinkommens zahlt ein Lediger, der 1,5 Millionen DM zu versteuerndes Einkommen im Jahr hat - nicht Vermögen, sondern Einkommen im Jahr! Wenn er verheiratet ist, zahlt er 55 % seines Jahreseinkommens, wenn er zusammen mit seiner Ehefrau ein Jahreseinkommen von 3 Millionen DM hat. Ist es denn in unserer Lage, wo wir nach der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes, die Herr Stoltenberg vorgelegt hat, im Bund auf die 500-Milliarden-DM-Verschuldungsgrenze hinarmschieren, ein vordringliches Anliegen, diejenigen steuerlich zu entlasten, die als Ledige im Jahr 1,5 Millionen und als Verheiratete im Jahr 3 Millionen DM Einkommen haben?

(Zustimmung bei der SPD)

Nun weiß ich natürlich, daß gesagt wird: "Schaut einmal auf die USA, was die jetzt vorhaben; da ist das ja noch viel toller!"

(Dr. Biedenkopf (CDU): Sie müssen 30 Millionen DM zugrunde legen und nicht 3 Millionen DM!)

Dazu kann ich nur sagen: Die bisherige Steuerreform in den USA hat jedenfalls einen

(C) erheblichen Teil dazu beigetragen, daß die exorbitanten Haushaltsdefizite entstanden sind. Und jetzt kommt der neue Vorschlag der amerikanischen Regierung, der ja in diesem Monat im Vermittlungsausschuß ist, weil das Abgeordnetenhaus und der Senat sich schon weitgehend dahin verständigt haben. Er sieht weitere Steuerentlastungen von 122 Milliarden Dollar vor. Das halte ich aber für richtig, weil umgekehrt nämlich 125 Milliarden Dollar Beitrag erfolgen sollen durch die Wirtschaft, durch Streichung von Steuervergünstigungen und Privilegien der Wirtschaft. Das heißt, diese neue amerikanische Steuerreform, die hier - allerdings offenbar ohne Kenntnis ihres Inhalts - als gut propagiert wird, verteilt tatsächlich, und das ist ganz überraschend zu wissen - aber sie ist ja auch von Demokraten im Repräsentantenhaus eingebracht worden -, mehr Einkommen an die breiten Schichten und erhöht damit tatsächlich die Kaufkraft. Und sie wird, weil sie aufkommensneutral sein soll und nicht den Staat Geld kosten soll - anders, als es bei uns geschieht und vorgesehen ist -, von der Wirtschaft bezahlt.

Genau das, was hier jetzt propagiert wird, z. B. die Verkürzung der Abschreibungsfristen, wird in den USA gerade abgeschafft. Da werden die Abschreibungsfristen für die Wirtschaft verlängert! - Hier wird gesagt, der Schuldzinsenabzug müsse wieder eingeführt werden. Er wird in den USA durch die neue Steuerreform gerade abgeschafft! Also, da können wir uns wirklich einmal die Amerikaner zum Vorbild nehmen.

(Zustimmung bei der SPD)

(D) Nun, meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch auf den Vorschlag der F.D.P.-Fraktion eingehen. Der Gesetzentwurf enthält ja zwei Hauptelemente: In Artikel 1 soll durch eine Entschuldungsstaffel der jährliche Höchstbetrag der Nettoneuverschuldung gesetzlich festgeschrieben werden, und zwar in der Form, daß, mit einer Neuverschuldung von 3,7 Milliarden DM im Jahre 1987 beginnend, in jährlich fallenden Raten 1991 schließlich die Neuverschuldung null DM erreicht.

In finanzpolitischer Hinsicht sind die Absichten der F.D.P.-Fraktion von denen der Landesregierung, wie sie in der Ihnen vorgelegten Finanzplanung ihren Ausdruck finden, gar nicht so weit entfernt. Für 1989 weichen die Vorstellungen um 1 Milliarde DM ab. Wir sagen: minus 3,2 Milliarden DM; Sie sagen: minus 2,2 Milliarden DM. Für 1990 beträgt die Differenz nur 900 Millionen DM. Wir sagen: 2 Milliarden DM; Sie sagen: 1,1 Milliarden DM.

(Minister Dr. Posser)

- (A) Eine weitere Senkung der Nettoneuverschuldung im Jahre 1991 liegt auf der Linie der Konsolidierungsvorstellungen der Landesregierung. Dieses Jahr ist aber in der jetzigen Finanzplanung noch nicht erfaßt.

Ich kann daher zunächst feststellen, daß Landesregierung wie F.D.P.-Fraktion in der Zielsetzung nahe beieinanderliegen. Die mit der Entschuldungsstaffel angestrebten finanzpolitischen Ziele kann die Landesregierung grundsätzlich begrüßen.

Die von der Landesregierung geplante Rückführung der Nettokreditermächtigung auf 2 Milliarden DM im Jahre 1990 bedeutet eine Reduzierung gegenüber 1981 - dem Jahr mit der höchsten Nettoneuverschuldung - um 80,2 %.

Die Landesregierung zieht aus dem Gesetzentwurf für das Land den Schluß, daß die Fraktion der F.D.P. bei den Haushaltsberatungen die Konsolidierungsabsichten der Landesregierung unterstützen oder durch andere, gleichwertige Vorschläge ersetzen und darüber hinaus noch zusätzliche Konsolidierungsvorschläge vorlegen wird, denn ohne solche konkreten Konsolidierungsmaßnahmen wäre die vorgeschlagene Entschuldungsstaffel eine nicht zu verwirklichende bloße Deklamation.

- (B) Das gilt besonders für 1987 und 1988. In diesen beiden Jahren will die F.D.P.-Fraktion die von der Landesregierung vorgeschlagene Neuverschuldung um knapp 2 Milliarden DM bzw. 1,3 Milliarden DM unterschreiten. Durch welche konkreten Kürzungsmaßnahmen dies erreicht werden soll, wird nicht dargelegt, wie ja der gesamte Gesetzentwurf keine einzige inhaltliche Konsolidierungsvorstellung entwickelt.

Die Landesregierung hält es für ausgeschlossen, die Neuverschuldung 1987 und 1988 auf 3,7 bzw. 3,3 Milliarden DM zu senken. Bereits die Verwirklichung der von der Landesregierung vorgeschlagenen Konsolidierungslinie, also im nächsten Jahr gut 1,2 Milliarden DM weniger als in diesem Jahr, wird einer großen Kraftanstrengung und schmerzhafter Eingriffe bedürfen.

Ich sehe keine vertretbare Möglichkeit, diese finanzpolitische Linie noch weiter erheblich zu verschärfen. Dem steht vor allem entgegen, daß im Jahre 1988 die zweite Stufe des Steuersenkungsgesetzes 1986/88 wirksam wird, die dem Land weitere Steuerausfälle von rund 830 Millionen DM und den Gemeinden des Landes - jeweils nach kommunalem Finanzausgleich - von rund 630 Millionen DM bringt.

Sollten die vom Bundesfinanzminister erwogenen und von der Bundes-F.D.P. unterstützten Steuersenkungspläne nach 1988 Wirklichkeit werden, würden die Konsolidierungsbemühungen des Landes weiter erschwert.

Deshalb meine Bitte an die Kolleginnen und Kollegen der F.D.P.-Fraktion: Wenn Sie ein so ehrgeiziges Ziel verfolgen, dann sagen Sie uns, wie Sie das zu erreichen gedenken.

Wir haben die großen Ausgabenblöcke "Personalausgaben" - ich bitte darum, dabei immer das Beamtenrecht zu bedenken -, die Leistungen an die Gemeinden und rechtliche Verpflichtungen, bei denen wir Komplementärmittel zur Verfügung stellen, wie z. B. beim Wohngeld und bei den Gemeinschaftsaufgaben.

Wenn Sie da Spielraum sähen, wären wir Ihnen dankbar. Ich will nicht ganz ausschließen, daß meine Mitarbeiter das eine oder andere übersehen haben könnten - ich spreche im Konjunktiv -, aber daß dabei zusätzlich 2 Milliarden DM herauskämen oder auch nur 100 Millionen DM - also 1/20 dieses Betrages -, muß ich mit Bedenken versehen.

In finanzpolitischer Hinsicht sind die guten Absichten der F.D.P.-Fraktion zwar zu begrüßen,

(Schauerte (CDU): Er ist unserer Meinung beigetreten!)

es fehlt aber an jeglichen konkreten Vorschlägen und auch - wie mir scheint - an dem realistischen Blick für das tatsächlich Mögliche.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich will Ihnen aufzeigen, wie ehrgeizig das Vorhaben für die nächsten Jahre ist. Würde der Bund diesem Vorschlag folgen, dann müßte er in seiner Finanzplanung für 1990 eine Nettokreditermächtigung von 7,4 Milliarden DM ausweisen. Herr Stoltenberg aber sieht - und das halte ich für realistisch - für das Endjahr seiner neuen, gerade vorgelegten Finanzplanung eine Nettokreditaufnahme von 22,3 Milliarden DM vor, d. h., Herr Stoltenberg rechnet damit, daß er dreimal mehr Kredit braucht, als Sie es nach Ihrem Entschuldungsgesetz in der Relation Bund zu Land für das Land Nordrhein-Westfalen vorsehen.

Es wäre vielleicht - wenn ich mir diesen Hinweis erlauben darf - ratsam, wenn Sie dieses Konzept der F.D.P.-Bundtagsfraktion zuleiten, damit sie einen entsprechenden

(C)

(D)

(Minister Dr. Posser)

- (A) Vorschlag macht. Dieser wird meinen Kollegen Stoltenberg sehr überraschen; denn daß er mehr als zwei Drittel der von ihm vorgesehenen Nettokreditaufnahme einsparen könnte, auch ohne daß konkrete Vorschläge kommen, scheint mir - ich kenne ihn lange genug - als zweifelhaft. Er wird das als nicht seriös ansehen.

Der Vorschlag, eine Entschuldungsstaffel durch Landesgesetz zu beschließen, begegnet aber rechtlichen Bedenken, die in den Ausschußberatungen zu vertiefen sein werden. - Herr Kollege Rohde, Sie konnten gerade nicht dabei sein, als ich es finanzpolitisch begrüßt habe, was Sie vorschlagen. - So ist gemäß §§ 9 und 14 Stabilitätsgesetz für die Haushaltswirtschaft des Bundes wie auch der Länder eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde zu legen. Diese mittelfristige Finanzplanung ist alljährlich der Entwicklung anzupassen und fortzuführen.

Eine der wesentlichen Größen ist dabei die Entwicklung der jährlichen Nettokreditermächtigung. Da diese aber nahezu unausweichlich von der jeweiligen wirtschaftlichen Entwicklung, der Situation des Steuerrechts und des Steueraufkommens sowie den aktuellen Haushaltsbedürfnissen beeinflusst wird, ist die gesetzlich normierte alljährliche Anpassung der mittelfristigen Finanzplanung nur möglich, wenn auch die alljährliche Nettoneuverschuldung im Rahmen der Fortschreibung zur Disposition des Landtags steht. Aus diesem Grunde ist eine Vereinbarkeit zwischen der im Gesetzentwurf vorgesehenen Entschuldungsstaffel und der gesetzlichen Forderung an die Regierungen in Bund und Ländern zur alljährlichen Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung nicht herstellbar.

(B)

Weitere Zweifel an der Vereinbarkeit mit geltendem Bundes- wie Landesrecht ergeben sich aus der Begründung zu § 1 des Gesetzentwurfs. Danach soll mit der gesetzlichen Festlegung einer mittelfristigen Entschuldungsstaffel die parlamentarische Verantwortung auf den Bereich der mittelfristigen Finanzplanung ausgedehnt werden. Nach dem Stabilitätsgesetz, einem Bundesgesetz, ist die mittelfristige Finanzplanung jedoch von der jeweiligen Regierung zu beschließen und dem Parlament lediglich zur Kenntnis vorzulegen.

Eine parlamentarische Verantwortung für die mittelfristige Finanzplanung in Form eines Gesetzesvorbehalts besteht somit nicht. Der Grund dafür, daß im Gegensatz zum Haushaltsplan und Haushaltsgesetz bei der mittelfristigen Finanzplanung die Regierung als Entscheidungsträger fungiert, besteht in der unterschiedlichen Wirkung und Bedeutung

dieser beiden Instrumentarien: Der Haushaltsplan ist als ein vom Parlament beschlossenes Vollzugs- und Kontrollinstrument ein eindeutiger Akt der Legislative. Die mittelfristige Finanzplanung hingegen hat lediglich die Aufgabe, den politischen Willen der Regierung zum Ausdruck zu bringen und insoweit dem Parlament als Orientierungshilfe zu dienen, an die das Parlament nicht gebunden ist.

(C)

Diese eindeutige gesetzliche Festlegung des zuständigen Entscheidungsträgers auf die Exekutive wird auch nicht durch § 14 Stabilitätsgesetz berührt, wonach die Regelung der Zuständigkeit den Ländern überlassen bleibt; denn eine Zuständigkeitsregelung gemäß Stabilitätsgesetz kann immer nur unter Berücksichtigung der verfassungsrechtlich vorgegebenen Gewaltenteilung erfolgen.

Eine gesetzliche Entschuldungsstaffel, wie im Entwurf vorgesehen, würde überdies das verfassungsrechtlich festgelegte Initiativrecht der Landesregierung zur Vorlage des Haushaltsentwurfs berühren.

Abgesehen von diesen rechtlichen Bedenken, wäre es ein Irrtum, wenn die F.D.P.-Fraktion meinte, die mittelfristige Finanzplanung sei nur eine unverbindliche Absichtserklärung der Landesregierung. Ihr wird im Gegenteil gerade in bezug auf die durch die zukünftige Nettokreditermächtigung vorgezeichnete Konsolidierungslinie für die Regierung eine entscheidende Bedeutung eingeräumt. Ich darf einmal kurz aus der Ihnen vorliegenden Finanzplanung bis 1990 zitieren:

(D)

Die Linie der zukünftigen Nettokreditermächtigungen zeigt den Konsolidierungspfad auf, sie wird Richtschnur bei der Aufstellung auch der kommenden Haushalte sein.

...

Die Konsolidierungslinie steckt auch im mittelfristigen Zeitraum die Grenze des Volumens der einzelnen Jahreshaushalte ab. Die Neuverschuldung ist nach diesem Konzept nicht Restgröße, sondern die Ausgabenhöhe wird durch die Nettokreditermächtigung laut Konsolidierungslinie und die voraussichtlichen ordentlichen Einnahmen determiniert.

In der Vergangenheit hat die Landesregierung bewiesen, daß sie es mit diesem Konzept ernst meint. Die Nettokreditermächtigungen von 6,9 Milliarden DM in diesem Jahr und von 5,6 Milliarden DM im nächsten Jahr sind nichts anderes als die Realisierung der in Finanzplanungen früherer Jahre bereits vorgesehenen Konsolidierungslinie.

(Minister Dr. Posser)

- (A) Über die zukünftige Konsolidierungslinie muß allerdings dann neu nachgedacht werden, wenn zum Beispiel durch weitere Einnahmeverluste in Milliardenhöhe das Land geschädigt sein wird. Hier ist dann zu untersuchen, ob, wenn diese Mindereinnahmen voll auf der Ausgabenseite ausgeglichen werden sollen, dies eine unvertretbare, eventuell sogar aufgrund gesetzlicher und vertraglicher Verpflichtungen unzulässige Einschränkung von Landesleistungen darstellt.

(Schauerte (CDU): Das ist das Hintertürchen.)

Insofern bedeutet eine absolute Festlegung der Nettokreditermächtigungen für fünf Jahre im voraus einen Verzicht auf Handlungsalternativen, die bei veränderten Rahmenbedingungen aus ökonomischen und/oder finanzpolitischen Gründen vorzuziehen, eventuell sogar aufgrund des hohen Anteils gesetzlich und vertraglich gebundener Ausgaben an den Landesleistungen unvermeidbar wären.

In Ihrem Artikel II wird der Übergang vom Soll-Abschluß des Haushalts zum sogenannten Ist-Abschluß vorgeschlagen. Dieser Vorschlag bedarf einer eingehenden Prüfung - wie auch natürlich der unter Artikel I gemachte. Der Bund hat sich bereits bei der Haushaltsrechtsreform von 1969 für eine Regelung des Ist-Abschlusses entschieden, den er im Unterschied zu den meisten Ländern schon seit dem Jahre 1955 praktizierte.

- (B) Auch die Landesregierung hat in der Vergangenheit Überlegungen darüber angestellt, welcher Abschluß vorzugswürdig sei, ist allerdings noch zu keinem abschließenden Ergebnis gekommen, da eine Fülle von Gesichtspunkten zu bedenken sind, die ich hier nur andeuten kann, die aber bei den Ausschußberatungen gründlicher beleuchtet werden sollen.

Ich möchte mich daher heute mit dem knappen Hinweis begnügen, daß der Übergang zum Ist-Abschluß zwar das Prinzip der Jährlichkeit der Haushalte stärker betont und die Verknüpfung der Restefreigabe mit einer kassenmäßigen Deckung aus dem laufenden Haushalt aus rechtsordnerischen Gesichtspunkten einen besonderen Sinn ergibt;

(Dorn (F.D.P.): Und auch aus Gründen der Kontrollierbarkeit!)

auf der anderen Seite verschwindet der sogenannte Schattenhaushalt damit aber keineswegs, wie das Beispiel des Bundes doch zeigt.

- (C) Auch hatte in der Vergangenheit das Gegenargument Gewicht, daß der im Lande herkömmliche Soll-Abschluß sich als haushaltspolitisches Instrument durchaus ebenfalls bewährt hatte und den besonderen Vorzug bot, im Haushaltsvollzug flexibler vorgehen zu können.

Wie auch immer man sich in dieser Frage letztlich entscheidet, vor einem Irrtum möchte ich warnen: Konsolidierungsfortschritte sind weder von der einen noch von der anderen Abschlußform an sich zu erwarten; denn hierbei handelt es sich letzten Endes um Haushaltstechnik. Konsolidierungsfortschritte sind aber nur zu haben um den Preis inhaltlicher Entscheidungen über Ausgabenverzichte. Hier ist Politik nicht durch Technik zu ersetzen.

Diesen Irrtum kann der Gesetzentwurf der F.D.P.-Fraktion vielleicht fördern; darin liegt seine eigentliche Problematik. Lassen Sie mich daher mit der Bitte schließen, alle Fraktionen des Hauses möchten bei der Beratung des Gesetzentwurfs und des Haushaltsentwurfs ihre Vorstellungen über die Inhalte der Landespolitik, vor allem über weitere Ausgaben- und Ausgabenverzichte, zu erkennen geben. Nur, wenn wir uns dort zu mutigen Schritten durchringen, werden beim Abbau der Neuverschuldung des Landes Fortschritte zu erzielen sein.

(Beifall bei der SPD)

- (D) Frau Vizepräsident Friebe: Für die Fraktion der CDU erteile ich jetzt Frau Abg. Thoben das Wort.

Frau Thoben (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Posser, gestatten Sie mir eingangs nur einen Hinweis: Sie können es offensichtlich bei keiner Debatte unterlassen, mit irgendwelchen Zahlenspielen Sozialneid in die Gesellschaft hineinzutragen.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

- Nein, nein! Es gibt in der ganzen Bundesrepublik, Herr Finanzminister, keine Debatte um den Spitzensteuersatz ohne eine Paralleldiskussion um den Abbau von Steuervergünstigungen. Genau diesen zweiten Teil vermeiden Sie und verschweigen Sie wissentlich. Ich finde das nicht fair.

(Beifall bei der CDU)

Der Landeshaushalt 1987 wird zu einem Zeitpunkt debattiert, zu dem die Festlichkeiten anlässlich des 40. Geburtstages unseres Bun-

(Frau Thoben (CDU))

- (A) des Landes allmählich dem Höhepunkt zustreben. Es bietet sich deshalb an, ihn in einen etwas größeren Zusammenhang zu stellen.

Das Land Nordrhein-Westfalen war nach dem zweiten Weltkrieg die Region, in der die wesentliche Aufbauleistung zustande gebracht wurde. Die hier ansässige Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie mußte den Kern der Leistungen erbringen. Die Menschen, die dort arbeiteten, strengten sich an. Sie hatten schwere, auch körperlich schwere Arbeit zu verrichten.

Im Land Nordrhein-Westfalen wuchs deshalb der Wohlstand, die Versorgung der Bevölkerung weitaus schneller als in anderen Teilen der Bundesrepublik. Nordrhein-Westfalen war das blühende industrielle Kernland unseres Vaterlandes. Menschen, die hier lebten und arbeiteten, konnten sich relativ früh vergleichsweise viel leisten, und wegen der Finanzkraft des Landes trugen wir über den Finanzausgleich nicht unerheblich auch zum Aufbau der Wirtschaft in anderen Bundesländern bei. Große Ansiedlungsvorhaben, Gründungsentscheidungen für Universitäten im Ruhrgebiet, maßgebliche Infrastrukturinvestitionen fielen in diesen Zeitraum.

- (B) Als die SPD in der zweiten Hälfte dieser vierzig Jahre die politische Verantwortung in diesem Land übernahm, fand sie alles vor, was an Voraussetzungen und Fähigkeiten notwendig ist, um auch in den folgenden zwanzig Jahren innerhalb der Bundesrepublik als Industrieland eine führende Rolle spielen zu können. Was hat die SPD in ihrer Regierungsverantwortung daraus gemacht? Sie ist der für Sozialisten typischen Versuchung erlegen, sich auf Erreichtem auszuruhen, sich in den Beständen einzurichten,

(Zuruf des Abg. Büssow (SPD): Werden Sie doch mal originell.)

es sich bequem zu machen, Herr Büssow, angesammeltes Kapital zu verbrauchen, kurz: die Aufbauleistungen zu verfrühstücken.

(Zustimmung bei der CDU)

In nicht ganz zehn Jahren - und immerhin: für diesen Zeitraum ist bereits der jetzige Ministerpräsident hier in politischer Verantwortung -, in nicht ganz zehn Jahren hat er die Schulden des Landes mehr als verdreifacht, die Zinsausgaben für diese gemachten Schulden vervierfacht

(Büssow (SPD): Mal etwas Neues!)

- Herr Büssow, Sie behalten sonst nichts -,

(Beifall bei der CDU)

- (C) die Investitionsquote rutschte von 22,4 % im Jahre 1979 auf nur noch 14,4 % im Jahre 1987. Und der Städtebauminister kürzt die Investitionen für den Eisenbahn- und öffentlichen Personennahverkehr allein in dem Haushalt 1986 gegenüber dem Vorjahr um 180 Millionen DM. 180 Millionen DM Investitionskürzung in einem Bereich, in dem Sie sich selber sehr ehrgeizige Ziele gesetzt haben.

(Zuruf von der CDU: Soll das auch ein Schwerpunkt sein?)

- Auch ein Schwerpunkt, ja.

Das gesamtwirtschaftliche Wachstum sackte ebenfalls ab. Die Wachstumsücke zwischen Nordrhein-Westfalen und den übrigen Bundesländern vergrößerte sich von Jahr zu Jahr. Inzwischen sind das, seit 1979 aufgelaufen, 150 Milliarden DM. Wenn man das einmal sehr vorsichtig in Arbeitsplätze umrechnet, die pro Stück 100 000 DM kosten, hätten wir, wenn wir uns hier im Land wirtschaftlich nur genauso entwickelt hätten wie der Bundesdurchschnitt, heute 1,5 Millionen Arbeitsplätze mehr, als wir heute haben.

(Nagel (CDU): Hört, hört!)

- (D) 27 % der Einwohner der Bundesrepublik wohnen hier, 34 % der bundesweit zur Zeit Arbeitslosen wohnen hier. Und was für die zukünftige Entwicklung schlimmer ist: Von den Arbeitsplätzen, die im letzten Jahr geschaffen worden sind, sind nur 20 % in diesem Land geschaffen worden. Selbst bei den offenen Stellen blieben wir mit 22,5 % weit hinter unserem Bevölkerungsanteil zurück.

Selbst führende IG-Metall-Mitglieder sprechen inzwischen von verfestigten Machtstrukturen, auf denen sich die SPD nicht nur ausruht, sondern die sie pflegt, weil sie aus ihnen ihre Macht ableitet und jede tatsächliche Erneuerung und Fortentwicklung als Bedrohung eigener Besitzstände ansieht.

Ich will Ihnen nur wenige Hinweise geben, wo hier überall im Land Zukunft blockiert wird. Wer von notwendiger breitangelegter beruflicher Qualifizierung im Zusammenhang mit neuen Technologien spricht und hier ein Gesetz verabschiedet, das genau diese Art der Weiterbildung im Betrieb von der Förderung ausnimmt, der ist in diesem Feld zutiefst unehrlich.

(Zustimmung bei der CDU)

(Frau Thoben (CDU))

- (A) Wenn ich zu diesem Punkt eine Anfrage eines SPD-Abgeordneten kurz erwähnen darf, der sich darüber beklagt - ich zitiere wörtlich -:

Überall in Nordrhein-Westfalen entstehen an den beruflichen Schulen auf Initiative der Berufsschullehrer Vereine für neue Technologien, die Fort- und Weiterbildung außerhalb der Schulzeit anbieten.

Dann frage ich mich: Was passiert in den Schulen? Warum müssen sich Lehrer neben ihrer hauptamtlichen Tätigkeit selbständig machen, damit das passiert, was für die Zukunft unseres Landes unverzichtbar ist?

(Zustimmung bei der CDU)

Frau Vizepräsident Friebe: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schwier?

(Frau Thoben (CDU): Bitte schön!)

- Bitte schön!

Schwier (SPD): Frau Kollegin, können Sie sich vorstellen, daß dieses Angebot, das vormittags und tagsüber in der Schule stattfindet, sich dann abends an diejenigen richtet, die gar nicht mehr in die Schule gehen?

(B) Frau Thoben (CDU): Herr Schwier, das könnte zwar sein; aber Ihre Antwort auf die Anfrage weist aus, daß genau in diesen Feldern der Unterricht an der Schule ausfällt, weil Sie nicht die ausreichenden Vorkehrungen dafür getroffen haben.

(Beifall bei der CDU - Nagel (CDU): Wer hat eigentlich die Anfrage beantwortet?
- Heiterkeit bei der CDU - Zuruf des Ministers Schwier)

- Ich kann Ihnen das gern noch einmal zur Verfügung stellen.

Wer die Einführung neuer Techniken in unserem Land an die Prüfung ihrer Sozialverträglichkeit bindet, ohne zu sagen, was das ist und wer sie wann beurteilen wird, der verhindert private Investitionen, die die Wirtschaft unseres Landes erneuern könnten. Und wer die Menschen durch Schüren von Zukunftsängsten und bürokratische Überfrachtung entmutigt, der wird die fähigsten, unternehmungslustigsten und leistungsbesten Menschen auf Dauer nicht für unser Land gewinnen können.

(Zustimmung bei der CDU)

Und wer sich immer noch nur halbherzig für die Einführung von neuen Kommunikationstechniken in unserem Land ausspricht, der diskutiert damit nicht nur über angebliche Reizüberflutung und Gefahren, die dadurch in privaten Haushalten entstehen, sondern der spricht zugleich über die Autobahnen der Zukunft, die dann hier fehlen.

(C)

(Zuruf des Abg. Büssow (SPD): Von welchem Land ist die Rede?)

- Nein, er beeinflusst zugleich zukünftige Standortentscheidungen von Unternehmen. Die erkundigen sich nämlich: Ist das an diesem Standort verfügbar, ja oder nein? - Wir haben, wie Sie wissen, Herr Büssow, derartige Entscheidungen schon, und sie fallen gegen unser Land aus.

(Büssow (SPD): Ist doch gar nicht wahr!)

- Wir haben sie schon! Sie sollten sich die Studie der Industrie- und Handelskammern über die Ausbreitung der Telekommunikationsnetze besorgen; sie ist verfügbar.

Frau Vizepräsident Friebe: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Büssow?

(Frau Thoben (CDU): Da ich den Kommunalpolitikern, die nachher noch debattieren wollen, wegen des festgesetzten Endes der Sitzung die Zeit nicht wegnehmen möchte, haben Sie bitte Verständnis dafür, wenn ich keine Zwischenfrage zulasse.)

- Das ist natürlich Ihre Entscheidung.

(D) Frau Thoben (CDU): Danke schön! - Wer den Straßenbau in einem Umfang beschneidet, daß er nicht einmal garantieren kann, daß die übriggebliebenen Mittel die Reparaturen an den vorhandenen Straßen noch ausreichend bedienen können, der verschlechtert schlicht die Standortqualitäten unseres Landes.

(Zustimmung bei der CDU)

Und wer schließlich Planungs- und Genehmigungsverfahren zu einem jahrelangen unkalkulierbaren Risiko für Investoren werden läßt, der verschlechtert ebenfalls die Standortqualitäten und verhindert die Schaffung neuer zukunftsweisender Arbeitsplätze.

(Erneut Zustimmung bei der CDU)

Ich könnte diese Liste beliebig verlängern. All und jede Spielart von Zukunftsblockade ist hier im Lande in sämtlichen Feldern der Politik auszumachen. Nichts an mitreißenden

(Frau Thoben (CDU))

- (A) Ideen, nichts an Visionen verbindet sich mit den zehn Jahren Regierungsverantwortung dieses Ministerpräsidenten.

(Zustimmung bei der CDU)

Mit einer Regierungserklärung vom Juni 1985 zur Forschungs- und Technologiepolitik haben Sie, Herr Rau, im Juli 1984 versucht, zumindest verbal die Kurve zu kriegen. In Ihrer Regierungserklärung vom Juni 1985 finden sich markige Sprüche zur Bedeutung der Anwendung moderner Technologien in unserem Lande. Eine forschungs- und technologiepolitische Offensive sollte fortgesetzt, eine Nordrhein-Westfalen-Initiative "Zukunftstechnologien" auf acht Feldern unser Land und die hier lebenden Menschen in Schwung bringen. Ursprünglich waren dafür pro Jahr 100 Millionen DM vorgesehen; 60 Millionen DM davon sollten jährlich in den Etat des Wirtschaftsministers eingestellt und für derartige Projekte ausgegeben werden. Angesichts von Zigtausenden von Unternehmen in unserem Lande und einer unübersehbaren Vielzahl notwendiger kleiner Schritte zur Modernisierung ist schon dieser Betrag nicht nur kläglich, sondern geradezu lächerlich.

(Zustimmung bei der CDU)

- (B) Aber was schlimmer ist: Im Haushalt 1986 schrumpfte diese offensive Seifenblase - anders kann ich das nicht beschreiben - von ursprünglich geplanten 60 Millionen DM auf 15 Millionen DM.

(Hört, hört! bei der CDU)

Das Scheitern dieses Programms ließ sich kaum noch verheimlichen. Und für das Programm "Zukunftstechnologien" sollen laut Haushaltsplanentwurf 1987 20 Millionen DM eingestellt werden.

Eine kleine Randbemerkung sei mir gestattet: Die Schulden pro Kopf der Bevölkerung betragen hier im Lande 5 750 DM; die Zinsen auf diese Schulden betragen pro Kopf und Jahr 220 DM. Das ist die Bedienung der Altlasten. Für Zukunftstechnologien sind im Haushalt 1,20 DM pro Kopf vorgesehen.

(Zustimmung bei der CDU - Dr. Linssen (CDU): Das gibt es doch gar nicht! - Nagel (CDU): Das darf nicht wahr sein!)

Der Wirtschaftsminister tut sich schwer, darzulegen, was eigentlich gefördert werden soll,

(Nagel (CDU): Der ist auch schon weg!)

(C) wie er sich überhaupt schwertut, zu begründen, warum er nach den vielen Pannen noch in seinem Amt ist.

(Zustimmung bei der CDU - Nagel (CDU): Sehr gut!)

Unser Land, die Menschen, die im besten Sinne unternehmungslustigen, lassen sich nicht mit derart kleiner Münze - um nicht zu sagen: Falschgeld - ermutigen, Neues zu wagen, sich umzugewöhnen, dazulernen, sich der Zukunft zu öffnen. Herr Ministerpräsident, es fällt den Menschen schwer, zu glauben, daß Sie tatsächlich die Erneuerung wollen, von der Sie so wortreich reden. Alles, was Sie tatsächlich tun, spricht dagegen. Vielleicht merken Sie das gar nicht. Vielleicht liegt es daran, daß Sie Ihre Meinung nicht kennen, bevor Parteitagebeschlüsse gefallen sind.

(Zustimmung bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, noch in der Debatte zur Regierungserklärung im Frühjahr 1985 haben sie wörtlich ausgeführt - ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin -:

Aber daß der Verbund von Kohle und Kernenergie für uns in Nordrhein-Westfalen wichtig ist, das wissen doch auch die, die zum ersten Mal in den Landtag gekommen sind, das muß man doch nicht erst heute bekanntgeben, das darf man doch als bekannt voraussetzen.

(Zuruf von der CDU: Das hat er gesagt!)

(D) Regierungserklärung 1985! Herr Ministerpräsident, was hat sich an dieser Einsicht geändert, außer daß Ihre Partei unter Ihrer ausdrücklichen Mitwirkung gegenteilige Beschlüsse zum Schaden unseres Landes gefaßt hat?

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Wie sonst erklären Sie sich eigentlich, daß Sie Abschied nehmen von einer technischen Entwicklung, um die uns die USA, die UdSSR, Japan, China beneiden? Wie sonst ist zu erklären, daß sich Ihr Wirtschaftsminister nicht mehr traut, die Fachleute, die sich seit vielen Jahren mit der zweiten Generation von Kernreaktoren in unserem Lande befassen, überhaupt nur anzuhören? Der ehemalige Ruhrkohle-Chef nennt das, was Sie hier veranstalten, ein Stück aus dem Tollhaus.

(Nagel (CDU): Sehr richtig!)

(Frau Thoben (CDU))

- (A) Und der SPD-Landtagsabgeordnete Marmulla war über die Behandlungsweise des angeblichen Störfalls von Hamm persönlich so erregt, daß er in einer Kleinen Anfrage vom Wirtschaftsminister Auskunft darüber verlangt hat, was denn nun tatsächlich passiert sei. Ich möchte nur zwei kurze Sätze aus der Antwort - sie ist ja immerhin doch wohl offiziell und ernst zu nehmen, wie ich einmal unterstelle - zitieren:

Die durch die Radioaktivitätsabgabe des THTR 300 am 4. Mai ausgestoßene Radioaktivität erreichte rechnerisch 0,2 % der natürlichen Strahlung auf Grund natürlicher Radioaktivität am intensivsten "bestrahlten" Punkt.

0,2 %! Und das rechnerisch, messen konnte man es gar nicht!

(Hört, hört! bei der CDU)

Ein zweiter Hinweis: "Die Bodenbelastung stieg um ein Dreißigtausendstel der offiziell gemessenen Belastung." Ein Dreißigtausendstel!

(Nagel (CDU): Störfall Rau!
- Dr. Linssen (CDU): Es darf nicht wahr sein!)

Ich möchte Sie nur daran erinnern - ohne die Debatte darüber vertiefen zu wollen -, welche Spektakel wir in der Öffentlichkeit erlebt haben, hervorgerufen durch den Wirtschaftsminister dieses Landes.

(B)

(Zustimmung bei der CDU - Nagel (CDU): Brandstifter!)

Solch ein Umfang von Inkompetenz, Opportunismus und Panikmache!

(Zurufe von der SPD: He! He!)

- Es ist so! Ich kann das belegen.

(Zustimmung bei der CDU)

Die ganze Unehrlichkeit wird doch dadurch offenbar, daß Sie zwar den Ausstieg aus dieser Reaktorlinie beschließen und dann sagen: Diese Reaktorlinie ist selbstverständlich die sicherste; das tun wir zuallerletzt.

(Zurufe von der SPD)

- Entschuldigung! Wer diese Reaktorlinie mit in den Ausstieg einbezieht, der macht sie jetzt kaputt - und nicht in fünf Jahren!

(Zustimmung bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Warum lassen Sie eigentlich den Probelauf weiter zu, wenn Sie diese Reaktorlinie längst abgeschrieen haben? Das paßt doch alles vorn und hinten nicht zusammen! Das versteht doch kein Mensch mehr. (C)

(Erneut Zustimmung bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Die dadurch in Gefahr geratenen Arbeitsplätze scheinen Ihnen völlig schnuppe zu sein.

(Widerspruch bei der SPD)

- Völlig schnuppe!

(Zustimmung bei der CDU)

Ich will die Größenordnung jetzt nur nennen, weil der Wirtschaftsminister gestern hier so groß und mit riesigem Pathos den Rückgang bei der Braunkohle, den er selber in einem Gutachten hat prüfen lassen, an die Wand gemalt hat: Da seien möglicherweise - und das wollten wir offensichtlich! - 8 000 bis 10 000 Arbeitsplätze betroffen. - Das Gutachten zum Ausstieg aus der Kernenergie belegt, daß 60 000 bis 100 000 Arbeitsplätze betroffen sind!

(Lebhafte Zustimmung bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P. - Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

Erinnern wir uns doch an den Spruch, den Ministerpräsident Rau vor noch gar nicht langer Zeit in bezug auf die Arbeitsmarktentwicklung für angemessen hielt; er hat gesagt: "Mir ist jeder Aufschwung schnuppe, der am Arbeitsmarkt vorbeigeht." Damit sollte ja wohl in der Bevölkerung der Eindruck verbreitet werden, daß der Aufschwung zwar da sei, aber eben keine zusätzlichen Arbeitsplätze geschaffen worden seien. (D)

Bundesweit ist nun die Zahl der Arbeitsplätze im letzten Jahr um 284 000 gestiegen. Im Land Nordrhein-Westfalen nahm die Zahl der Beschäftigten um 59 000 zu. Allerdings, Herr Ministerpräsident, bleibt die Zunahme in Nordrhein-Westfalen sehr deutlich hinter der Zunahme im übrigen Bundesgebiet zurück. Sie müssen endlich zu erkennen geben, daß Ihnen das Zurückbleiben Nordrhein-Westfalens nicht schnuppe ist,

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

daß Sie dafür Verantwortung tragen; und vor allen Dingen: Sie müssen zu erkennen geben, daß Sie dieser Aufgabe gewachsen sind!

Mit Sorge und mit Betroffenheit, mit Verständnis und Schuldzuweisungen an andere

(Frau Thoben (CDU))

- (A) können Sie sich nicht aus Ihrer Verantwortung davonstellen. Oder stimmt es, was viele behaupten: Sie möchten sich schon kümmern, wüßten nur gar nicht, wie das geht?

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Aber nun haben Sie ja in den Landtagswahlen und besonders im Landtagswahlkampf 1985 auch nicht mit dem Anspruch auf Sachkompetenz um Zustimmung geworben. Andere Maßstäbe - der Anspruch der Menschlichkeit, der Anspruch der Freundlichkeit, die Fähigkeit zum Mitleiden, zur Mitleidenschaft - waren es, die Sie den Menschen vorgetragen und wofür Sie um Zustimmung geworben haben. Vielleicht haben Sie ja Ihre Kraft ganz und vollständig diesen Lebens- und Erfahrungsbereichen gewidmet und wollen dies weiter tun.

Menschliche Zuwendung, soziale Wärme, Besinnung auf Grundwerte, Moral, christliche Verantwortung - sich diesen Werten zu verpflichten, ist anspruchsvoll, und das setzt auch Maßstäbe. Diese Werte und Zielvorstellungen - dessen können Sie sicher sein - teilen wir.

Doch dafür, ob Sie diesen von Ihnen selbst propagierten Aufgaben und Zielen gerecht werden - auch dafür gibt es Prüfsteine, Herr Ministerpräsident! Eine ganze Reihe von diesen Prüfsteinen werden uns sicherlich in der zweiten Lesung dieses Haushalts noch ausführlich beschäftigen.

- (B) Mein Landtagskollege Hermann-Josef Arentz hat Ihnen den Spiegel auf dem Gebiet der Sozialpolitik bereits vorgehalten. Das Gesicht, das man in diesem Spiegel erblicken kann, ist nicht besonders mitmenschlich, ist nicht besonders warm und gar nicht kinder- und familienfreundlich.

(Zustimmung bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

In nur sechs Jahren haben Sie unter Ihrer Regierungsverantwortung die Sozialleistungen und die Leistungen für die Familien im Lande um 2 Milliarden DM gekürzt.

(Wagner (CDU): Hört, hört!)

Vergleicht man Ihren Anspruch und Ihre Äußerungen mit den tatsächlichen Zahlen, dann fragen sich alle: Darf zwischen Anspruch und Wirklichkeit eine so große Lücke klaffen, ohne daß die Glaubwürdigkeit leidet? Und darf man tatsächlich in politischer Verantwortung die Gefühle, Sorgen und Nöte der Menschen so in Anspruch nehmen, einfangen, ja, benutzen, um sie dann so abzuspeisen,

alleinzulassen, ja, sie ganz einfach beiseite zu legen? (C)

(Erneuter Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Vor wenigen Tagen hat sich die SPD-Landesregierung unter Führung des Ministerpräsidenten zum wiederholten Male gegen die Einrichtung einer Landesstiftung "Mutter und Kind" ausgesprochen. Sie hat damit den Frauen diesen kleinen Beitrag, den Landespolitik zur Gemeinschaftsaufgabe für das Ja zum Leben leisten kann, verweigert.

(Zurufe von der SPD)

Vor wenigen Jahren stand hier in diesem Hause - auch anläßlich von Haushaltsberatungen - zu demselben Thema eine andere Abstimmung an: Es ging um die Finanzierung einer nahezu perfekten Einrichtung für Schwangerschaftskonflikte einschließlich ihrer Behebung durch das Nein zum Kind. Diese Einrichtung wurde von der SPD-Fraktion beschlossen,

(Hört, hört! bei der CDU - Dr. Pohl (CDU): Ja, in namentlicher Abstimmung!)

und zwar unter tatkräftiger Mitwirkung des heutigen und damaligen Ministerpräsidenten.

(Erneutes "Hört, hört!" bei der CDU - Zurufe von der SPD - Unruhe)

Es reicht nicht aus,

(Zuruf von der SPD: Gehen Sie einmal beichten!)

sich nur verbal während des Katholikentages für den Schutz des ungeborenen Lebens auszusprechen!

(Lebhafte Zustimmung bei der CDU - Zuruf des Abg. Doppmeier (CDU) - Gegenrufe von der SPD)

Das, Herr Ministerpräsident, steht nämlich irgendwo auch im Wahlprogramm der GRÜNEN!

Wer die von der CDU beantragte Stiftung "Mutter und Kind" nicht will, der muß sich überlegen, ob er diese Entscheidung angesichts der anderen von ihm für notwendig gehaltenen Ausgabeposten im Landeshaushalt verantworten kann.

(Heinemann (Enger) (CDU): Sehr wahr!)

(D)

(Frau Thoben (CDU))

- (A) Diese Verantwortung, Herr Ministerpräsident, endet dabei nicht vor einem weltlichen Richter.

(Beifall bei der CDU)

Angesichts der bisher von Ihnen in konkreten Entscheidungen sichtbar gewordenen Einstellung ist der Vorwurf an die Bundesregierung, der im Angriff wegen "sozialer Kälte" gipfelt, blanker Zynismus.

(Zustimmung bei der CDU)

Wer sich wie Sie, Herr Ministerpräsident, die Mitmenschlichkeit, das Mitleiden, das Mit-sorgen, Brüderlichkeit und Geschwisterlichkeit so zu eigen macht, der muß sich daran messen lassen. Sie müßten eigentlich an der Spitze all derer zu finden sein, die alle nur erdenklichen Schritte unternehmen, um Frauen das Ja zum Kind zu erleichtern. Und ich sage an dieser Stelle nicht umsonst "alle erdenklichen Schritte". Die Zahl von über 200 000 bei den gesetzlichen Krankenkassen abgerechneten Schwangerschaftsabbrüchen ist und bleibt unerträglich.

(Zustimmung bei der CDU)

Sie ist nach meiner tiefen Überzeugung zuallererst und gerade auch eine Frage, die sich an das Verantwortungsbewußtsein der Männer richtet.

(Zustimmung bei der CDU)

(B)

Weder mit einer Position "Mehr Strafe für die Frauen im Falle der Abtreibung" noch mit der Finanzierung perfekter Einrichtungen im Falle des Neins zum Kind - mit keiner dieser beiden Positionen leisten wir einen angemessenen Beitrag zur Bewußtseinsbildung.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich muß und will an dieser Stelle ausdrücklich an sie, die Männer, appellieren, die hier im Landtag die überwältigende Mehrheit darstellen: Versuchen Sie erst gar nicht, sich auf die eine oder andere Seite der Lösung zu stellen. Helfen Sie! Helfen Sie dadurch, daß Sie Ihre Mitverantwortung für das werdende Leben erkennen und akzeptieren.

Jede Schwangerschaft verändert das Leben einer Frau ganz entscheidend -

(Frau Lauer (SPD): Woher wissen Sie das denn?)

sowohl wenn sie das Kind bekommt als auch wenn sie die Kraft dazu nicht aufbringt. Der

Mann, der Vater, kann sich vermeintlich vor den Konsequenzen schützen. Manchmal meint er auch, er dürfe das. Die Frau, die Mutter, braucht die umfassende Geborgenheit der Gesellschaft. Sie braucht das Ja zum Kind in Ihrer Umgebung - in der Familie, in der Gemeinde, in der Gesellschaft.

Dies müssen wir in den Herzen und Köpfen verankern - nicht nur hier im Landtag, sondern bei möglichst vielen Menschen in unserem Land.

Meine Damen und Herren, wir erleben alle seit der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl, daß viele Menschen - junge, alte, Männer und Frauen - in unserem Land Angst haben, unsicher geworden sind, die bisherige Energiepolitik sehr grundsätzlich in Frage stellen, ja, sie ablehnen. Über viele Jahre hinweg bestand in Grundfragen der Energiepolitik zwischen den verantwortlichen Parteien in der Bundesrepublik Einigkeit. Wir haben Beschlüsse zur Energiepolitik hier im Landtag fast immer einstimmig getroffen.

Wir haben das getan, weil wir wußten, wie zentral und bedeutsam derartige Grundentscheidungen gerade für unser Land sind.

Angesichts der Unsicherheit und der Sorgen in weiten Teilen der Bevölkerung stellt sich nach meiner Überzeugung für politisch Verantwortliche eine sehr zentrale Frage, nämlich die nach ihrem Politikverständnis, nach ihrem Verständnis der Verantwortung, die sie mit einem Amt übernommen haben, schlicht nach dem, was man in einem solchen Amt tun darf und was nicht.

Geborgenheit, Mitmenschlichkeit, Mitleidschaft und die Art, in der eine Regierung für die Menschen da ist und wie sie mit ihnen umgeht, erweist sich nicht nur in den Bereichen, für die sie Geld ausgibt, gefragt und gefordert ist sie auch dort, wo unsere moderne Industriegesellschaft mit Risiken verbunden ist, wo moderne Industriegesellschaften durch ihre Komplexität für den einzelnen unüberschaubar und deshalb ein Stück unheimlich geworden sind.

In diesen Fragen sind wir gefordert. Wir haben uns in das Parlament wählen lassen. Wir haben Aufgaben übernommen, die etwas mit Führung, aber auch etwas mit Dienst am Ganzen zu tun haben. Und wenn man sich in den letzten Monaten fragt, wie denn diese Landesregierung die Menschen im Land dabei unterstützt, ihre Angst aufzuarbeiten, sie zu beherrschen und sie zu überwinden, dann stelle ich - ich sage das ganz im Ernst - mit großem Bedauern fest, daß diese Landesregie-

(C)

(D)

(Frau Thoben (CDU))

- (A) rung an dieser Aufgabe vollständig gescheitert ist.

(Zustimmung bei der CDU)

Eilfertig im Verbreiten unverständlicher Informationen und damit zusätzliche Unsicherheit in die Bevölkerung hineintragend, inkompetent, Pressemeldungen des Öko-Instituts stärker glaubend als den eigenen Fachabteilungen - dadurch war die Arbeit der Landesregierung gekennzeichnet.

(Zustimmung bei der CDU)

Lassen Sie mich hier sehr ernsthaft sagen: Ich bin mir immer noch nicht ganz klar, ob der Antrieb für dieses komplette Fehlverhalten stärker die Inkompetenz für solche Ausnahmesituationen oder aber - was noch schlimmer wäre - die Bereitschaft war, Ängste zu benutzen, Ängste zu schüren, weil man sich davon Stimmen verspricht.

(Lebhafte Zustimmung bei der CDU)

Jedenfalls: Ihr bewußter Versuch, von der Wirklichkeit abzulenken und mit der Angst der Menschen ein Geschäft zu machen, ist unverantwortlich.

(Zustimmung bei der CDU)

- (B) Sie werden damit, Herr Ministerpräsident, Ihrem Amtseid, den Nutzen für unser Land und die hier lebenden Menschen zu mehren, weder unter materiellen noch immateriellen Gesichtspunkten gerecht.

(Zustimmung bei der CDU)

Sie mögen all das, was Sie in Ihrer Regierungserklärung und in Ahlen sowie in Nürnberg angekündigt haben, wollen; aber Sie praktizieren es nicht. Und ich bin überzeugt: Sie können das auch gar nicht. Sollen die Ideen und Kräfte der Bürger in unserem Land gebremst, ihre Angst gestärkt, ihre Unsicherheit gefördert und ihre Leistungsbereitschaft und -fähigkeit entmutigt werden? Mag sein, daß Sie das nicht wollen. Aber Sie praktizieren es.

(Zustimmung bei der CDU)

Das ist wahrlich keine Empfehlung für Bonn - und schon gar kein gutes Zeugnis. Ja, es ist nicht einmal eine Eintrittskarte für einen Stehplatz. Anscheinend haben Sie das zwischenzeitlich selbst erkannt, denn sonst wird es immer unverständlicher, warum Sie bei den Haushaltsberatungen weder auf der Bundsratsbank, geschweige denn am Rednerpult zu treffen waren.

(Lang anhaltender starker Beifall von CDU und F.D.P.)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete. - Für die Fraktion der SPD hat nunmehr das Wort Herr Abg. Trinius.

(C)

Trinius (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Thoben, ich habe Ihrer Rede mit größter Aufmerksamkeit zugehört und bin im Zweifel, wie ich sie einschätzen soll. Sollte es so etwas geben wie die Kunst, an der Gürtellinie entlang zu tänzeln, dann war diese Rede dafür ein Beispiel.

(Zustimmung bei der SPD)

Wenn hier ein Antrag von der CDU eingebracht wird, wir mögen im Lande Nordrhein-Westfalen eine Stiftung "Mutter und Kind" schaffen, so ist, glaube ich, in der Debatte deutlich geworden, daß das Anliegen, Müttern in schwieriger Lage, die ein Kind erwarten, Hilfen zu gewähren, von niemandem bestritten und von allen geteilt wird. Wir müssen aber untereinander frei sein in der Bewertung, ob denn das, was Sie als Lösungsweg anbieten, auch ein geeigneter Lösungsweg gerade für die Betroffenen sein mag. Das war eigentlich die einzige Differenz hier im Hause. So habe ich die Debatte verstanden.

Sie machen nun die Frage, ob man sich für Ihren Antrag entscheidet oder nicht, zu einer Frage der Glaubwürdigkeit unserer immer wiederholten Aussagen der Notwendigkeit des Schutzes für das ungeborene Kind. Das ist unzulässig, weil es für die Lösung dieses Problems doch mit Sicherheit unterschiedliche Wege geben kann und man abwägen muß, was denn nun der geeignetere ist. Ich habe die Erörterung hier so und nicht anders verstanden.

(D)

Ich erinnere Sie in diesem Zusammenhang an eine Entschliebung des Deutschen Bundestages bei der Verabschiedung des Änderungs-gesetzes zum Strafgesetzbuch zum § 218 - eine sehr lesenswerte Stellungnahme, ein Entschliebungsantrag, den seinerzeit Frau Liselotte Funcke und Herbert Wehner von der Fraktion der F.D.P. und von der Fraktion der SPD eingebracht hatten, in dem all die Grundsätze schon niedergelegt worden sind, die die Koalition damals bestimmt haben, was denn der Sinn dieser Gesetzesänderung sei.

Dann will ich noch einmal daran erinnern - damit das hier nicht so in einem unhistorischen Raum stehen bleibt, ohne Erinnerung an den Gang politischer Entscheidungen -, wie vor 15 Jahren in weiten Teilen der Öffentlichkeit über die ethische Indikation geurteilt wurde. Wieviele Stimmen gab es da, auch die ethische Indikation käme nicht in

(Trinius (SPD))

- (A) Frage! Können Sie sich noch erinnern, welcher Durchbruch erzielt werden mußte, die medizinische Indikation anzuerkennen? Da spricht man hier in so merkwürdigen Fremdwörtern. Das sind ja immer jeweils betroffene Frauen, die Angst und Sorge haben - für sich, für ihr Leben, für ihr Kind, vielleicht für ihre Familie.

Ich würde Sie, nachdem es so lange gedauert hat, die ethische Indikation und die medizinische Indikation anzuerkennen, bitten, in aller Ruhe darüber nachzudenken, ob es nicht bei der CDU auch einen Nachholbedarf gibt, darüber nachzudenken, ob denn nicht die soziale Indikation aus der Sicht der betroffenen Frau den gleichen Rang haben könnte, wie ihn inzwischen sozusagen aus fachärztlicher Sicht bei der ethischen oder medizinischen Indikation ein Arzt zubilligen mag. Es sind ja immer andere, die darüber urteilen.

Unser Grundgedanke bei der Änderung des § 218 war doch der: Wenn man mit einem den Frauen nicht helfen kann, dann ist es die Strafandrohung. Ein langer Weg, bis die Gesellschaft zu dieser Überzeugung gekommen ist! Wenn man ihr mit einem helfen kann - und dabei waren die Stellungnahmen der Evangelischen Kirche seinerzeit sehr hilfreich -, dann ist es die Beratung, die Begleitung in der Entscheidung, die sie am Ende selbst zu treffen hat. Und dann haben Sie einen großen Bogen geschlagen: von weiterem Gericht! Das gilt für alle.

(B)

Wir konsolidieren den Haushalt in Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren, unter den denkbar schwierigsten Bedingungen. Mir fällt so schnell kein Land ein, das unter vergleichbar schwierigen Bedingungen seinen Haushalt konsolidieren muß. Dazu gehören, immer wieder zu nennen, die besonderen Aufgaben - ich will das nicht einfach Last nennen -, die wir bei Kohle und Stahl zu lösen haben. Dazu gehört die unterdurchschnittliche Steuereinnahmeentwicklung von Nordrhein-Westfalen. Sie haben die Entwicklung des Bruttosozialprodukts angesprochen. Das sind Bedingungen, die wir vorfinden.

Dazu kommen noch erschwerende Bedingungen, die willkürlich durch die Bonner Regierung gesetzt worden sind, Bedingungen, von denen inzwischen das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gesagt hat: Was da mit dem Land Nordrhein-Westfalen gemacht worden ist, ist schlichtweg verfassungswidrig.

Gleichwohl hat dieses Land Nordrhein-Westfalen überdurchschnittliche Konsolidierungserfolge. Dies beides muß man zusammen

sehen, erstens um zu ermessen, was denn wirklich die Leistung des Landes Nordrhein-Westfalen ist, und zweitens, um zu begreifen, wie schwer auch der sozialdemokratischen Fraktion eine Fülle von Beschlüssen gefallen ist, die sie dann schließlich hier doch getroffen hat. Das ist ja kein Spaziergang durch eine freundliche Wiesenau oder eine freundliche Landschaft, sondern das ist ein steiniger und dorniger Weg.

(C)

Wir werden bei diesen Lösungen, diesen Beschlüssen von vielen, von arbeitslosen oder befristet eingestellten Lehrern und von anderen, auch von Jugendverbänden, gefragt: Wie bringt ihr denn das alles mit euren sozialdemokratischen Grundsätzen in Einklang? Da findet überhaupt kein Opportunismus statt, sondern da findet jeweils eine Abwägung statt: Was ist an unseren Beschlüssen soeben gerade noch sozialpolitisch oder arbeitsmarktpolitisch zu vertreten, inwieweit zwingt uns die Konsolidierungsnotwendigkeit dazu, solche Beschlüsse zu fassen, und welche Spielräume haben wir gleichwohl dennoch, um sozialpolitisch Vertretbares mit einzubauen?

Das ist ein sehr schweres Geschäft. Ich kann Ihnen als langjähriges Mitglied der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" nur sagen: Wenn Sie in diesem Geschäft drinstehen, bei dem Sie die einzelnen Stellen prüfen und prüfen, ob sie notwendig sind - wünschenswert sind sie alle -, bei dem Sie prüfen, ob Sie streichen können oder streichen müssen oder ob Sie noch einen kleinen Weg finden, es anders zu machen, und gleichzeitig bereit sind, mit jedem Berufsverband zu reden, dann wissen Sie, was es in der Praxis heißt, Konsolidierungspolitik zu machen.

(D)

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch einmal ein paar Zahlen ins Gedächtnis rufen. Die unvorhergesehenen Mehrausgaben für 1986 liegen bei ungefähr 300 Millionen DM. Sie sind wirklich unvorhergesehen: Die Zahl der Asylbewerber hat zugenommen, die Entwicklung des Dollarkurses hat niemand so vorhersehen können - deshalb die Erhöhung der Koksbeihilfe -, und Tschernobyl war ja wohl auch ein nicht vorhersehbarer Unfall. Trotz dieser 300 Millionen DM hofft man, daß wir bei der Entwicklung der Einnahmeseite den Haushalt 1986 ohne Nachtrag ungefähr so fahren können, wie er eingebracht worden ist.

Nun schauen Sie sich aber an, was an zusätzlichen Belastungen im Haushalt 1987 veranschlagt werden mußte: 448 Millionen DM für das Personal, 477 Millionen DM für die Koks-

(Trinius (SPD))

- (A) kohlenbeihilfe, 112 Millionen DM für Bewerber um Asyl und 64 Millionen DM allein im Bereich des Schwerbehindertengesetzes. Das sind zusammen 1,1 Milliarden DM zusätzliche Ausgaben für 1987.

Vor diesem Hintergrund muß man beurteilen, was es eigentlich bedeutet, die Nettokredit-ermächtigung um 1,2 Milliarden DM zurückfahren zu können. Diese notwendigen Mehrausgaben müssen ja erst einmal verkraftet werden, und gleichwohl gelingt es, um 1,2 Milliarden DM zurückzufahren.

Das wird auch Sie von der F.D.P. in erhebliche Schwierigkeiten bringen, wenn Sie zu diesen 1,2 Milliarden DM, die wir weniger an Kredit aufnehmen wollen, zusätzlich 1,9 Milliarden DM einsparen wollen. Wir sind sehr gespannt, wie Sie diese interessante Absicht in die Wirklichkeit umsetzen wollen. Ich kann nur an das erinnern, was Herr Dr. Posser eben gesagt hat: Am Ende kommt es darauf an, genau zu sagen, bei welchen Ausgabenpositionen denn Abstriche gemacht werden sollen. Die Zahl von 1,9 Milliarden DM zusätzlichen Einsparungen, die insgesamt ein Minus von 3,1 Milliarden DM bei der Nettokreditaufnahme bedeuten würde, kann man sehr schön in die Welt setzen.

Mein Kollege Schleußer hat Ihnen gegenüber ja schon angedeutet: Der Hinweis, zum Istabschluß beim Haushalt überzugehen, sei sicherlich interessant; das allein bringt es aber nicht. Herr Posser hat eben deutlich gemacht: Ihr Vorschlag läuft im Prinzip auf eine haushaltstechnische Entscheidung hinaus, noch nicht auf inhaltliche Entscheidungen bei der Haushaltsbeschlußfassung.

(B)

Einen breiten Raum, Herr Kollege Dorn, hat bei Ihnen die Erörterung der Lehrerarbeitslosigkeit eingenommen. Ich will hier noch einmal daran erinnern, vor welcher Entscheidung wir eigentlich 1976 in der Koalition gestanden haben. Ich mache überhaupt kein Hehl daraus, daß es damals in beiden Fraktionen - auch bei uns - eine sehr kontroverse sachliche Diskussion gegeben hat. Wir standen vor folgender Frage: Wollen wir die Zahl der Studienanfänger in den verschiedensten Bereichen vorab im Hinblick auf den künftigen Bedarf in den einzelnen Berufszweigen einschließlich des Lehrerberufs festlegen, oder wollen wir eine Hochschulpolitik betreiben, die sich an der Bildungsnachfrage von Leuten orientiert, die studieren möchten? Ich will nicht sagen, was davon nun eine sozialistische oder eine sozialdemokratische Position ist oder was eine liberale oder eine konservative.

Ich kann nur folgendes dazu sagen: Daß die beiden Bereiche, der Arbeitsmarkt auf der einen Seite und auf der anderen Seite der Bildungs- und Ausbildungssektor, miteinander vermittelt werden müssen, ist gar keine Frage; denn jeder will ja aus dem Bildungssystem heraus anschließend in das Arbeitssystem hinüberwechseln und sich da entfalten. Er will seine Familie gründen, arbeiten, Nützliches und Vernünftiges tun, und dafür möchte er ausgebildet werden. Aber auf die Art, wie ich das Gelenk zwischen diesen beiden Systemen gestalte, kommt es an. Da kann man lenken und steuern - das ist ein Weg, den lange Zeit die Deutsche Demokratische Republik gegangen ist -, oder man geht den anderen Weg und sagt: Ich mache das alles durch Information und Beratung, und meine Verantwortung liegt in der bestmöglichen Information zum frühestmöglichen Zeitpunkt. Es bedeutete Öffnung der Hochschulen, wenn man sich für diesen zweiten Weg entschied, bedeutete aber auch: Die Gesellschaft nimmt euch nicht die Verantwortung für die Entscheidung ab, die ihr selber getroffen habt.

(C)

Nun ist in diesem Zusammenhang etwas ganz Verständliches, aber in der Auswirkung Schwieriges und Verheerendes passiert. Die Menschen orientieren sich bei ihren Entscheidungen weniger an den Prognosen, sondern sie orientieren sich an der Wirklichkeit, wie sie sie im gegenwärtigen Augenblick vorfinden, und beziehen in ihre heutige Entscheidung nicht prognostizierte Veränderungen, die in vier oder sechs Jahren eintreten mögen, ein. Kultusminister Girgensohn hat 1970 - so meine ich - oder 1972

(D)

(Dr. Dammeyer (SPD): 1969.)

zum ersten Mal eine Lehrerbedarfsberechnung aufgestellt, aus der hervorging, daß er schon Ende der 70er Jahre in bestimmten Schulformen und Schulstufen in Lehrerbeschäftigungsprobleme käme. Er ist dafür ausgelacht worden, und von der CDU ist er hier im Landtag gefragt worden, ob er denn nicht wisse, daß es Grundschulen mit 58 Kindern in der Klasse gebe, und wie er dabei von Lehrerüberschuß reden könne. Da ist die Prognose, die im übrigen auch eingetroffen ist, dem Kultusminister als Analyse der gegenwärtigen Situation mißdeutet worden, selbst in einem Hause wie diesem, im Landtag. Dies war das Problem.

Ich meine, daß es Kollege Siedenkopf war, der seinerzeit gesagt hat: Diese Sozialdemokraten sind große Anhänger des Numerus clausus, der Bildungslenkung; da sieht man

(Trinius (SPD))

- (A) wieder: die kennen nichts anderes als inventionslenkende Planwirtschaft. Aber das Gegenteil war richtig. Der größte Widerstand gegen die Absicht, den Numerus clausus an den Hochschulen auszudehnen, und zwar in immer mehr Fächern, ist von sozialdemokratisch geführten Ländern ausgegangen, von Bremen und Nordrhein-Westfalen, auch von dem damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt.

Dann haben wir die Öffnungspolitik gemacht. Sie enthielt Risiken, aber zu dieser Öffnungspolitik einschließlich ihrer Risiken stehen wir heute noch. Wir haben es uns damals lange überlegt. Ich weiß, daß z. B. vom Kollegen Farthmann Bedenken vorgetragen worden sind. Ich kann mich noch an Bedenken erinnern, die Ihr Kollege Burkhard Hirsch seinerzeit vorgetragen hat.

Aber die Entscheidung ist gefallen. Wir stehen zu ihr einschließlich der Folgen, über die wir uns auch damals schon im klaren waren. Daher erklärt sich auch der Passus über die Lehrer in jenem Antrag zur Öffnung der Hochschulpolitik.

Wie sieht die Lage bei den Studierenden für das Lehramt an Schulen heute aus? Wir hatten 1976 76 000 Hochschulstudenten, die Lehrer werden wollten. Gegenwärtig haben wir noch 49 000. Interessanter ist die Zahl der Anfänger. 1976 haben 17 000 Studenten mit dem Lehramtsstudium begonnen. Damals waren die Analysen bzw. die Prognosen schon alle erstellt. 1985 waren es 4 800 Studenten.

(B)

Man kann das auch relativ sehen. 1976 studierte jeder zweite Studienanfänger ein Fach, das mit der Schule zu tun hatte, also auf ein Lehramt hin. 1985 war das nur noch jeder fünfzehnte. Da kann man sagen: Schade, daß das so spät erfolgt ist. Es gibt einige, die sagen: Die Entscheidungen, die heute gefällt werden, sind schon wieder falsch. Aber ich will das nur andeuten. Dieses Risiko ist dabei.

Einen breiten Raum hat in Ihren Erörterungen das Thema Arbeitslosigkeit eingenommen. Das finde ich sehr wichtig. Ich möchte wiederholen, was Johannes Rau als Ministerpräsident hier gesagt hat:

Wir können mit diesem Problem der Arbeitslosigkeit nur fertig werden, wenn wir es alle gemeinsam anpacken.

Aber das hindert nicht daran, darauf hinzuweisen, wer denn wo für was dabei Verantwortung hat und wahrnehmen könnte. Ich schlage vor: Wir probieren das einmal.

Ich erinnere daran, daß die Evangelische Kirche von Westfalen auf ihrer Synode 1983 einen Beschluß gefaßt hat, in dem sie dazu auffordert, alle Wege, die zur Verminderung der Arbeitslosigkeit führen könnten, unvoreingenommen zu prüfen. Das hat sie sogar einstimmig beschlossen. Dies schließt eine Ergänzungsabgabe, öffentliche Beschäftigungsprogramme und alle Formen der Arbeitszeitverkürzung ein. Die Synode bittet darum, all das unvoreingenommen zu prüfen. - Meine Behauptung ist: Viele politische Gremien haben sich geweigert, dies rechtzeitig unvoreingenommen zu prüfen.

(C)

Ich will darauf ein bißchen im einzelnen eingehen. Sicherlich tragen Arbeitgeber und Gewerkschaften Verantwortung bei der Gestaltung der Arbeitszeit und damit auch bei der Bereitstellung künftiger Arbeitsplätze. Nur kann man wohl sagen: Die Position des Kapitals gegenüber der der Arbeit ist bei hoher Arbeitslosigkeit außerordentlich stark, die Position der Gewerkschaften schwach. Die Gewerkschaften werden ihre Forderungen in einer Zeit der Vollbeschäftigung weit eher durchsetzen können als in einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit.

Dann ist die Frage: Wen stützt in einer solchen Situation die öffentliche Meinung der Bundesrepublik? Die Parteien CDU und F.D.P. haben es, so scheint mir, an einer Unterstützung der Gewerkschaften deutlich fehlen lassen. Sie haben ihr ganzes Gewicht in die falsche Waagschale gelegt. Anders kann ich mir die Äußerung von Herrn Kohl nicht erklären, die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit sei dumm, töricht und abwegig; so hatte er es formuliert.

(D)

Wenn Helmut Kohl, der einmal Geschichte studiert hat, noch ein bißchen Erinnerung gehabt hätte, hätte er gewußt, daß einer seiner Vorgänger, Ludwig Erhard, zu Beginn oder Mitte der 60er Jahre erklärt hat: Wir werden in absehbarer Zeit das Problem der Vollbeschäftigung nur mit dem Mittel der Kürzung der Wochenarbeitszeit lösen können. Bei einem bißchen Blick für das, was die Position eines seiner Vorgänger der gleichen Partei gewesen ist, hätte Kohl also zu ganz anderen Äußerungen kommen müssen.

Sicherlich trägt die Bundesbank Verantwortung. Sicherlich trägt der Gesetzgeber Verantwortung, z. B. bei der Regelung der Arbeitszeitordnung. Ich kann mich erinnern, daß wir in der Koalition mit der F.D.P. lange darum gekämpft haben, die Arbeitszeitordnung zu ändern und sie an den heutigen Stand anzupassen, an das, was heute nötig und möglich ist. Das ist am Bundeswirt-

(Trinius (SPD))

- (A) schäftsminister gescheitert, der damals von Ihnen gestellt wurde und auch heute von Ihnen gestellt wird. Der Gesetzgeber hat sicherlich Möglichkeiten, etwas im öffentlichen Dienstrecht zu tun, und er hat sicherlich auch Möglichkeiten, etwas bei den Investitionen zu tun.

Ich will daran erinnern, daß der Vorsitzende bzw. der Verhandlungsführer der Metallarbeitgeber Nordwürttemberg/Nordbaden, Hans-Peter Stiehl, kürzlich erklärt hat - ich entnehme es der "Süddeutschen Zeitung" -: Es war sicherlich ein Fehler der Arbeitgeber - das sagte also der Verhandlungsführer der Metallarbeitgeber -, daß sie zumindest am Anfang der Tarifaufeinandersetzung auf der 40-Stunden-Woche beharrt haben, ohne der IG Metall anzudeuten, daß selbstverständlich Kompromisse auch in dieser Frage möglich seien. Ich finde es gut, daß einer zu dieser Einsicht kommt. Ich finde es auch gut, daß er diese Einsicht öffentlich bekundet. Aber die Einsicht kommt spät, wenn nicht zu spät.

Der andere, nämlich Werner Stumpe, läßt wissen, daß diesmal mit kühlerem Kopf über das Thema verhandelt werden soll. Schöne Einsicht! Nur behaupte ich: Die Gesellschaft weiß - anders als die Gesellschaft am Ende der Weimarer Republik - heute, daß sie das Problem der Arbeitslosigkeit sehr wohl lösen könnte. Aber sie scheint nicht bereit zu sein, all das, was als Weg dazu in Frage kommt, auch wirklich zu gehen; denn das mag den einen oder anderen etwas kosten.

(B)

Da denke ich an die Ergänzungsabgabe. Ich kann mich erinnern, daß Norbert Blüm im Bundestagswahlkampf an der Ruhr erklärt hat: Selbstverständlich brauchen wir einen Solidarbeitrag der Bezieher höherer Einkommen! Und nach der Wahl war nichts mehr. Da ist eine Anleihe daraus gemacht worden, von der man von vornherein wußte, daß sie verfassungswidrig war. Und dann hat einem das Verfassungsgericht den Gefallen getan, daß es dieses Ding für verfassungswidrig erklärt hat. Damit war es noch nicht einmal Betrug, sondern da war es Pech, weil man sich im rechtlichen Mittel vergriffen hatte - dolle Konstruktion; das finde ich nicht gut.

Ich glaube, daß es da eine ganze Menge gibt, wo man rückfragen kann: Wer trägt hier eigentlich welche Verantwortung? Und wenn Sie die Frage an die SPD zurückgeben, dann kann ich nur sagen: Wir haben zu spät in der Öffentlichkeit darauf aufmerksam gemacht, daß die Arbeitszeitverkürzung wahrscheinlich der entscheidende Weg dabei ist, und - mit vielen anderen zusammen - zu lange nur auf das Wachstum gesetzt. Das war der Fehler.

Dann haben Sie, Herr Dorn, das Zukunftsinvestitionsprogramm unnötigerweise schlecht gemacht. Die eine Zahl von Ihnen stimmt ja. Als das Zukunftsinvestitionsprogramm, das wir Sozialdemokraten mit den Freien Demokraten damals unter Helmut Schmidt beschlossen hatten, ausgelaufen war, da war tatsächlich die Zahl der Arbeitslosen um etwa eine Million gestiegen. Nur, Herr Dorn: Solange das Zukunftsinvestitionsprogramm lief, sind unter den Bedingungen dieses Zukunftsinvestitionsprogramms tatsächlich 900 000 Leute mehr wirklich erwerbstätig gewesen, als Folge dieses Programms!

(C)

Und wenn Sie in das hineinblicken, was von den Arbeitsmarkt- und Berufsforschern in Nürnberg gesagt wird, dann bestätigen die uns heute im übrigen - das ist die andere Geschichte -, daß mindestens 70 000 der Arbeitsplätze, die neu geschaffen worden sind oder entstanden sind, auf eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit im Metallbereich um 1,5 Stunden zurückgehen. Stellen Sie sich vor, was passiert wäre, wenn da mehr hätte durchgesetzt werden können oder wenn ein Abschluß möglich gewesen wäre, der in Stufen über viele Jahre schon weitere Senkungen hätte einbringen können.

Frau Thoben, Sie haben von einer "Blockade moderner Entwicklung" gesprochen, vorgenommen durch die Sozialdemokraten, durch die sozialdemokratische Landesregierung hier in Nordrhein-Westfalen, und haben als großes Hemmnis insbesondere die Prüfung der Sozialverträglichkeit bei der Einführung neuer Technologien genannt. Umgekehrt wird ein Schuh daraus! Wenn ich mir Jugendliche ansehe, dann kann ich nicht feststellen, daß es da irgendeine Technikfeindlichkeit gibt. Die Technikfeindlichkeit, wo es sie denn überhaupt gibt, ist ein trügerischer Anschein und steht eigentlich für etwas anderes. Die spielen gern mit neuen technischen Geräten, auch elektronischen; das macht ihnen großen Spaß. Da ist keine Technikfeindlichkeit.

(D)

Aber wenn die erste Erfahrung von Jugendlichen ist: als die die neuen Techniken einführen, da haben sie nicht danach gefragt, ob anschließend für mich noch ein Platz ist, auf dem ich arbeiten und Geld verdienen kann - dann kann so etwas wie sozial verständliche Technikfeindlichkeit entstehen. Wer von modernen Techniken wirklich etwas hält, der muß vorab nicht nur danach fragen, ob sie auch sozial verträglich sind, sondern auch: Welchen sozialen Gewinn könnten sie abwerfen, und wem soll der soziale Gewinn dabei zugute kommen? Sonst kommt nämlich am Ende nur mehr Profit heraus, und das kann nicht der Sinn sein. Von dem, was wir gemeinsam

(Trinius (SPD))

- (A) schaffen, müssen beide Seiten - auf der sozialen Seite die Arbeit, auf der anderen Seite das hineingesteckte Kapital - etwas haben.

Deswegen sind Prüfungen über die Sozialverträglichkeit und das Abschätzen sozialer Folgen allemal sinnvoll und notwendig.

Ein Teil der Diskussion um die Kernenergie ist ja zeitweilig deshalb so irrational geführt worden, weil die Aufklärung über die Risiken nicht vollständig war. Wer riskante Techniken einführen will, der muß der Öffentlichkeit auch genau sagen, wie denn die Risiken aussehen. Das hat einen Großteil an Emotionalisierung bewirkt. Sie bekommen Vernunft nur dann hinein, wenn Sie vollständig aufklären und wenn Sie die weiteren Auswirkungen, auch die sozialen Auswirkungen, mit bedenken.

Dann haben Sie das Programm Zukunftstechnologien genannt, Frau Thoben. Das sehe ich nun auch anders. Im Bereich des Wissenschaftsministers läuft das gut. Das ist auch kein Zufall. Im Bereich der Wirtschaft spielt natürlich immer auch die jeweilige Auftragslage und die Zukunftsperspektive eines einzelnen Unternehmens eine Rolle; das hat der Wirtschaftsminister nicht im Griff. Aber das Programm Zukunftstechnologien in unseren Hochschulen findet wirklich Anklang: in der Öffentlichkeit, in den Hochschulen, auch in der Wirtschaft.

- (B) In diesem Zusammenhang sollte man meiner Meinung nach auch sagen, welche Breschen wir - nicht wir allein - in einem anderen Sektor bei Zukunftstechnologien geschlagen haben. Das sind all die Techniken, die sich mit der Beseitigung von Schäden in der Umwelt oder der Vermeidung künftiger Schäden in der Umwelt befassen - mit Sicherheit eine Zukunftstechnologie allergrößten Ausmaßes.

Wir sind froh darüber, daß unsere Hochschulen in Nordrhein-Westfalen dafür sehr aufgeschlossen sind, und wir haben interessanterweise in Nordrhein-Westfalen eine für Techniken auf diesem Feld sehr aufgeschlossene Industrie. Sie können das auf Messen sehr gut verfolgen, welche neuen Entwicklungen sich denn da ergeben.

Zur Steuerpolitik des Bundes, so scheint mir, hat Herr Dr. Diether Posser vorhin schon ausreichend Stellung genommen.

Herr Dorn, dann hatten Sie noch einen schönen Satz von Herrn Kühn angesprochen: Gesinnung sei kein Ersatz für Leistung. Das

Prinzip gilt nirgendwo, daß hier Gesinnung (C) Ersatz für Leistung sei.

(Zuruf des Abg. Dorn (F.D.P.))

Ich frage einmal andersherum - das ist ja eine herrliche Formulierung, aber auch eine Formulierung, die einen ganz anderen Gesichtspunkt außen vor läßt -: Was ist eigentlich Leistung ohne Gesinnung, bzw. was ist eigentlich Leistung, die nicht danach fragt, was denn eigentlich gemacht wird und wofür? Im politischen Geschäft - das wissen Sie so gut wie wir, und deswegen haben Sie bei personalpolitischen Entscheidungen auch immer Wert darauf gelegt, den Finger ein bißchen mit daran zu haben, solange wir eine Koalition hatten - spielt ja bei personalpolitischen Entscheidungen immer auch die Vertrauenswürdigkeit eine Rolle, nicht nur die Leistungsfähigkeit. Das ist ein ganz klarer Fall; das ist bei Ihnen so, und das ist bei uns natürlich auch so.

In diesem Zusammenhang möchte ich den Vorwurf von Frau Thoben erwähnen, wir hätten in kernenergiepolitischen Fragen Entscheidungen gefällt, die bloß am nächsten Wahltermin orientiert seien. Das ist nicht richtig. Wir Sozialdemokraten haben 1984 auf Parteitagen beschlossen: Kernenergie kommt für uns nur als Übergangsenergieform in Frage. - Diese Position ist nicht durch Tschernobyl ausgelöst, sondern durch Tschernobyl bestätigt worden. Das hat nun mit Opportunismus überhaupt nichts zu tun.

(D) Herr Schauerte, auf eine Bemerkung von Ihnen muß ich eingehen. Sie sagen, wir hätten einen Prozeß gewonnen, aus dem wir nichts bekämen.

(Schauerte (CDU): Für dieses Jahr! - Ha, ha! bei der SPD)

- Wir beraten den Haushaltsentwurf für 1987! Herr Dr. Pohl hat in der letzten Plenarsitzung gesagt, für seine Fraktion wolle und könne er erklären, Sie wollten die Position des Landes Nordrhein-Westfalen, das ja ungerecht behandelt worden ist, stützen und fördern, in der Öffentlichkeit und in Gesprächen mit Ihren Parteifreunden. Nachdem Herr Dr. Pohl das dankenswerterweise im Juli hier im Plenum erklärt hat und nachdem Dr. Diether Posser den Fraktionsvorsitzenden einen Brief geschrieben und sie darüber unterrichtet hat, welche Position er gegenüber dem Bundesminister für Finanzen in Verhandlungen einzunehmen gedenkt - er hat Ihnen auch die Zahlen genannt - und wann er das gerne durchsetzen möchte, hätte ich doch erwartet, Herr Schauerte, daß Sie hier er-

(Trinius (SPD))

- (A) klärt hätten: "Es stimmt, das Land ist ungerecht behandelt worden. Wir setzen uns für dieses Land Nordrhein-Westfalen in unseren Parteigremien, bei unseren Parteifreunden, auch bei der Bundesregierung ein."

Natürlich ist es so, daß das Land Nordrhein-Westfalen durch die Landesregierung vertreten wird. Aber die Landesregierung vertritt das Land! Sicherlich ist es so, daß die Landesregierung von einer Partei gestellt wird, die Sie nicht so sehr mögen; aber hier hat das Landesinteresse Vorrang. Und da erwarten wir von Ihnen nicht eine so dahingeworfene Bemerkung wie: "Da haben Sie zwar einen Prozeß gewonnen, aber aus dem bekommen Sie nichts." Es stehen da doch ein paar Millionen auf dem Spiel, und daran wollte ich Sie noch erinnern.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich darf Ihnen danken, Herr Abgeordneter. - Als nächster Redner spricht der Herr Ministerpräsident; ich erteile ihm das Wort.

Dr. Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will nur einige Bemerkungen zu der Debatte machen, die wir hier über unseren Haushalt miteinander führen. Ich war in der Tat davon ausgegangen, daß wir es so halten, daß die erste Lesung die finanzpolitische ist und die dritte dann die allgemeinpolitische wird. Aber nun bin ich ja von den Sprechern der beiden Oppositionsparteien mehrfach direkt angesprochen worden, und darum ein paar direkte Antworten dazu.

(B)

Herr Kollege Schauerte war der Meinung, dieser jetzt vorliegende Haushaltsentwurf sei meine Bewerbungsunterlage für die Kanzlerkandidatur in Bonn. Ich habe das bisher nicht so gesehen. Aber ich unterstelle einmal, daß das so ist. Wenn das logisch ist, dann war der Haushalt 1980 in einem noch sehr viel stärkeren Maße meine Bewerbungsunterlage für die Wahl im Mai 1980.

(Beifall bei der SPD)

Und dann war der Haushaltsentwurf 1985 meine Bewerbungsunterlage für den 12. Mai 1985!

(Erneut Beifall bei der SPD - Dr. Pohl (CDU): Billige Rabulistik!)

Dann komme ich zu dem Ergebnis: Die Bewerbung ist zweimal angenommen worden, einmal mit der Mehrheit der Mandate, ein zweites Mal

mit der Mehrheit der Mandate und der Stimmen. (C)

(Beifall bei der SPD - Dr. Pohl (CDU): Argumente für den Bundestagswahlkampf! Das ist doch langweilig.)

- Herr Kollege Pohl, Sie haben mich aufgefordert, ich solle einmal reden. Nun sage ich etwas, und dann gefällt Ihnen das nicht.

(Zuruf von der SPD: Er hört noch nicht einmal zu!)

Ich will jetzt diesen Haushaltsentwurf als Bewerbungsunterlage gelten lassen, und dann soll der Wähler seine Entscheidung treffen. Träfe er sie allein in Nordrhein-Westfalen, dann hätten nicht einmal Sie Zweifel am Ausgang dieser Entscheidung, denn Sie kennen die Zahlen ja auch.

(Dr. Linssen (CDU): Aber stark abgeleiert!)

Sie spüren ja auch die geringer werdende Resonanz Ihrer politischen Aussagen hier in der Landespolitik.

(Widerspruch bei der CDU - Ja, ja! bei der SPD)

Aber, sehen Sie, nun haben Sie Ihre Rede so aufgebaut, daß Sie gesagt haben: So war es 1979; das ist der erste Haushalt, den Rau eigentlich zu vertreten hat - Wahl im September 1978 -, und so ist es jetzt. Wäre der Haushalt 1978, den Sie als den Schlußstein der Zeit vor Rau sehen, so ideal gewesen, wie Sie ihn heute morgen dargestellt haben, dann hätten die Vertreter Ihrer Partei während der 12 Jahre von Heinz Kühn hier immer die falschen Reden gehalten. Denn 12 Jahre lang haben Sie den Haushalt abgelehnt; 12 Jahre lang haben Sie bei Heinz Kühn gesagt: Diese Bewerbungsunterlagen sind ein Offenbarungseid. (D)

Seit 20 Jahren regieren jetzt die Sozialdemokraten, und seit 6 Jahren regieren sie ohne Partner. Das hatte ich 1980 nicht einmal angestrebt; Herr Kollege Dorn wird sich erinnern. Er hat heute morgen gesagt, er habe mich damals mitgewählt, aber nur für 20 Monate. Das konnte doch so klingen, als hätte er mir 1980 die Stimme verweigert.

(Dr. Farthmann (SPD): Wie gern hätte er das getan!)

Davon war doch keine Rede: Er hatte keine,

(Beifall bei der SPD)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- (A) weil der Wähler eine Entscheidung getroffen hatte, die ich am Wahlabend bedauert habe - öffentlich -, und davon habe ich nichts zurückzunehmen.

Daß ich jetzt in der Funktion, die ich als Kanzlerkandidat zusätzlich wahrzunehmen habe, damit rechnen muß, daß die gegen mich geführte Sprache härter wird, pointierter, schärfer, das ist selbstverständlich; darüber habe ich mich nicht zu beklagen. Ich habe mich darüber auch nicht verletzt zu zeigen. Freilich sage ich: Mein Richter ist nicht Christa Thoben!

(Zustimmung bei der SPD)

Die Frage nach meiner Glaubwürdigkeit, Frau Abgeordnete, die kann man stellen, und sie muß beantwortet werden - von mir. Die Frage, ob diese Glaubwürdigkeit vorhanden ist, die entscheidet dann der Wähler, soweit Menschen entscheiden können. Es geht in der Politik nie um Wahrheit, sondern immer nur um Richtigkeit. Aber wer Mitspieler ist und sich dann in die Rolle des Schiedsrichters oder gar des Richters begibt, wer mich mit Untertönen vor ewige Richter zitiert - und das in einer Wahlkampfrede -, der muß sich fragen, ob das Bild nicht stimmt, daß derjenige, der mit einem Finger auf den anderen zeigt, nicht übersehen darf, daß drei Finger auf ihn selber zurückweisen.

(Zustimmung bei der SPD)

- (B) Für mich ist der Schutz des ungeborenen Lebens nicht erst seit dem Katholikentag eine der wichtigen und schweren Herausforderungen. Ich kann manchen Satz, den ich lese, nämlich daß das nur die Entscheidung der Frauen oder nur die Sache der Frauen wäre, nicht mitsprechen. Es geht nicht nur um die Frauen, es geht auch um die Männer.

(Zuruf des Abg. Dr. Linssen (CDU))

- Richtig. Ich kann auch einmal etwas zitieren, dem ich zustimme. Ich muß zugestehen, daß ich die Lösung nicht kenne. Ich weiß nur, daß es im Bundestag gegenwärtig keine Partei gibt, die das Gesetz ändern will. Es gibt im Bundestag gegenwärtig keine Partei, die die soziale Indikation wieder aus dem Gesetz herausnehmen möchte, weil der Rückweg zur Strafe allen falsch erscheint.

(Dr. Pohl (CDU): Aber jetzt geht es weiter!)

Jetzt stehen wir vor der Frage, ob unsere Gesellschaft Hilfen anbieten kann und wie diese Hilfen aussehen.

(Dr. Pohl (CDU): Jetzt bin ich gespannt!)

In diesem Punkte lautet meine Antwort - und so lautet sie seit Jahren; ich habe im Bundesrat Entsprechendes vorgetragen -: Nach meiner Überzeugung kann diese Hilfe nicht in einer finanziellen Zuwendung ohne Rechtsanspruch an diejenigen bestehen, die sich an entsprechende Stellen wenden. Wir benötigen andere Lösungen. Das habe ich gesagt. (C)

(Dr. Pohl (CDU): Sehr schön!)

Wir werden darüber nachdenken müssen, ob ein Rechtsanspruch gebildet werden kann.

(Dr. Pohl (CDU): Dann wird es aber Zeit, wenn das notwendig ist!)

Darüber werden wir dann gemeinsam sprechen.

(Dr. Linssen (CDU): Die Diskussion ist aber schon länger im Gange!)

- Sicher dauert die Diskussion schon lange an. Sehen Sie einmal die Diskussion in Ihrer eigenen Partei an. Es ist doch nicht so, als ob bei Ihnen alles stromlinienförmig gewesen wäre. Erinnern Sie sich doch einmal der Diskussion der Frauen innerhalb der CDU im Verhältnis zur Gesamtpartei.

Ich erkläre hier, daß ich dafür noch keine Lösung habe, füge aber hinzu: Wer glaubt, mir aus der Tatsache, daß ich den Weg der Stiftung "Mutter und Kind" nicht für den richtigen halte, einen moralischen Vorwurf machen zu können, der geht nach meiner Überzeugung fehl und hat mein Gewissen damit nicht belastet. (D)

(Zuruf von der F.D.P.: Wir reden doch über den Haushalt!)

- Aber ich bin doch darauf angesprochen worden, Herr Kollege. Deshalb werde ich mich dazu äußern dürfen.

Präsident Denzer: Herr Ministerpräsident, darf ich Sie einen Moment unterbrechen! - Wenn es nach diesen strengen Regeln ginge - das darf ich noch einmal für das ganze Haus sagen -, dann wären manche Reden zu unterbrechen gewesen. Aber wir wissen alle, daß es zu den Haushalts- und Etatberatungen gehört, alle die Probleme anzusprechen, die Politik sind und die das skizzieren, was die Regierung oder die Fraktionen im Hause betreiben wollen. Das sollten wir uns gegenseitig zugestehen.

(Allgemeiner Beifall)

Herr Ministerpräsident!

- (A) Dr. Rau, Ministerpräsident: Ich höre den Vorwurf, daß ich nicht im Bundestag spreche. Hierfür gibt es unterschiedliche Traditionen. Willy Brandt hat 1961, nach dem Mauerbau, einmal im Bundestag geredet. Er war damals Kanzlerkandidat, aber er hat wegen der Situation Berlins das Wort ergriffen.

Ich selber habe es bei späteren Kanzlerkandidaturen für falsch gehalten und dies auch öffentlich geäußert, daß jemand, der von der Verfassung her das Recht hat, über die Bundesratsbank im Bundestag zu sprechen, dies nutzt, um seine parteipolitische Sicht der Dinge - mag sie richtig oder falsch sein - vorzutragen. Darum bin ich bisher nicht dorthin gegangen, sondern habe im Bundestag gesprochen, wenn es die Interessen des Bundesrates oder die Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen geboten erscheinen ließen.

(Beifall bei der SPD)

Dafür handele ich mir Kommentare ein wie "Rau kneift".

(Rüsenberg (CDU): Die haben recht!
- Schauerte (CDU): Sie kneifen bewußt!)

Ich kneife nicht, aber ich habe diese Reaktion einkalkuliert. Ich werde im Bundestag reden, wenn ich dort eine Regierungserklärung abzugeben habe, also im Frühjahr.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Im Bundesrat werde ich das Wort ergreifen, so wie ich es bisher gehalten habe.

Im übrigen rechne ich die Tage, bis wieder in der Sache geredet wird und bis die Stockungen weg sind, die gegenwärtig die Diskussion nach meiner Überzeugung belasten. Aber wenn Sie mich morgens ansprechen, ich solle doch wenigstens hier etwas sagen, dürfen Sie nicht anschließend reklamieren, wenn ich etwas zu den Themen sage, die Sie angesprochen haben.

(Beifall bei SPD und CDU - Zurufe von der CDU: Völlig richtig!)

Die Situation unseres Landes Nordrhein-Westfalen, auch die finanzielle Situation des Landes Nordrhein-Westfalen, auch die Notwendigkeit, Kürzungen vorzunehmen - auch in Titeln des Arbeits- und Sozialministers -, war mir doch bewußt, als ich mich bereit erklärt habe, diese Kanzlerkandidatur anzunehmen. Darum nehme ich es hin, daß Sie die Kürzun-

gen in diesen Landeshaushalt so werten, wie Herr Arentz das bundesweit zu tun versucht.

(C)

(Dr. Linssen (CDU): Mit Erfolg!)

- Sprechen wir im Februar darüber, Herr Kollege, mit welchem Erfolg. - Bloß, was mich immer stört, ist die Unvollständigkeit der Angaben. Man könnte doch, wenn man schon schreibt, was wir bei den Sozialleistungen alles kürzen müssen, einmal hinzufügen, was wir alles haben drauflegen müssen, weil die Sozialhilfe so gestiegen ist, von 11 Milliarden DM auf über 20 Milliarden DM im Bundesgebiet, wegen einer falschen Politik.

(Zustimmung bei der SPD - Schauerte (CDU): Aber die Sozialhilfe ist um 10 % erhöht. Wollen Sie das angreifen?
- Henning (SPD): Werden Sie schon wieder hektisch?)

- Herr Kollege Schauerte, ich habe im niedersächsischen Wahlkampf etwa 40mal an den Wochenenden geredet. Ich habe versucht, meinem Freund Gerhard Schröder zu helfen, damit er da Ministerpräsident wurde. Das Ergebnis ist Ihnen bekannt.

(Kuhl (F.D.P.): Hat auch nichts genutzt! - Weiss (CDU): Eine Stimme fehlte.)

- Nein, es fehlte eine Stimme,

(Weiss (CDU): Für die Regierung!)

(D)

Albrecht abzuwählen. Aber Gerhard Schröder hat doch nicht eine Stimme weniger als die absolute Mehrheit gehabt.

(Schauerte (CDU): Nein, aber mit den Grünen haben Sie gerechnet.)

- Aber nein, aber nein! Zu den Grünen kann ich Ihnen auch noch etwas sagen.

(Schauerte (CDU): Bester kalkulatorischer Bestand! - Weitere Zurufe von der CDU - Dr. Farthmann (SPD): Schauerte lärmt!)

Herr Kollege Schauerte, einer meiner Ministerpräsidentenkollegen hat mir vor einigen Tagen gesagt: Daß Sie nicht mit den Grünen gehen, wissen wir und glauben wir Ihnen; aber daß wir es publizistisch ein bißchen anders darstellen, werden Sie uns ja nicht übelnehmen. - Wörtliches Zitat!

(Heiterkeit bei der SPD - Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- (A) - Es gibt auch keine Ersatzkandidaten, und es kommt auch keiner aus der Hinterhand.

(Stump (CDU): Aha!)

Ich gehe nicht mit den Grünen aus zwei Gründen: Erstens, weil ich glaube, daß die Probleme dieser Industriegesellschaft nur gelöst werden können mit den Mitteln der Industriegesellschaft und nicht durch Ausstieg aus der Industriegesellschaft.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung des Abg. Schauerte (CDU) - Nagel (CDU): Nürnberger Parteitag!)

Da füge ich hinzu: Die Entwicklung anderer Energien und das Energiesparen nicht auf Kosten des Verbrauchers, sondern durch intelligentere Technik ist für mich kein Ausstieg aus der Industriegesellschaft, sondern eine neue Herausforderung.

(Beifall bei der SPD)

Und ich sage Ihnen: Es wird nur ein paar Jahre dauern, dann werden Sie auf dem gleichen Pfad wandeln, auf dem wir im Augenblick bei noch unsicherem Gelände die Spuren legen. Da werden Sie auch noch ankommen. Das war der eine Grund, den ich Ihnen sagen wollte.

- (B) Der zweite Grund, warum es keine taktische Frage ist, daß ich nicht mit den Grünen gehe, ist die Tatsache einer unvereinbaren Außen- und Sicherheitspolitik. Die Grünen wollen nämlich aus dem Bündnis aussteigen.

(Leifert (CDU): Wer sagt das denn noch?)

Sie haben das beschlossen. Für die Sozialdemokraten ist bei aller Kritik und aller Diskussion innerhalb des Bündnisses das Bündnis selbst nicht zur Disposition zu stellen, weil wir es zu unserem Schutz und zu unserer Sicherheit brauchen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der CDU - Dr. Pohl (CDU): Hoffentlich wissen sie das!)

Das sage ich als derjenige, der die Verantwortung für diesen 25. Januar und für die Position der SPD im Blick auf die Bundestagswahl hat.

(Dr. Pohl (CDU): Ich habe ja auch nur die Hoffnung für den Rest geäußert.)

Das habe ich in Nürnberg gesagt. Wie Sie wissen, bin ich in Nürnberg nicht gerade von

- einer Flut von Gegenstimmen nach meiner Rede ins Abseits gestellt worden. (C)

(Frau Friebe (SPD): Und das in geheimer Wahl! - Schauerte (CDU): Das war aber nicht überraschend.)

Aber ich sage Ihnen, daß diejenigen, die mich da nominiert haben, diese Position gekannt und angenommen haben. Das wird auch in den kommenden Beschlüssen deutlich werden.

(Leifert (CDU): Bis zum 25. Januar!)

- Daß Sie CDU sind, weiß ich doch; das müssen Sie nicht immer durch Zwischenrufe bestätigen.

Ich sprach davon, daß ich etwa 40 Veranstaltungen in Niedersachsen gemacht habe, und habe Ihnen auch das Ziel genannt. Ich habe in keiner dieser Veranstaltungen dem Kollegen Albrecht die Höhe der Arbeitslosigkeit in Niedersachsen vorgeworfen. Die lag damals ein Stück über der unseren.

(Dr. Farthmann (SPD): Auch heute noch!)

Heute sind es noch 0,1 %. Ich habe das deshalb nicht getan,

(Schauerte (CDU): Weil das gefährlich war!)

- weil ich davon überzeugt bin, daß Landesregierungen zwar bestimmte Korrekturen vornehmen können, wie wir sie mit unseren Programmen zur Bekämpfung der Ausbildungsnot und der Jugendarbeitslosigkeit vornehmen, daß aber der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit nicht länderspezifisch geführt und gewonnen werden kann, sondern das ist eine bundespolitische Herausforderung. (D)

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD - Schauerte (CDU): Hat das Herr Schröder auch so getan?)

- Jetzt ist es Ihnen nicht einmal recht, daß ich Ihnen meine Meinung sage, jetzt fragen Sie noch, wie denn die Meinung der anderen ist.

(Schauerte (CDU): Dem wollten Sie doch helfen!)

Ich sage Ihnen jedenfalls, die Tatsache, daß in Nordbayern eine hohe Arbeitslosigkeit ist und daß sie in Ostfriesland wesentlich höher ist - -

(Kuhl (F.D.P.): Reden Sie doch über NRW! - Dr. Farthmann (SPD): Brandmeister Kuhl versteht das nicht!)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- (A) - Ach, Herr Kollege, da reden Sie hier stundenlang davon, daß ich ständig als Kanzlerkandidat mit Themen außerhalb NRW beschäftigt wäre; und wenn ich dann davon spreche, ist Ihnen das nicht recht.

(Zurufe von der CDU)

Ich setze mich mit einem Argument eines Abgeordneten auseinander, das er mir heute morgen vorgehalten hat, als er gesagt hat, wir in Nordrhein-Westfalen hätten die höchste Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik. Das war falsch. Und die Schlüsse, die er daraus gezogen hat, waren ebenso falsch.

(Dr. Rohde (F.D.P.): Genauso, wie Ihre falsch sind!)

- Das mag ja sein, Herr Rohde, daß Sie meine für falsch halten. Dann stellen Sie doch Ihre dagegen.

(Abg. Dr. Rohde (F.D.P.) meldet sich zu einer Zwischenfrage. - Zuruf von der SPD: Setz dich! - Weitere Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Dr. Rohde, Sie wollten eine Zwischenfrage stellen. Bitte sehr!

- (B) Dr. Rohde (F.D.P.): Herr Ministerpräsident, würden Sie denn nicht sagen, daß zwischen einem reichen Land wie Nordrhein-Westfalen, das heruntergewirtschaftet worden ist, und einem Land wie Niedersachsen, das erst den Weg nach oben machen muß, ein ganz erheblicher Unterschied besteht?

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Zurufe von der SPD)

Dr. Rau, Ministerpräsident: Herr Kollege Rohde, mir ging es nicht um den Vergleich Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, sondern um die Aussage, daß Arbeitslosigkeit nicht länderspezifisch bekämpft werden kann. Aber ich füge hinzu: Ich teile Ihre Beurteilung nicht, daß Nordrhein-Westfalen heruntergewirtschaftet worden ist, und ich nehme auch die Wirtschaftsminister, die Sie hier 15 Jahre gestellt haben, vor dieser Verleumdung in Schutz.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Ministerpräsident, erlauben Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Linssen?

(Ministerpräsident Dr. Rau: Ja)

- Bitte schön!

- (C) Dr. Linssen (CDU): Herr Ministerpräsident, würden Sie denn dem Hohen Hause bestätigen, daß, wenn man überhaupt ein Kriterium für die Beurteilung der Frage, ob gut oder schlecht gewirtschaftet worden ist, herannimmt, dies nur der Haushalt sein kann und dieser Haushalt dann durchaus eine objektive Beurteilung zuläßt?

(Zurufe von der SPD: Nein!)

Dr. Rau, Ministerpräsident: Der Haushalt ist ein wichtiges Kriterium. Ich weiß nicht, ob Sie schon dabei sein konnten, als ich sagte, es gäbe offenbar drei Haushalte, die meine Bewerbungsunterlagen seien: Der Haushalt für das Jahr 1980

(Schauerte (CDU): Der war schlimm!)

- diese Bewerbungsunterlage hätte ich abgegeben und da hätte ich die Mehrheit der Mandate bekommen -, dann der Haushalt 1985 - da hätte ich die Mehrheit der Stimmen bekommen -, und nun machte ich mit diesem Haushalt den dritten Versuch. So habe ich Herrn Schauerte zu interpretieren versucht, und dazu stehe ich.

(Dr. Pohl (CDU): Rabulistik!)

- Herr Kollege Pohl, der Begriff Rabulistik ist kein Schimpfwort; das ist eine hohe Tradition. Aber ich wollte gar nicht rabulistisch sein, sondern ich wollte Herrn Schauerte beim Wort nehmen.

(D) Ich sage also in den wenigen Bemerkungen, die ich hier machen konnte und machen wollten: Der Haushalt, den wir vorlegen, ist nicht unter Wahlg Gesichtspunkten zustande gekommen, sondern er entspricht den Möglichkeiten und den Zwängen des Landes. Er ist verantwortlich zustande gebracht worden. Wir stehen zu jeder Entscheidung, die diesem Haushalt vorangeht, und wir haben ihn im Kabinett einstimmig beschlossen. Das von der "Wirtschaftswoche" festgestellte Chaos im Kabinett, Herr Kollege Dorn, gibt es nicht. Es gibt allerdings einen Regierungsstil, der nicht allen gefällt.

(Nagel (CDU): Dem Bäumer nicht!)

- Hans Otto Bäumer hat er dann auch nicht mehr gefallen, und er hat daraus Konsequenzen gezogen. Wir haben das hier miteinander diskutiert. Ich gestehe Ihnen ganz offen: Mich schmerzt es, wenn ein Minister glaubt zurücktreten zu müssen. Aber noch mehr schmerzen mich Bundesregierungen mit Mitgliedern, die einfach nicht zurücktreten können, obwohl es höchste Zeit wäre.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

- (A) Vizepräsident Dr. Klose: Der Vorsitzende der Oppositionsfraktion der CDU, Herr Dr. Worms, hat ums Wort gebeten. Ich erteile es ihm unter Hinweis auf § 59 Abs. 2 der Geschäftsordnung.

Dr. Worms (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, zu dem, was Sie ausgeführt haben, will ich drei Bemerkungen machen, drei Bemerkungen, von denen ich der Meinung bin, daß es höchste Zeit ist, daß sie vorgetragen werden.

Erstens: Alle Hinweise auf Beratungen im Ältestenrat über den Ablauf der Plenarsitzungen zum Haushalt 1987 sind insofern fehlend und auch fehlinterpretiert, als wir uns im Ältestenrat nur darauf geeinigt haben, diese Diskussionen zu straffen, wobei wir allerdings im Ältestenrat unterstellt haben, daß sich eine Landesregierung, ein Ministerpräsident in der ersten Lesung, in der zweiten Lesung und in der dritten Lesung dem Hohen Hause zu dem stellt, was er als Chef einer Landesregierung mit dem vorgelegten Etat zu verantworten hat.

(Zustimmung bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Zweitens: Frau Kollegin Thoben und Herr Kollege Schauerte haben - und darauf sind wir ein wenig stolz - in sehr beeindruckender Form, Herr Ministerpräsident,

- (B) (Zurufe von der SPD)

einmal die Widersprüchlichkeiten zwischen Reden und Handeln hier vor dem Hohen Hause aufgedeckt.

(Erneut Zustimmung bei der CDU - Weitere Zurufe von der SPD)

Zweitens: Herr Ministerpräsident, Sie haben eben - ich habe das so festgestellt - sehr betroffen auf Aussagen im Zusammenhang mit § 218 reagiert. Ich möchte Ihnen für meine Fraktion noch einmal folgendes sagen: Wenn es möglich ist, daß wir im Interesse des Naturschutzes und der Heimat im Lande Nordrhein-Westfalen in dieser Zeit eine Stiftung ins Leben rufen können, sie mit einem bestimmten Betrag ausstatten können, dann muß es zwischen Demokraten auch einen Konsens geben, eine Stiftung ins Leben zu rufen, die im Ergebnis dem Schutz von unbereinigtem Leben dienen soll.

(Beifall bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, Sie müssen sich in diesem Zusammenhang daran erinnern lassen,

- (C) daß wir Sie daran messen werden, was Sie auf dem Katholikentag in Aachen gesagt haben und was durch das Handeln Ihrer Regierung und der sie tragenden Fraktion hier im Landtag und damit im Lande Nordrhein-Westfalen offenbar wird.

(Erneut Beifall bei der CDU)

Das Dritte! Meine Damen und Herren, machen wir uns doch nichts vor - es ist leider aus anderen Gründen nicht die Zeit, das jetzt weiter auszuführen, deshalb in aller Kürze -: Wir müssen heute feststellen, daß dieser Etat durch zwei Begriffe ausgeglichen wird, durch globale Mehreinnahmen auf der linken Seite und globale Minderausgaben auf der rechten Seite. Diese beiden Begriffe hätten jeden D-Mark-Betrag in sich aufgenommen. Sie waren und sind im Grunde genommen doch Ausdruck dessen, daß heute schon, 1986, dieser Etat in Wahrheit nicht mehr ausgleichsfähig ist.

(Zustimmung bei der CDU)

Herr Ministerpräsident Rau, diese Politik ist das Ergebnis von Dutzenden von Entscheidungen im Laufe der Jahre von, wie ich einmal annehme, 1970 bis 1986.

Ich will Ihnen genau sagen, woran das liegt. Als Sie 1966 folgende die Regierung übernommen haben, haben Sie geglaubt, dieses Land regieren zu können, indem Sie immer wieder in der Vorschau sogenannte Nordrhein-Westfalen-Programme entwickelt, diese dann mit allen gesellschaftlichen Gruppen im Lande abgesprochen und sie anschließend in das Regierungshandeln überführt haben. Spätestens 1978, als der damalige Wirtschaftsminister, unser heutiger Landtagskollege Riemer, hier vom Rednerpult erzählte,

- (D)

(Heiterkeit bei der SPD)

uns, der CDU-Opposition sagte - er hat es in der Form des Erzählens getan, was nicht negativ gemeint ist -: bitte, nehmt Abschied von diesen NWP, sie sind in der Realität unseres Landes nicht mehr haltbar -, spätestens in dem Augenblick hätte die haushaltsmäßige Kurskorrektur beginnen müssen. Aber das Gegenteil war der Fall.

(Zustimmung bei der CDU)

Die Erwartungshorizonte auf allen Gebieten der Landespolitik sind - aus welchen Gründen auch immer - immer wieder bedient worden. Es ist heute häufig gesagt worden: Es standen Wahlen an, es mußten bestimmte politische Persönlichkeiten gestützt werden. Das ist

(Dr. Worms (CDU))

- (A) auch der wahre Grund, weshalb Herr Bäumer gegangen ist.

(Zustimmung bei der CDU - Nagel (CDU): Sehr richtig!)

Herr Bäumer hat uns doch hier gesagt, daß er nicht mehr bereit ist, diesen Kurs mit zu stützen.

Theo Schwefer und andere haben in früheren Jahren schon gesagt: Diese Politik endet am Baum. Irgendwann einmal wird sie zusammenbrechen. - Wir stehen heute in der Tat vor diesem Zusammenbruch. Verehrter Herr Ministerpräsident und Herr Finanzminister, in der heutigen Debatte geht es doch um die Frage, ob das, was Sie dem Lande und seinen Bürgern mit der Zurückführung der Nettoneuverschuldung mitteilen, real ist oder ob es lediglich das Ergebnis eines im Grunde genommen zusammengeschriebenen Zahlenwerks ist. Darum geht es doch in der heutigen Diskussion.

Herr Kollege Schauerte hat insoweit wirklich einmal die Finger in die Wunden unserer Landespolitik gelegt.

(Zustimmung bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Er hat hier in der Tat offenbar gemacht - Sie haben es in der Sache nicht widerlegen können -, warum und weshalb dies so ist.

- (B) Herr Finanzminister Posser, ich habe noch jede Rede, die Sie hier gehalten haben, im nachhinein gelesen, weil ich Ihnen wirklich abnehme, daß Sie sich um Redlichkeit, um Offenheit, um Wahrheit und Klarheit bemühen. Wenn man Ihre Reden liest - ich werde morgen früh in meinem Redebeitrag noch darauf zurückkommen -, stellt man immer wieder fest: Sie beschreiben die Sachverhalte, Sie deuten die Ursachen an, Sie zeigen aber nicht das auf, was notwendig ist, nämlich daß man diese Ursachen auch heilen kann.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das sind eben die harten Einschnitte. Darum ist es uns hier und heute gegangen. Nur aus politischen Gründen, Herr Finanzminister, haben Sie einen Brief an Ihre Fraktion geschrieben. Sie haben nicht die Kraft, zu dem zu stehen, was Sie in dem Brief an Ihre eigene Fraktion zum Ausdruck gebracht haben.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Das ist im Grunde unser Anliegen gewesen.

Ein letztes! Verehrte Anwesende, ich hoffe, daß das, was ich jetzt sage, nicht eintritt; ansonsten würde ich den Präsidenten bitten, für morgen früh eine Sondersitzung des Ältestenrats einzuberufen. Der Landtag Nordrhein-Westfalen behandelt heute und in den nächsten Tagen, Wochen und Monaten den Haushaltsplan des Landes. Das steht hier im Vordergrund. Wir haben im Ältestenrat dankbar registriert, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund darauf verzichtet hat, heute vormittag eine Pressekonferenz durchzuführen; denn diese Pressekonferenz hätte in der Tat die hier anwesenden Medienvertreter von der Diskussion im Landtag abgelenkt. Herr Ministerpräsident, ich hoffe nicht, daß es wahr ist, daß Sie jetzt eine Pressekonferenz zu einem Vorgang geben oder schon gegeben haben, der mit der Landespolitik, mit der Beratung des Etats 1987 nichts zu tun hat. Ich meine eine Pressekonferenz über Asylfragen, zu denen Sie nicht in Ihrer Eigenschaft als Ministerpräsident eines Bundeslandes, sondern nur als Kanzlerkandidat der SPD sprechen können. Ich hoffe, meine Damen und Herren, daß das nicht der Fall ist; denn dann würden wir darauf bestehen, daß das, was die Fraktionen einstimmig beschlossen haben, nämlich daß sich Parlament und Regierung in einer solchen Debatte dem Hohen Hause persönlich zu stellen haben, auch von Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD-Mehrheitsfraktion, eingehalten wird.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Ihnen, Herr Ministerpräsident, das Wort. (C)

Dr. Rau, Ministerpräsident: Herr Kollege Worms, natürlich gebe ich keine Pressekonferenz und keine Presseerklärungen, während hier der Haushalt des Ministerpräsidenten bzw. der Landeshaushalt beraten wird. Deshalb habe ich bis jetzt kein Wort gesagt. Ich habe allerdings dem Präsidenten gesagt: Wenn die Debatte über den Hauptpunkt des Haushalts beendet ist, würde ich ganz gern einmal in die Staatskanzlei gehen, weil eine Reihe von Fragen an mich gestellt werden. Ich habe den Präsidenten gefragt, ob er das für denkbar hielte. Aber das geht natürlich nicht, ohne daß man mit den Fraktionen darüber gesprochen hat. Deshalb gibt es keine Entscheidung; so etwas muß man vorher abstimmen. Also keine Sorge in diesem Punkt!

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile jetzt ebenfalls unter Hinweis auf § 59 Abs. 2 der Geschäftsordnung Herrn Prof. Dr. Farthmann für die Fraktion der SPD das Wort. (D)

- (A) Dr. Farthmann (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir hatten eine Absprache getroffen, nach der die Haushaltsdebatte heute so aussehen sollte, daß es die Stunde der Haushaltspolitiker ist. Ich habe auch lange Zeit versucht, mich daran zu halten. Aber nachdem nun die Diskussion eine Wende genommen hat und sehr viel mehr ins Grundsätzliche geht, fühle ich mich nicht mehr an diese Absprache gebunden und möchte auch meinerseits ein paar Worte zur Haushaltsdebatte sagen. Dabei will ich gar nicht mit den Experten des Haushalts- und Finanzausschusses zu konkurrieren versuchen, sondern ich möchte einige Bemerkungen zur grundsätzlichen Frage, wie wir eigentlich miteinander umgehen, machen. Ich tue das um so nachdrücklicher, nachdem Sie, Herr Worms, sehr engagiert dazu gesprochen haben.

Ich will anfangen mit dem "Arentz-Papier", das ja sehr viel Wirbel verursacht hat. Ich sage dazu mit großem Ernst: Natürlich kann man darüber diskutieren, ob wir nicht für soziale Maßnahmen in der Vergangenheit zuviel Geld ausgegeben haben. Wir sind in der Tat in Nordrhein-Westfalen in zahlreichen Punkten führend, wobei uns andere Länder zum Teil unverhohlen entgegenhalten: Wenn ihr finanziell im Verhältnis zu den anderen Ländern nicht mehr so dasteht, wie das noch vor 20 oder 30 Jahren der Fall war, dann könnt ihr euch so etwas nicht mehr leisten!

- (B) Es besteht kein Zweifel daran, meine Damen und Herren: Nordrhein-Westfalen gibt etwa für Weiterbildung mehr aus als alle anderen Bundesländer zusammen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Nordrhein-Westfalen gibt für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit mehr aus als alle anderen Bundesländer zusammen!

(Erneut Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Es hat ja auch die meisten arbeitslosen Jugendlichen!)

Man kann natürlich darüber streiten, ob das richtig ist. Nur, meine Damen und Herren, man kann nicht darüber streiten, ob Politiker derselben Partei in dem einen Saal sagen können, es werde zuviel ausgegeben und es seien unverantwortlich hohe Zinsen zu zahlen, während in dem anderen Saal Vertreter derselben Partei - teilweise sind es dieselben Politiker - erklären, es würden Sozialleistungen in unverantwortlicher Weise gekürzt.

(Aigner SPD: So ist es! - Zustimmung bei der SPD)

- (C) Meine Damen und Herren, in der vorigen Debatte habe ich betont, dies sei widersprüchlich. Ich dachte, Sie hätten gemerkt, was dieser Vorwurf bedeutet. Wenn Sie das aber nicht begreifen, dann muß ich Ihnen sagen: Eine solche Debatte, die Sie da führen, ist verlogen!

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Entweder kritisieren Sie uns, weil wir zuviel für soziale Leistungen ausgeben, und erklären, wir müßten beschleunigt unsere Haushalte zurückfahren, sollten weniger Geld ausgeben und müßten mehr sparen. Das ist durchaus legitim. Sie können aber auch sagen: Nordrhein-Westfalen hat schwierige soziale Verhältnisse, tut immer noch nicht genug, hätte die sozialen Positionen überhaupt nicht kürzen dürfen und müsse noch mehr an der Spitze liegen als bisher. Beides gleichzeitig aber können Sie nicht verlangen; dann können Sie nicht erwarten, daß der Bürger Ihnen das abnimmt!

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Das gleiche können wir auch hier durchbuchstabieren, Herr Kollege Worms. Eben haben Sie Herrn Kollegen Schauerte wegen seiner Rede sehr gelobt; er hat diese Punkte für Ihre Partei ja im wesentlichen vorgetragen. - Herr Kollege Schauerte ist gerade nicht da; das will ich jetzt auch gar nicht kritisieren. Vielmehr will ich sogar hinzufügen: Ich nehme Herrn Schauerte ab, daß er an das auch glaubt, was er hier sagt.

(Heiterkeit und Zurufe bei der SPD - Gegenrufe)

Ich glaube sogar, er ist davon überzeugt, daß das richtig sei.

(van Schewick (CDU): Wie Sie auch!)

- Ja, wie ich auch! Ich finde es nett, daß Sie mir das unterstellen.

(Heiterkeit - Zurufe)

Allen Politikern unterstellt man das ja nicht; tun Sie es bei mir, dann steht es schon 1 : 0! - Jedenfalls tue ich das bei Herrn Schauerte auch. Nur, Herr Schauerte merkt in seinem Eifer offenbar gar nicht, in welche Widersprüche er sich von einem Satz zum anderen verstrickt. Herr Schauerte stellt sich heute morgen hier hin und kritisiert, wir hätten zuviel Personal im Landesdienst. Dabei will ich ihm gern zugeben - diese Frage hat

(Dr. Farthmann SPD)

- (A) er ja auch angesprochen -: Es ist sehr, sehr schwierig, unsere Personalsituation mit der anderer Länder zu vergleichen - ein Teil der anderen Länder hat Stadtstaatenstruktur; da ist ein Vergleich ohnehin nicht möglich -, auch wegen der bei uns bestehenden Landschaftsverbände -: dieses Thema hat Herr Schauerte ebenfalls angesprochen. Da kann man trefflich streiten!

Ich gebe Ihnen für unsere Fraktion mein Wort: Ich wäre sofort damit einverstanden, wenn wir uns in dieser Frage wirklich einmal ein redliches Bild verschafften, ob unsere Verwaltung übersetzt ist oder nicht.

Nur, meine Damen und Herren von der CDU, wenn Sie sich hier hinstellen und kritisieren, wir hätten zuviel Personal im öffentlichen Dienst, und gleichzeitig beantragen, 1 500 Lehrer und auch Polizeibeamte mehr einzustellen, dann ist das unredlich und verlogen!

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Sie müssen sich für eines entscheiden!

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Ich wiederhole, meine Damen und Herren: Man kann im Eifer des Gefechts das eine sagen, man kann das andere sagen, aber nicht beides zugleich!

- (B) Ein drittes Beispiel will ich Ihnen auch noch nennen. Wer erinnert sich denn nicht - es ist noch gar nicht so lange her; diesmal ist der Abstand zwischen der Debatte über zwei Haushalte ja kürzer -, wie wir zu Anfang des Jahres hier gestanden und unsere Position vertreten haben! Ich erinnere mich noch genau daran, daß ich bei der Beratung des Haushalts 1986 hier stand, unsere Position vertrat und dabei heftige Gegenwehr von Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU, spürte - Sie machten auch zahlreiche Zwischenrufe -, als es nämlich um die Frage ging, die zu behandeln von Ihnen, Herr Kollege Worms, ausdrücklich beantragt worden war: den Zinsaufwand geringer und die Steuereinnahmen höher einzuschätzen, weil Sie eine noch höhere Verschuldung wollten.

Damals habe ich Ihnen ausdrücklich gesagt: Wenn Sie damit recht haben sollten, daß die Zinsen sinken und wir für Zinsen nicht soviel auszugeben brauchen, wie der Finanzminister ausgerechnet hat, oder wenn die Steuerquellen besser sprudeln, als wir das annehmen, und unsere Steuereinnahmen höher wären, dann muß es doch wohl in der Logik Ihrer

Argumentation liegen, die Nettokreditaufnahme zu verringern, nicht jedoch, auf neue Ausgaben zu drängen!

(Zurufe von der CDU - Gegenrufe - Unruhe)

Das kann ich ja noch verstehen. Aber wenn Sie uns gleichzeitig einer unsoliden Haushaltspolitik beschuldigen, meine Damen und Herren von der CDU, dann ist das nicht mehr redlich, und dann kann man darauf vernünftig auch nicht mehr antworten.

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD)

Wenn wir demnächst in die zweite und dritte Runde der Beratungen gehen, begegnen wir uns ja alle noch einmal. Ich möchte Sie deshalb herzlich bitten, sich darauf zu verständigen, welche Position Sie einnehmen wollen. Jedenfalls können Sie nicht zwei Positionen gleichzeitig einnehmen, die sich gegenseitig ausschließen - sowohl von der Logik wie von der Glaubwürdigkeit her!

(Erneute Zustimmung bei der SPD)

Und nun noch einige Bemerkungen zu dem Thema der Schwangerschaftsunterbrechung, bei dem man sich allerdings fragt, was es überhaupt mit den Haushaltsberatungen zu tun haben soll.

(Zurufe von der CDU: Schwangerschaftsabbruch, nicht Schwangerschaftsunterbrechung!)

Wenn Sie es aber wollen - ich nehme jede Diskussion an und werde mich auch zu diesem Thema äußern, auch deswegen, weil es für mich - wenn Sie so wollen - so etwas wie eine Herzensangelegenheit ist.

Sie wissen, daß ich seinerzeit in meiner Fraktion - ich gehörte damals noch dem Deutschen Bundestag an - nicht zu den Befürwortern der Fristenlösung gezählt, sondern mich der Indikationenlösung angeschlossen habe, die von der kleineren Gruppe der Fraktion vertreten wurde. - Das ist aber alles Schnee von gestern.

Zunächst frage ich mich dabei, Frau Kollegin Thoben, wenn Sie dieses Thema mit soviel Pathos, mit soviel Ernsthaftigkeit ansprechen: Wollen Sie denn das Gesetz ändern - oder was soll das eigentlich?!

(Zuruf der Frau Abg. Thoben (CDU))

- Ich möchte wirklich einmal wissen, was das dann soll! Warum klagen Sie dauernd eine

(C)

(D)

(Dr. Farthmann SPD)

- (A) Gesetzesregelung an, die mit unser aller Stimmen gemeinsam zustande gekommen ist? Was gibt es da anzuklagen?

(Frau Thoben (CDU): Das stimmt ja gar nicht! Das habe ich doch überhaupt nicht getan! - Nagel (CDU): Nein, das hat sie nicht getan!)

Darüber hinaus tun Sie immer so - das lasse ich nicht auf mir sitzen; damit das klar ist! -, als ob wir von der SPD daran interessiert wären, daß möglichst viele Abtreibungen erfolgten, daß möglichst viele Schwangerschaften unterbrochen würden!

(Zurufe von der CDU: Abgebrochen!)

Ich kann Ihnen nur sagen: Ich beklage jede Schwangerschaft, die unterbrochen wird. Ich würde in dem Bereich, in dem ich persönlich Einfluß nehmen könnte, alles dafür tun, daß dies nicht geschieht.

(Erneute Zurufe von der CDU)

- Hoffentlich verstehen Sie, was ich damit sagen will, auch diejenigen, die jetzt dazwischenrufen. Die Sache ist mir viel zu ernst.

(B) Die Alternative ist aber nicht, meine Damen und Herren - wenn Sie das doch endlich einmal begreifen würden -, ob die Zahl von Schwangerschaftsunterbrechungen, die Sie genannt haben, vermindert werden könnte. Die Zahl kann natürlich keiner von uns nachprüfen. Ich will sie aber gar nicht in Frage stellen; ich nehme an, daß sie etwa in der genannten Größenordnung liegen wird.

(Frau Thoben (CDU): Unterbrechen kann man nicht!)

- Na gut, nennen Sie es, wie Sie wollen; wir wissen beide, was gemeint ist. Was sollen wir uns darüber streiten. Lenken Sie doch nicht ab!

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Farthmann (SPD): Nein, ich möchte zunächst meinen Gedanken zu Ende führen; danach gern.

Ich wollte sagen: Die Alternative ist doch nicht, ob diese Zahl von Unterbrechungen stattfindet oder nicht, sondern die Frage ist ausschließlich, ob diese Unterbrechungen im Krankenhaus oder im Keller und auf dem Küchentisch stattfinden. Das ist das Problem!

(Zustimmung bei der SPD)

(C) Sie begreifen es nicht, daß Notlagen offenbar durch kein Verbot zu verhindern sind. Wenn Sie alle das nicht glauben, muß ich Ihnen entgegenhalten: Gucken Sie sich die Abtreibungszahlen in Ländern an, in denen die Kirche noch einen sehr viel größeren Einfluß als bei uns hat. Dort ist die Zahl der abgebrochenen Schwangerschaften im Verhältnis zu der der ausgetragenen sehr viel schrecklicher als bei uns. Jeder, der aus christlicher Überzeugung an dieses Problem herangeht, muß sich doch an seine Brust klopfen und sich fragen: Wie kommt es, daß unsere Glaubenskraft nicht ausreicht, das zu verhindern? Aber man darf deswegen nicht diejenigen diskriminieren, die ein uneheliches Kind haben, wie das jahrhundertlang getan worden ist.

(Lebhafter Widerspruch bei der CDU)

- Das halte ich Ihnen ja nicht entgegen. Ich sagte, daß das jahrhundertlang so getan worden ist. Aber heute reagieren Sie darauf, als könnten Sie das mit einem Verbot verhindern oder in die Illegalität abdrängen. Daß das nicht geht, muß wohl jedem klar sein, der sich ernsthaft Gedanken darüber macht.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Dr. Farthmann, erlauben Sie jetzt eine Zwischenfrage der Frau Abg. Thoben?

(Zustimmung des Abg. Dr. Farthmann (SPD))

(D) Frau Thoben (CDU): Da ich nichts von dem, was Sie hier behaupten, heute morgen vorgelesen haben, möchte ich Sie bitten, den Originaltext nachzulesen.

Dr. Farthmann (SPD): Das war zwar keine Frage, Frau Thoben, aber das nehme ich alles hin. Mir geht es nicht darum, das letzte Wort zu behalten, sondern Ihnen klarzumachen, worum es uns geht. Ich sage Ihnen noch einmal in aller Deutlichkeit: Ich lasse den Vorwurf nicht auf mir sitzen, den Sie uns und damit auch mir gemacht haben: Als ob wir es für wünschenswert hielten oder mindestens duldeten, daß unnötigerweise - so muß man Sie ja wohl interpretieren - Schwangerschaftsunterbrechungen vorgenommen würden. Ich präzisiere noch einmal unsere Position. Ich kämpfe darum und tue alles dafür, um möglichst viele Unterbrechungen von Schwangerschaften zu vermeiden. Aber wenn sie nicht zu vermeiden sind, ist es mir im Interesse von Mutter und Kind lieber, sie finden unter ärztlicher Aufsicht als auf dem Küchentisch von Kurpfuschern statt.

(Zustimmung bei der SPD)

(A) Vizepräsident Dr. Klose: Herr Prof. Farthmann, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage? -

(Zustimmung des Abg. Dr. Farthmann (SPD))

- Bitte schön!

Dr. Worms (CDU): Herr Kollege Farthmann, wenn es eine Möglichkeit gibt - und diese sehe ich -, daß wir uns bei vielem von dem, was Sie vorgetragen haben, schnell einigen, frage ich Sie: Gibt es denn wirklich keinen Weg, daß auch Ihre Fraktion dem zustimmt, was wir begehren, nämlich mit Hilfe einer Einrichtung wie "Stiftung Mutter und Kind" dem nachzukommen, was auch Ihr Anliegen ist: ungeborenes Leben zu schützen?

(Weiss (CDU): Sehr richtig!)

Dr. Farthmann (SPD): Herr Kollege Worms, ich will eine Diskussion darüber nicht verweigern. Ich sage Ihnen nur eines - und ich bitte Sie, uns zu verstehen -: Wir sitzen bei Ihnen auf der Anklagebank, daß wir zuviel Geld ausgeben. Aber jetzt verlangen Sie von uns, daß wir 20 Millionen DM für eine Einrichtung ausgeben sollen, von der wir meinen, daß sie nur dazu dienen soll, einen Bruchteil dessen wiederherzustellen, was der Bund durch Sozialabbau zuvor kaputtgemacht hat.

(B) (Lebhafte Zustimmung bei der SPD)

Ganz davon abgesehen kann ich mich nicht mit der Annahme einverstanden erklären, daß dieses Almosen von 1 000 oder 2 000 DM - um solche Beträge handelt es sich nämlich - ein ernsthaftes Äquivalent dafür sein könnte, ob ein Kind ausgetragen wird oder nicht.

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf von der CDU: Das behauptet doch keiner!)

Ich sage noch einmal, meine Damen und Herren: Wenn Sie eine Möglichkeit sehen, daß wir an einem Strick ziehen können, um möglichst viele Schwangerschaftsunterbrechungen zu vermeiden, haben Sie mein Wort, daß wir dazu bereit sind.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Wickel für die Fraktion der F.D.P.

Wickel (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Professor Farthmann, Ihr Appell ist nach dem ersten Eindruck

nachvollziehbar, aber der zweite Eindruck wirft sofort die Frage auf: Warum sagen Sie das, was Sie hier der Fraktion der CDU vorhalten, nicht Ihren Kollegen in Bonn? Wir machen das Spiel mit den gezinkten Karten nicht mit.

(C)

Den Vorgang, daß der Ministerpräsident vorhin in die Haushaltsdebatte eingriff, könnte man mit einem Sprichwort beschreiben, das da lautet: Fast getroffen ist auch vorbei. Es ist genau das eingetroffen, Herr Ministerpräsident, was Sie sich immer wieder vorhalten lassen müssen: Wenn Sie sich zu Wort melden, kommen Sie nie zur Sache. Sie sprechen nicht die Punkte an, um die es geht, sondern Sie benutzen Ihre Eloquenz, um das eigentliche Thema zu verdunkeln.

Sie haben hier erklärt: Die Grünen kommen für mich nicht in Frage. Das können Sie machen, weil Sie inzwischen den Grünen den Status der SPD-Programmkommission gegeben haben. Wer das getan hat, der kann in weiten Bereichen auf eine spätere Mitarbeit verzichten.

Wir bewerten bei diesen Haushaltsberatungen - und nur das bewerten wir -, daß dieses Land in eine Verschuldung geritten worden ist, die unsere Kinder schon nicht mehr abbezahlen können. Wer, meine Damen und Herren, 17 Millionen DM pro Tag für die Zinsen der Verschuldung der letzten Jahre aufbringen muß, der kann das Etikett Seriosität für seine Haushaltsverhandlungen, -beratungen und -vorlagen nicht mehr in Anspruch nehmen.

(D)

(Zustimmung bei der CDU)

Ich bewundere allerdings den Ministerpräsidenten darin, wie er als jemand, der einen finanziellen Scherbenhaufen zurückläßt, den Anspruch herleitet, die Republik retten zu wollen. Das kann mir keiner klarmachen.

Nun hat der Kollege Trinius auch eine Fülle anderer Dinge eingebracht, unter anderem wieder die berühmte Arbeitszeitverkürzung. Meine Damen und Herren! Die Kollegen der SPD haben sich immer viel auf ihre Solidarität zugute gehalten. Sie haben - so kann man sagen - fast ein Jahrhundert wegen der Solidarität überlebt. Hier wird jetzt die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich gefordert. Das ist die Aufgabe jeder Solidarität den Arbeitslosen gegenüber, nämlich das Geld derjenigen wegzunehmen, die man davon bezahlen könnte. Es bestreitet von uns niemand, daß mit einer Arbeitszeitverkürzung Arbeitsplätze geschaffen werden können. Daß diejenigen aber, die jetzt weniger arbeiten,

(Wickel (F.D.P.))

- (A) auch noch das Geld mitnehmen, wofür andere Arbeit kriegen könnten,

(Dr. Farthmann (SPD): Stimmt doch überhaupt nicht.)

das ist Aufgabe jeder Solidarität, und das stimmt auch genauso.

(Dr. Farthmann (SPD): Da gehen Sie doch von einer völlig falschen Voraussetzung aus.)

Ich habe Ihnen in einer der letzten Sitzungen schon einmal vorgehalten, daß Sie sich die Armut leihen müssen, daß Sie sich die Armut leihen müssen, um überhaupt politisch argumentieren zu können. Hier sind wir doch wieder beim gleichen Problem. Wir wissen inzwischen, daß von den Arbeitslosen in diesem Lande über die Hälfte weder einen schulischen noch einen beruflichen Abschluß hat. Wir wissen, daß über 12 % 55 Jahre und älter sind. Alle Fachleute, und zwar nicht die politischen Fachleute, bescheinigen uns, daß in jahrelangen Programmen es kaum noch in den Griff zu kriegen ist, diese von früheren Zeiten durch mangelnde Ausbildung benachteiligten Menschen ohne weiteres in Arbeit zu kriegen.

Sie tun also so, als wäre durch ein Sonderprogramm sofort die Zahl der Arbeitslosen von der Straße zu holen, nur wenn man anderen Leuten Geld wegnimmt und es anderen gibt. Das sagen Sie, Herr Professor Farthmann, wider besseres Wissen. Und zwar deshalb wider besseres Wissen, weil einfach bekannt ist, daß es für einen großen Teil dieser Menschen keine ihrer Ausbildung entsprechenden Arbeitsplätze gibt. Die schaffen Sie auch nicht. Die schafft niemand. Deshalb gibt es Leute, die viel ehrlicher geworden sind, die auch den Menschen gegenüber ehrlicher geworden sind, indem sie sagen: Ihr Problem können wir nicht durch kurzfristige Programme, ihr Problem können wir nicht kurzfristig lösen.

Jedermann weiß - der Kollege Trinius scheint es nicht zu wissen -, daß nur das erste Investitionsprogramm der Bundesregierung damals gezogen hat, denn danach waren alle wach. Da waren nämlich alle wach, die investieren wollten, haben ihre Programme ausgestaltet, ihre Programme ausgeformt, in der Schublade behalten, und haben gewartet: Wann kommen die staatlichen Hilfen eines zusätzlichen Investitionsprogramms, damit wir dann in der Lage sind, staatliche Mittel anstatt eigener zu nehmen? Ein solches Programm konnte man nur einmal machen. Dieses kann man nicht mehrfach machen, und

die Erfahrung Ihres Bundeskanzlers Schmidt sagt ja klipp und klar, daß man nur ein einziges Mal mit derartigen Programmen in dem Markt einen Push geben kann.

Ich finde es erstaunlich, wenn Sie hier von den Arbeitslosen reden, dann völlig zu unterschlagen, daß in den letzten Jahren, und zwar in den letzten drei Jahren, 700 000 Stellen neu geschaffen worden sind. Wo stünden wir denn in dieser Republik, wenn es nicht gelungen wäre, 700 000 Stellen neu zu schaffen und damit Menschen in Arbeit und Brot zu bringen, die neu in den Arbeitsmarkt gedrungen sind?

(Dr. Farthmann (SPD): Trotzdem sind es heute noch weniger als 1982. Sagen Sie gefälligst die Wahrheit.)

Die neu auf den Markt gedrungen sind!

Und der Finanzminister? Es ist geradezu beklagenswert, wie er immer darauf verweist, daß der Bundesfinanzminister sich nur wegen der Bundesbankgewinne weniger Neuverschuldung erlauben kann. Zum Kuckuck noch mal: Warum macht denn die WestLB in diesem Lande keine Gewinne, daß der Landeshaushalt davon profitieren kann? Dann sagen Sie doch nicht, die Bundesbank macht Gewinne, und diese Gewinne helfen der Bundesregierung. Bringen Sie mal Ihren Laden hier in Ordnung, daß da Gewinne überkommen! Dann können wir uns unterhalten, daß es Ihnen auch etwas besser geht.

(Dr. Farthmann (SPD): Er hat keine Ahnung, daß es einen Unterschied gibt zwischen Notenbank und Geschäftsbank!)

Herr Professor Farthmann, das ist ja nett, daß Sie sich so erregen. Aber das könnten wir jetzt vertiefen, indem wir einfach sagen, daß es auch unter Fachleuten umstritten ist, ob man Bundesbankgewinne so anrechnen kann oder nicht. Das ist ein abendfüllendes Thema. Lassen Sie sich einmal entgegenhalten: Es muß ja einen Grund haben, warum diese Bank hier keine Gewinne macht, auch wenn Sie sie nicht unmittelbar für den Haushalt benutzen können.

Meine Damen und Herren, diese Haushaltsdebatte soll doch einfach die Unterschiedlichkeit der Fraktionen in der Stellungnahme zu diesem Landeshaushalt klarmachen. Ich kann nur sagen: Dieser Landeshaushalt ist der Scherbenhaufen einer Finanzpolitik. Gott möge uns davor bewahren, daß er über die Republik kommt.

(Beifall bei der F.D.P.)

(C)

(D)

- (A) Vizepräsident Dr. Klose: Es liegt zur Zeit keine Wortmeldung mehr vor. Darf ich dann davon ausgehen, daß das Redebedürfnis erschöpft ist?

(Abg. Dr. Pohl (CDU) geht zum Präsidenten.)

- Gut. Aber wir können hier jetzt nicht das Verhandlungsergebnis abwarten.

Wortmeldungen liegen nicht mehr vor.

Dann darf ich feststellen, daß die Beratung dieses Tagesordnungspunktes als abgeschlossen gelten kann. Mir ist soeben von Herrn Dr. Worms mitgeteilt worden, daß sich die Verantwortlichen der drei Fraktionen darauf verständigt haben, daß die Beratung des GFG morgen stattfinden wird.

Dann komme ich zur Abstimmung. Zunächst lasse ich abstimmen über das Haushaltsgesetz, die Mittelfristige Finanzplanung und den Finanzbericht.

Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung dieser Vorlagen an den Haushalts- und Finanzausschuß - federführend - sowie an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe, daß die Beratung des Personalhaushalts einschließlich der Personalausgabenansätze in Titelgruppen und Sachtiteln sowie der Personalausgaben im Rahmen der Zuwendungen nach § 23 der Landeshaushaltsordnung im Haushalts- und Finanzausschuß unter Einschaltung seiner Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" erfolgt.

(B)

Wer dieser Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist dann so beschlossen.

Wir stimmen nun ab über die Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 10/1253, Stichwort "Grunderwerbsteuer".

Hier empfiehlt der Ältestenrat die Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuß - federführend - sowie den Ausschuß für Kommunalpolitik. Wer dieser Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Es ist so beschlossen.

Der Entwurf des Entschuldungsgesetzes der Fraktion der F.D.P. Drucksache 10/1302 soll nach den Empfehlungen des Ältestenrats an den Haushalts- und Finanzausschuß überwiesen werden. Wer dieser Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist so beschlossen.

Ich habe Ihnen mitgeteilt, daß die Beratung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1987 Drucksache 10/1252 morgen erfolgen soll. Ich bitte diejenigen, die diesem Vorschlag zustimmen wollen, um das Handzeichen. Das ist erkennbar beschlossen.

(C)

Ich rufe Punkt 2 der Tagesordnung auf:

Zur Europäischen Kampagne für den ländlichen Raum

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 10/1304

Ich darf zunächst darauf hinweisen, daß die Fraktion der SPD gemäß § 88 Abs. 1 GeschO beantragt hat, über diesen Antrag unmittelbar abzustimmen und von einer Überweisung an einen Ausschuß abzusehen. Zur Begründung des Antrags erteile ich Herrn Abg. Steinkühler für die Fraktion der SPD das Wort.

Steinkühler (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn die SPD-Fraktion heute dem Hohen Hause - wenn auch dünn besetzt - einen Antrag vorlegt, der sich mit der Entwicklung des ländlichen Raumes befaßt, so hat das ausnahmsweise nichts mit dem vierzigsten Geburtstag des Landes Nordrhein-Westfalen zu tun, obgleich - das will ich gern zugeben - ein solches Datum geradezu prädestiniert wäre, einen solchen Antrag einzubringen, hat doch der ländliche Raum in einem so stark industrialisierten und so dicht besiedelten Land einen besonders hohen Stellenwert in der Wahrnehmung von Ausgleichs- und Erholungsfunktionen.

(D)

Die SPD-Fraktion begrüßt deshalb ausdrücklich den Beschluß des Europarates, in den Jahren 1987/88 eine Kampagne für den ländlichen Raum durchzuführen. Mit dem vorliegenden Antrag möchte sie deshalb zu einer aktiven Beteiligung des Landes Nordrhein-Westfalen an dieser europäischen Aktion auffordern. Diese Aufforderung richtet sich aber nicht nur an die Landesregierung, sondern auch an die Vertreter der politischen Parteien im Landtag, an Städte und Gemeinden und somit auch an alle Bürger.

Nordrhein-Westfalen - ich sagte es schon - ist eine der am dichtesten besiedelten und am stärksten industrialisierten Regionen Europas. Wir kennen die Belastungen, die sich daraus für die ländlich geprägten Räume und für Natur und Umwelt ergeben. Nordrhein-Westfalen sollte deshalb seine Erfahrungen mit Problemen und Lösungsansätzen in die Kampagne einbringen und einen eigenständigen